

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk.
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonelle
oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gewerkschaftliche
Berichte- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 22. Mai 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Das erwachende Indien.

Die Weltgeschichte erbringt tausendfach den Beweis, daß
eine jede Kolonialpolitik zum Unheil ausschlagen muß, die
nur im Interesse der herrschenden Klassen des Mutterlandes
geleitet und durchgeführt wird.

Die Völker Indiens hatten gewiß auch vor der englischen
Herrschaft ihre Leidensgeschichte. Aber ihre Leiden erreichten
bald den Höhepunkt, nachdem in der ersten Hälfte des 17. Jahr-

Die mishandelten Indier trugen ihr schweres Geschick
lange Zeit hindurch mit orientalischer Gleichgültigkeit, aber vor
einem halben Jahrhundert bildete sich eine weitverzweigte
Verschwörung, die zu einem fürchterlichen Aufstande führte.

Die Engländer bekamen Verstärkungen und die wenig
disziplinierten Sepoys wurden trotz ihrer ungeheuren Ueber-
zahl überall geschlagen. Die Organe der englischen Macht

Die ostindische Kompagnie ward nach der Niederwerfung
des Aufstandes aufgehoben. Aber damit wurde es für die
indischen Völkerschaften nicht besser. Denn die Ausbeutung

Das durch Englands Ausplünderungssystem über Indien
gebrachte Elend zeigt sich am schrecklichsten in der fast all-
jährlichen Hungersnot, die mit Pest verbunden ist und oft

Es ist ein Glück, daß die russische Diplomatie durch die
Niederlagen in Ostasien und durch die Revolution in Rußland
lahmgelegt ist. Denn auf diese ausländische Bewegung in

Dieser Zusammenstoß der Engländer und Russen in Zentral-
asien hätte unzweifelhaft zu dem gefürchteten Weltkriege führen
müssen. So aber ist der Zusammenstoß einstweilen vertagt.

Gelbe Terroristen.

Ein „Bund vaterländischer Arbeitervereine“ ist
in Hamburg gegründet worden. 100 Delegierte, die 37 Arbeiter-
vereine aus allen deutschen Gauen“ vertreten sollen, haben sich dort

„Eurer Majestät huldigt in deutscher Treue der Bund vater-
ländischer Arbeitervereine, der soeben von 37 Arbeitervereinen
aus allen deutschen Gauen begründet worden ist zur Wahrung

Die Begründung des neubegründeten Bundes vaterländischer
Arbeitervereine hat mich aufrichtig erfreut. Ich erwidere sie auf
das herzlichste. Möchte es Ihrer Organisation gelingen,

langlers und des Kaisers, wenn sie nur belohnen, daß sie sich an
dem großen Niederreiten der modernen Arbeiterbewegung be-
teiligen wollen! Die zwei Millionen organisierter Arbeiter, die

Ob sie das freilich tun werden? Der „Bund vater-
ländischer Arbeitervereine“ ist unter den wunderlichsten Auspizien
zustande gekommen. Von Arbeiterangelegenheiten, von

Es war natürlich auch nur ein „zufälliges“ Zusammentreffen,
daß ein Sekretär des Reichslägerverbandes, der ehemalige Berg-
arbeiter Gustav Ermert, den einleitenden Vortrag hielt. Dieser

Am zweiten Tage der Beratung hielt den einleitenden Vor-
trag wiederum der Sekretär des Reichslägerverbandes Herr
Ermert. Wiederum paukte er gegen die „leichtfertigen Arbeits-

Höflichkeit: Ich kann nur wiederholt davor warnen, daß
wir uns in die wirtschaftlichen Kämpfe ein-
mischen. Das sollten wir z. B. den Hirsch-Dunderscher

Vors. Schaper: Es ist ein unerhörter Vorgang, daß sich
nach unseren Friedensbetuerungen hier ein Hirsch-
Dunderscher unter falscher Flagge einschleicht, um

Ein löstliches Bild! Der Vertreter der „vaterländischen“
Rieler Gewerkschaft, die bereits im Jahre 1898 gegründet
wurde, warnte davor, den „Bund vaterländischer Arbeitervereine“

karischem Klassenbewußtsein beunruhigt, wird schände Vergewaltigt! Die Diskussion wird geschlossen und sofort die Abstimmung vorgenommen. Und diese unter der Flagge des Reichsverbandes segelnden gelben Terroristen behaupten, gegen den „roten Terrorismus“ anzukämpfen zu wollen!

Schamloser konnte sich der Bund der vaterländischen Arbeitervereine nicht als Schrittmacher des Reichslügenverbandes entlarven. Diese „vaterländischen“ Arbeiter haben gleich bei ihrem Zeugungsakt ihren Tod befestigt. Zu solchen Gefellen zu halten, werden sich die Hirsch-Dunderfischen, ja, werden sich selbst die „nationalen“ Arbeitervereine schämen!

Der Reichslügenverband mag politisch noch eine Rolle spielen, gewerkschaftlich hat er mit dem famosen Hamburger Gründungsstag ausgespielt!

Herr Reinke's Pfingstevangelium.

In der Sonntagsnummer der „Kieler Zeitung“ veröffentlicht Herr Professor Reinke eine Erklärung, deren wesentlicher Teil besagt:

Auf Grund ungenauer und teilweise völlig entstellender Berichte der Tagespresse über meine Herrenhausrede vom 10. Mai d. J. sind mir teils in Zeitungsausschnitten, teils in Briefen und Postkarten zahlreiche Reuerungen zugegangen, die mir vorwerfen, ich hätte die Hölle des Staates aufgerufen zur gewaltsamen Bekämpfung des Monistenbundes und zum Schutze des Christentums. Ich stelle mit Verachtung auf den stenographischen Bericht hiermit fest, daß dies unrichtig ist. Ich habe wörtlich folgendes gesagt: „Ich bin mir ganz klar darüber, daß ein gewaltsames Einschreiten gegen die Agitation des Monistenbundes ausgeschlossen ist, weil es sich um eine geistige Bewegung handelt, die nur mit geistigen Waffen bekämpft werden darf.“ Als solche geistige Waffen empfehle ich ausschließlich die Verbesserung und Vertiefung des biologischen Unterrichts auf dem Gymnasium und anderen Lehranstalten. In bezug darauf sagte ich wörtlich: „Ich halte es für selbstverständlich, daß die Lehrer der Biologie in den Schulen nur die nach dem consensus omnium festgestellten Tatsachen zu lehren haben, und daß sie die aus jenen Tatsachen gezogenen Schlüsse, über die noch große Meinungsverschiedenheiten bestehen, als solche kennzeichnen.“ Ich habe weiter gesagt: „Es liegt mir fern, hier über die Interessen der christlichen Kirche und der christlichen Schule, wie wir sie einmal besitzen, sprechen zu wollen; mir liegt nur an einer Verteidigung wahrer Wissenschaft gegenüber dem Versuch, mit ganz unwissenschaftlichen Mitteln diejenige Weltanschauung über den Hausen zu rennen, die durch Sokrates, Plato und die Philosophie der christlichen Zeit, aus der ich nur die Namen Leibniz und Kant hervorheben will, verkörpert wird.“ Ich stelle nochmals fest, daß ich volle Toleranz für jede wissenschaftliche Ueberzeugung will, auch für den Atheismus, und daß ich hier nicht die der Staatsreligion feindliche Ansicht einer philosophischen Richtung bekämpfe, sondern ich brandmarkte nur die Maßlosigkeit einer Agitation, die ohne jede wissenschaftliche Rechtmäßigkeit im Rahmen der Naturwissenschaft auftritt und die in der Schule gepflanzte Weltanschauung aus dem Gemüt unseres Volkes auszurotten sucht.“

Die ganze Rede dürfte darauf zurückzuführen sein, daß man bei Anknüpfung eines Parlamentarieres die stets unvollständigen Zeitungsberichte über seine Reden zugrunde legt.

Wir finden nicht, daß die Sache des Herrn Reinke nach dieser Erklärung besser aussieht als vorher. Es bleibt dabei: Herr Reinke hat, entgegen den Gepflogenheiten jeder anständigen Polemik, seinen Gegner an einer Stelle angegriffen, wo dieser nicht zu Wort kommen kann. Es bleibt weiter dabei: Herr Reinke ist in einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung vor ein Forum von Laien retiriert. Daß er zu Schiedsrichtern die Mitglieder des preussischen Herrenhauses angerufen, die vielleicht in Fragen der Pferdezucht und des Rennstalls profunde Sachverständige sein mögen, denen aber sicher zu neuem Reizteln damals zum ersten Male Begriffe wie Monismus und Biologie oder die Namen eines Plato und Leibniz in die verdugten Ohren geklungen haben — daß Herr Reinke, sagen wir, ausgerechnet das preussische Herrenhaus in seinem Disput mit Hädel benutzte, macht seinen Fall zu einer Posse von wahrhaft grotesker Komik. Und es geht weit über das Maß von Naivität, das die Weltblätter dem deutschen Professor zugestehen hinaus, wenn Herr Reinke sogar jetzt noch, eine geschlagene Woche nach seiner Herrenhausrede, also bei reiflichen Nachdenken, wie aus seiner Erklärung hervorgeht, von seiner verzweifeltsten Situation keine Abnung zu haben scheint. Daß er freilich andererseits einem Studt ins Gesicht als Naturwissenschaftler seiner besonderen Befriedigung mit der in der preussischen Schule „gepflegten“ Weltanschauung Ausdruck gibt, läßt darauf schließen, daß sich mit seiner intellektuellen Naivität eine andere, menschlich-allgemeine Eigenschaft verbindet, die ihm im Personalverzeichnis der Gelehrtenrepublik einen Platz auf der strikten Gegenseite der berühmten „Göttinger Sieben“ sichert. Und es liegt nur in der Richtung dieses edlen Ehrgeizes, daß Herr Reinke, als Vertreter der Kieler Universität, von dem tüchtigen Streich, den sein Vorgesetzter Studt kürzlich wider die Bildungsbestrebungen der Kieler Arbeiterschaft geführt hat, mit keiner Silbe Notiz nahm.

Ueber die Streitfrage zwischen Reinke und Hädel wollen wir hier weiter keine Worte verlieren, zumal auch die Weltanschauung eines Hädel für den künftigen Kulturhistoriker lediglich unter den ideologischen Kompromissen rangieren wird, die im Zeitalter des bürgerlichen Niederganges die „freie“ Wissenschaft mit den Klasseninstinkten der Bourgeoisie eingang. Aber vom Vitalismus eines Reinke steht jetzt nach dessen eigenen Worten geradezu authentisch fest, daß er nichts anderes bezweckt, als den lieben Gott in die Biologie einzuführen und daß er nicht einen ideologischen Kompromiß, sondern den kompletten wissenschaftlichen Vanterott bedeutet.

Wenn Herr Reinke schließlich seinem Gegner „philosophisch“ kommt und Sokrates und Plato, einen Leibniz und Kant gegen ihn mobil macht, so kann man ihm nur zurufen: Hättest du geschwiegen, man hätte dich dann wenigstens für einen Philosophen gehalten. Ein Universitätsprofessor, der Sokrates für einen philosophischen Systematiker zu halten scheint, ein Naturwissenschaftler, der in den jenseits aller Erfahrung und Wirklichkeit ein rein ideelles Dasein führenden Begriffen Platos etwas anderes als geniale Hirngespinnste sieht, ein „Gebildeter“, der einen Kant als Kronzeugen für das Christentum und die Studische Schule reklamiert, hat sich in einem Satz dreimal in Grund und Boden blamiert. Wobei Herr Reinke noch das Sonderpedant passiert, daß er nicht zu wissen scheint, wie Hädels naturphilosophische Anschauungen gerade mit der Leibnizschen Monadenlehre in engster Uebereinstimmung stehen.

Danach kann man als Fazit jener Erklärung feststellen, daß Herr Reinke für das preussische Herrenhaus den großen Befähigungsnachweis „voll und ganz“ erbracht hat.

Die Wahlen in Galizien.

Leider haben die neueren Meldungen die Niederlage des Genossen Daszjnski in Krakau IV bestätigt. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ schreibt zu diesem „bitteren Vermutungspropheten“ im Freudenbecher:

Es war ein kühnes Unternehmen, diesen Wahlkreis mit kaum 2700 Wählern, von wenig proletarischem Charakter, erobern zu wollen, aber Daszjnski, dem andere, bessere Bezirke offen standen, wollte es durchaus wagen. Es war eine echt galizische Wahl. Alles, was Stanzghenniederkraft vermag, wurde gegen Daszjnski angewendet, den geliebtesten Mann des polnischen Volkes, aber zugleich den von seinen Unterdrückern am meisten gehaßten. Unter dem Protektorat des Statthalters Potocki wurde ein raffinierter Feldzug gegen ihn geführt. Der frühere Abgeordnete, der „Demokrat“ Dr. Petelens, ließ sich zu der schmachvollen Rolle herbei, sich von dem Zentralwahlkomitee diesen Wahlbezirk kaufen zu lassen. Neben dem Gelde spielte der Terrorismus der Behörden die größte Rolle; erst vor einigen Tagen haben wir erzählt, daß einer großen Anzahl von Wählern die Legitimationen unter höchstem Vorwand einfach konfisziert wurden. Alle Beschwerden bei der Regierung scheinen wirkungslos geblieben zu sein.

Hoffentlich wird die Sozialdemokratie nicht endgültig einen ihrer Besten, das Parlament nicht einen seiner glänzendsten Redner und bedeutendsten Politiker entbehren müssen. Daszjnski kandidiert auch als Vorkämpfer für Dr. Groß im Landgemeindenbezirk Wiala-Oswieczin und auch sonst wird sich wohl eine Möglichkeit finden, Daszjnski auf den Kampfposten zu stellen, auf den er gehört. So leicht soll es der polnischen Schlachta nicht werden, den ihr gefährlichsten Mann loszuwerden; so leicht wird das polnische, das österreichische Proletariat nicht darauf verzichten, unseren Daszjnski in der ersten Schlachtreihe zu sehen.

Somit sind die Wahlen im Lande der Schlachtsichtigen nicht so ungünstig verlaufen. Zwei Sozialdemokraten sind gewählt, der Genosse Josef Hudec in Lemberg VII und der Genosse Dr. Hermann Liebermann in Przemyśl, drei stehen in Stichwahl, nämlich der Genosse Dr. Diamand in Lemberg III, der Genosse Hausner in Lemberg VI und der Genosse Sulczewski in Radowice.

Die Stimmenzahlen in diesen angeführten Wahlkreisen sind die folgenden:

Lemberg VII. Abgegeben 5208 Stimmen. Josef Hudec (Sozialdemokrat) 2911, Stanislaus Raresch (Nationaldemokrat) 1769, Dr. Dzarzewicz (Ruthene) 741. Gewählt: Hudec (Sozialdemokrat).

Przemyśl. Abgegeben 6040 Stimmen, gültig 6034. Dr. Hermann Liebermann (Sozialdemokrat) 3333, Hugo Krollowski (Nationaldemokrat) 2496.

Gewählt: Dr. Hermann Liebermann (Sozialdemokrat).

Lemberg VI. Abgegeben 2148 Stimmen. Dr. Buzel (Nationaldemokrat) 1014, Artur Hausner (Soz.) 918, Dr. Dzarzewicz (Ruthene) 155.

Stichwahl zwischen Buzel (Nationaldemokrat) und Hausner (Soz.).

Lemberg III. Abgegeben 4195 Stimmen. Dr. Horowicz (L.) 1675, Dr. Diamand (Soz.) 1667, Dr. Braude (Rusisch) 853.

Stichwahl zwischen Dr. Horowicz (L.) und Dr. Diamand (Sozialdemokrat).

Radowice. Abgegeben 1973 Stimmen. Szedniatowski (Polnische Volkspartei) 1179, Luszkiewicz (Polnische Zentrum) 3698, Franz Sulczewski (Sozialdemokrat) 226, Nikolaus Klahuta 1677 Stimmen.

Gewählt: Andreas Szedniatowski (Polnische Volkspartei).

Stichwahl: Zwischen Luszkiewicz (Polnische Zentrum) und Sulczewski (Sozialdemokrat).“

In Krakau IV, wo Genosse Daszjnski unterlag, fielen folgende Stimmen. Ignaz Petelens (fortschrittlicher Demokrat) 1323, Ignaz Daszjnski (Sozialdemokrat) 1137.

Am 18. Mai waren, soweit die Resultate bekannt waren, gewählt 10 Polen, 8 Ruthenen und 2 Sozialdemokraten.

In Przemyśl hat die Schlachta in ihrer Wut über den Sieg der Sozialdemokratie ein Blutbad unter der Arbeiterschaft anrichten lassen. Unser Krakauer Bruderblatt, der „Kaprzyś“, meldet, daß am Wahltag in Przemyśl bei einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Arbeitern, die zu Ehren des Wahlsieges einen Umzug durch die Stadt veranstalten wollten, hundert Personen, darunter zwanzig schwer, verletzt wurden.

Ein Komplott gegen die russische Sozialdemokratie.

Schon seit mehreren Tagen brachten englische Blätter aus Petersburg Meldungen über die Entdeckung eines großen Komplotts gegen das Leben des Zaren, die so viele phantastische Einzelheiten, mit einer solchen Zahl von Kontroversen operierten, daß wir sie als unglaubwürdig unbeachtet ließen. Indes ist an den Nachrichten doch etwas gewesen — die gemeldeten Verhaftungen wenigstens haben stattgefunden — und die Behauptung, daß ein Komplott entdeckt, ist inzwischen vom Ministerpräsidenten auf der Tribüne der Duma ausgesprochen worden. Eine Haupt- und Staatsaktion wurde effektiv arrangiert. Der Ministerpräsident bestellte eine Interpellation bei seinen guten Freunden auf der Rechten und trug alsdann mit der passenden patriotischen Erregung die Schauer Geschichte vor, die denn auch den gewünschten Effekt erzielte. Was Wahres daran ist, bleibt abzuwarten. Nicht als ob in Rußland nicht Attentate auf den Zaren möglich wären — das zu leugnen wäre unsinnig. Hier aber zwingen uns zum Vertrauen die Verhältnisse, die Angaben über die Zahl der Verschworenen. Leute, die ein so verzweifelttes Unternehmen, wie die Tötung des Zaren planen, pflegen im allgemeinen den Kreis ihrer Mitwisser nicht weiter zu ziehen, als unbedingt nötig ist. Denn die Erfahrung lehrt, daß die Gefahr des Entdecktwerdens um so kleiner ist, je kleiner die Zahl der Wissenden. Verdächtig sind ferner die räuberromantischen Angaben über die Ziele der Komplotteure. Sie wollten nicht allein den Zaren, sondern auch verschiedene seiner Familienmitglieder umbringen und selbst das Kind, das Thronfolger von Rußland genannt wird, nicht verschonen. Es erscheint uns deshalb nicht ohne weiteres für ausgeschlossen, daß wir es hier mit einer Lockpistole zu tun haben, die zu dem edlen Zwecke unternommen wurde, um der russischen Sozialdemokratie an den Krügen zu kommen. Jedenfalls hat die Regierung die Affäre eifrig zu fruchtbareren gesucht und obgleich der Ministerpräsident nichts ansahen konnte, wonach die Sozialdemokratie mit dem Komplott in Verbindung stehe, ist doch der Tag der Verhängung der Komplottebedeutung zugleich der Tag eines Eingriffs in die Rechte der sozialdemokratischen Dumafraktion gewesen. Die Reaktion hat einen starken Vorstoß getan, der offenbar langer Hand sorgfältig vorbereitet war. Ein Komplott liegt vor — es folgt ein Komplott gegen die russische Sozialdemokratie! Ob daneben auch eins gegen den Zaren geschmiedet worden ist, das muß erst

*) In 85 Wahlkreisen Galiziens, wozu Radowice gehört, werden je zwei Abgeordnete gewählt.

durch glaubhaftere Zeugen als Herr Stolypin, der Protektor der Schwarzen Hundert, und seine Polizei-Spießgesellen sind, erwiesen werden. Die Meldungen aus Petersburg lauten:

Petersburg, 20. Mai. In der heutigen Sitzung der Reichsduma verlas Präsident Golowin zunächst einen von Mitgliedern der Rechten eingebrachten Antrag, in dem an den Minister des Innern die Anfrage gerichtet wird, ob die Gerüchte von einem Komplott gegen den Kaiser auf Wahrheit beruhen und ob, wenn dies der Fall sei, der Minister der Duma Einzelheiten darüber mitteilen könne. Ministerpräsident Stolypin erklärte, obgleich die Interpellation nicht zu denen gehöre, die die Regierung zu beantworten verpflichtet sei, wolle er doch mit Rücksicht auf die Gefühle der Dummmitglieder den amtlichen Bericht mitteilen, der durch die „Peterb. Tel.-Ag.“ veröffentlicht werden würde. Im Februar dieses Jahres hatten die Petersburger Sicherheitsbehörden die Mitteilung erhalten, daß sich in Petersburg eine Gesellschaft zu dem Zwecke gebildet habe, eine Reihe terroristischer Akte zum Sturze des bestehenden Regimes auszuführen. Darauf sei eine lange Untersuchung eingeleitet worden und es sei eine Reihe von Personen ausfindig gemacht worden, die als Mitglieder in diese Gesellschaft eingetreten seien oder geheime Beziehungen mit ihr unterhalten hätten. Die Mitglieder der Gesellschaft hätten einander in ihren Wohnungen, die sie stets mit großer Heimlichkeit gewechselt hätten, Bericht erstattet und in ihren Berichten und Briefen stets geheime Takte und Worte gebraucht. Am 13. April habe man acht und zwanzig Mitglieder dieser Gesellschaft verhaftet und am 17. April habe der Sicherheitsdienst die Gesinde für die Verhaftung der Staatsanwaltschaft mitgeteilt. Die Staatsanwaltschaft habe an demselben Tage einen Untersuchungsrichter mit der weiteren Untersuchung beauftragt, die sofort begonnen habe und bis jetzt ohne Unterbrechung fortgeführt worden sei. Durch die bisherige Untersuchung sei festgestellt, daß viele der verhafteten Personen in die Partei der Sozialrevolutionäre eingetreten seien, um einen Anschlag gegen den Kaiser und Werk zu setzen und Gewalttaten gegen den Großfürsten Nicolaus Nicolajewitsch und den Ministerpräsidenten zu verüben. Die Mitglieder der Vereinigung hätten versucht, in das kaiserliche Palais einzudringen, doch seien diese Versuche nicht gelungen.

Nachdem Stolypin diese Mitteilung gemacht hatte, nahm die Duma einstimmig folgende Tagesordnung an: „Erfüllt von lebhafter Freude über die glückliche Rettung des Kaisers aus der Gefahr, die ihn bedrohte, und voll tiefer Entrüstung über den verbrecherischen Anschlag, geht die Duma zur Tagesordnung über.“

Nachdem die Beisatzbezeugungen sich gelegt hatten, betrat die Sozialdemokratie, die Sozialrevolutionäre und die Mitglieder der Arbeitspartei, die dem Anfang der Sitzung ferngeblieben waren, den Saal.

Das Verhalten der Sozialdemokraten, der Sozialrevolutionäre und der Mitglieder der Arbeitspartei, die sich während der Besprechung der Interpellation über den Anschlag gegen den Kaiser vor den Saalstufen aufgehalten hatten, um das Attentat auf das Leben des Kaisers nicht mißbilligen zu müssen, wurde äußerst verschärfend auf den weiteren Verlauf der Sitzung, in der noch zwei Interpellationen besprochen wurden, von denen die eine sich auf eine bei dem Dummmitglieder Dzol vorgenommene Hausdurchsuchung und die andere sich auf ungelegliche Handlungen bezog, die die Gefängnisverwaltung in Alga (Sibirien) gegen politische Gefangene begangen haben soll. Ministerpräsident Stolypin erklärte das Verhalten der Polizei in der Wohnung Dzol, die befindlich zu Zusammenkünften von Revolutionären benutzt worden sei, für gesetzlich und betonte, daß die Polizei bei ähnlichen Gelegenheiten sich so verhalten werde. (Beifall auf der Rechten.) Der Justizminister wandte sich sodann gegen die Uebertreibungen wegen der Zwischenfälle in Alga. Verschiedene Redner der Linken machten sich über die ministeriellen Erklärungen lustig, worauf Ag. Stachowski (Ostobelski) auf die Unmöglichkeit von Interpellationen hinwies, wenn man den Worten der Minister keinen Glauben schenken wolle. Die Duma nahm schließlich eine Tagesordnung an, in der die Revision des Gefängniswesens gefordert wurde.

Einer „Tag“-Meldung entnehmen wir noch:

Bei Untersuchung der Verhaftung gegen das Leben des Zaren werden immer gefährlichere Pläne entdeckt. Danach sollte nicht allein der Zar, sondern auch der kleine Thronfolger ermordet werden, ebenso der einzige Bruder des Zaren, Großfürst Michail, der im Palais zu Gatchina wohnt. Diese Anschläge sollten gleichzeitig ausgeführt werden. Ein Unteroffizier der Leibwache meldete seinem Vorgesetzten, Verschwörer hätten ihm 10 000 Rubel sowie einen Paß verschrieben, damit er sofort ins Ausland entfliehen könnte. Die Vorgesetzten befehlen ihm, das Angebot scheinbar anzunehmen und die Unterhandlungen mit den Verschworenen ruhig fortzusetzen, um das ganze Netz der Verschwörer in die Hände zu bekommen. Der Erfolg war überraschend. Bisher sind bereits 30 Personen festgenommen worden, darunter ein Erzieher des kaiserlichen Alexander-Lyceums; ein Dumaabgeordneter der Linkenfraktion soll sehr kompromittiert sein. Im Vereinslokal der sozialdemokratischen Dumafraktion wurde Hausdurchsuchung abgehalten, welche die ganze Nacht andauerte. Unter den dort verhafteten 80 Privatpersonen waren 50 Frauen. Viele davon weigerten sich, ihre Personalien anzugeben. Mehrere Personen wurden in das Gewahrsam der Staatspolizei gebracht, darunter drei Rechtsanwälte; die beschlagnahmten Papiere wogen etwa 60 Kilo, die auf Wagen zur weiteren Untersuchung fortgeschafft wurden. Während der Hausdurchsuchung herrschte große Erregung unter den Versammelten; die darunter befindlichen Deputierten wurden übrigens nach genauer Untersuchung sofort freigelassen. Viele Privatpersonen hatten ihre Pässe fortgeworfen, um unerkannt zu bleiben. Die freigelassenen Deputierten riefen telephonisch Stolypin an, der ihnen erklärte, es sei nicht seine Pflicht, sich in die Angelegenheiten der Prokuratur zu mischen. Uebrigens wäre es bekannt, daß der heutigen Fraktionsitzung auch Mitglieder der Kampforganisation beigewohnt.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Mai 1907.

Eine Kundgebung des Linkenliberalismus.

Die tagenlängliche Einsicht, daß der Freisinn aus einer Ehegemeinschaft mit der Rechten mit „leeren Händen“ heimgeführt ist, lastet so schwer auf den freisinnigen Parteien, daß sie sich zu einer „Kundgebung“ veranlaßt gefühlt haben. So konsequent der Freisinn während der Tagung des Reichstages alle freisinnigen Traditionen und Grundsätze verleugnet hat, so ruhmredig verkündet er nunmehr nach dem Reichstagseschluß seine Prinzipien durch einen „Aufruf“. Die Wähler, die über die parlamentarischen Ergebnisse der konservativ-liberalen Panzerung den Kopf geschüttelt haben, sollen nunmehr durch die posthume Betonung des „prinzipiellen“ Liberalismus eingeschläfert werden. In diesem Aufruf, den die freisinnige Volkspartei, die freisinnige Vereinigung und die Deutsche Volkspartei erlassen, heißt es:

„Es gilt in Ehrigkeit die politische Arbeit entschlossen und unermüdet weiter zu führen. Die Landtagswahlen in Bayern und Sachsen stehen bevor. Im nächsten Jahre sind in Preußen schwere Kämpfe auf dem Boden des durch und durch ungerechten Dreiklassenwahlrechts anzufechten. Der deutsche Liberalismus wird alle Kraft einsetzen müssen, um sich auch in der Kundgebung der Einzelstaaten den ihm gebührenden Einfluß zu sichern. Vor allem gilt es auf geistigem Gebiet und in den großen Kulturfragen des Schulwesens liberale Staatsauffassung zur Geltung zu bringen. Volle Gewissens- und Religionsfreiheit, wie die Freiheit der Wissenschaft und ihrer

Lehre muß gefördert, das Unterrichtswesen gemäß den Anforderungen der fortschreitenden Zeit ausgebaut und die sachmännliche Schulaufsicht durchgeführt werden. Gegenüber kirchlicher Unzulänglichkeit muß die religiöse Toleranz, gegenüber der auf weltliche Nachstellung bedachten Hierarchie der modernen Staatsgedanke nachdrücklich gefördert werden.

Die Entwicklung der Kulturstaaten lehrt, daß in der Gegenwart ein Staatswesen nur gedeihen kann, wenn es sich aufbaut auf der Grundlage völler Rechtsgleichheit seiner Bürger und auf wahrhaft konstitutionellen, von liberalem Geiste getragenen Verfassungseinrichtungen. Der entschiedene Liberalismus ist zugleich, wie die letzten Reichstagswahlen erneut gezeigt haben, der sicherste Damm gegen die sozialdemokratische Ueberflutung.

Die linksliberalen Parteien erstreben den Ausbau des Staatswesens in freierwilliger Weise. Sie sind zu positiver Mitarbeit und zum Zusammenwirken mit anderen Parteien gegenüber gemeinsamen Gegnern bereit, sind aber nicht gewillt, um tatsächlicher Rücksichten willen von liberalen Forderungen abzugehen oder grundsätzliche Anschauungen preiszugeben.

Es war wirklich notwendig, daß der „entschiedene“ Liberalismus durch diese Rundgebung den Beweis seiner Existenz erbrachte. Denn nach seinen parlamentarischen Reden und Taten mußte man ja annehmen, daß er in dem von Bülow bereiteten Scheitern des konservativ-liberalen Blocks sanft und selig entschlafen sei. Es ist bezeichnend für unseren Linksliberalismus, daß er mit dieser Erklärung nach dem Schluß der Reichstagsstagung herauskommt und lange vor dem Wiederauftreten des Reichstags! Dies liberale Maulheldentum soll die freimüthige Schmach der Blockliebesdienste vergessen machen! Der Aufruf erscheint andererseits so zeitig, daß die liberalen Wähler beim Wiederauftreten der neuen Reichstagsstagung diese programmatischen Renommistereien wieder hinlänglich vergessen haben! Selbst die im Rösse-Verlag erscheinende „Volkszeitung“ widmet dem Aufruf folgende Blößen:

„Auch wir wünschen dem entschiedenen, dem demokratischen Liberalismus, daß sein Einfluß auf die Gesetzgebung stärker werde, als er bisher gewesen ist. Nur ist dafür die unerlässliche Voraussetzung, daß er eine wirklich freimüthige, ehrlich-demokratische Politik betreibt, und daß er in sozialer Hinsicht dem Geiste der Zeit durchaus Rechnung trägt. Handelt er von jetzt ab streng nach diesem Programm, so werden wir gern die drei liberalen Parteien unterstützen, wenn sie an der Verwirklichung dieses Programms ernstlich arbeiten. Denn die Taten werden immer das Entscheidende bleiben, nicht die schönen Worte auf dem Papier.“

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Lieblingsorgan des agrarischen Kanzlers, bemerkt höhnisch:

„Dieser Aufruf läßt an „Unentwegtheit“ wenig zu wünschen übrig. Die ältesten freimüthigen Lebensalter sind mit achtungswerter Treue wieder ins Feuer hineingestellt worden.“ „Ebenso bekannt ist, daß der „entschiedene Liberalismus“ seinen Charakter als „sicherster Damm gegen sozialdemokratische Ueberflutung hin und wieder durch Unterstützung der Sozialdemokratie zu dokumentieren pflegt, wenn auch zugegeben ist, daß er bei den letzten Wahlen zuverlässiger als das vorige Mal war. Sehr hübsch ist schließlich, daß der Freisinn „die wirtschaftliche Wohlfahrt aller Volksschichten fördern, zugleich aber die Landwirtschaft durch Befähigung jeder Lebensmittelmittel zu ruinieren will. Man sollte doch wenigstens in der Formulierung solcher politischen Logik vorsichtiger sein.“

Das Organ skandiert weiter mag sich beruhigen. Bis zum Wiederauftreten des Reichstages wird diese prinzipielle Bewusstseinsverwahrung des Freisinnes längst vergessen sein.

Dernburg-Indequist.

Zum Unterstaatssekretär in dem neu geschaffenen Kolonialamt ist Herr v. Lindequist, bisher Gouverneur in Südwestafrika, ernannt worden. Herr v. Lindequist war bis zum Sommer 1906, wo seine Ernennung zum Gouverneur von Südwestafrika erfolgte, Generalkonsul in Kapstadt. Kurz nach Ernennung zum Gouverneur von Südwestafrika machte er dadurch von sich reden, daß er den gefangenen Hereros eine Standpauke gehalten hatte, in der er sie versicherte, daß er ein gerechter Richter und Sachwalter sein werde. Diejenigen, die zu ihm kein Vertrauen hätten, möchten hervortreten. Selbstverständlich traute sich keiner der armen Teufel gegen diese oratorische Glanzleistung Opposition zu machen.

Zum Gouverneur von Südwestafrika ist der Geheimrat v. Schumann ernannt worden, der im November 1904 in Krümmelsriedeberg als konservativer Abgeordneter in das Abgeordnetenhaus gewählt wurde. Herr v. Schumann hat dadurch die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich gezogen, daß er im letzten Winter seine famose Rede über das Berliner Nachleben gehalten hat. Vom Kolonialwesen versteht dieser gute Mann entschieden weniger als von dem Berliner Nachleben. Aber warum sollte dieser auch seinen Meister Dernburg beschämen! Der eine sanierte wurmstichige Wankler, der andere die wurmstichige Berliner Friedrichstrassen-Moral. Folglich taugen beide zur Sanierung unserer famosen Kolonialpolitik.

Freimüthige Selbstenttäuung.

Aus Anlaß der Ausspernung im Baugewerbe ist das „Berl. Tagebl.“ andauernd bemüht, gegen die Forderung der Arbeiter zu gehen. Das ist noch bei jedem Lohnkampf so gewesen. In der Theorie behauptet der Liberalismus, daß die Arbeiter das gute Recht hätten, ihre Lebenslage so weit wie möglich zu verbessern; in der Praxis aber hat sich die liberale Presse noch stets wie eine hungrige Meute auf die Arbeiter gestürzt, die zum Zweck der Verbesserung ihrer Lebenslage den Lohnkampf führten. Der vorliegende Fall ist aber deshalb besonders interessant, weil das „B. T.“ zugleich leichsinnig seines Herzens innerstes Gefühl über das Koalitionsrecht der Landarbeiter entläßt. Es schreibt nämlich:

„Die Maurer verlangten den achtstündigen Arbeitstag. Diese Forderung ist gerade im Maurergewerbe durchaus unbegründet. Der Maurer ist ein Saisonarbeiter; während des Winters muß er notgedrungen längere oder kürzere Zeit feiern. Ein Haus, das nicht rechtzeitig zum Herbst fertig wird, muß in diesem unfertigen Zustande bis zum Frühjahr liegen bleiben. Der Bauarbeiter selbst hat während des Winters Zeit genug zur Erholung.“

Das ist, nebenbei bemerkt, auch echt „liberal“, aus der Tatsache, daß die Bauarbeiter alljährlich monatelang keine Arbeit kriegen, infolge dessen Schanden machen und hungern müssen, eine „Erholung“ der Bauarbeiter zu konstruieren! Entweder liegt hierin ein frecher Scherz, der sich über das Elend der Arbeiter lustig macht, oder das liberale Organ ist bereit so dänkelhaftem Pharisäertum verfallen, daß es an die Wahrheit dieser Worte glaubt. — Es fährt alsdann fort:

„Es ist selbstverständlich, daß ein Saisonarbeiter während der fünfjährigen Jahreszeit seine Arbeitskraft ganz anders ausnützen muß als ein Arbeiter, der unabhängig von Wind und Wetter das ganze Jahr tätig sein kann. Drücken die Maurer und sonstigen Bauarbeiter die achtstündige Arbeitszeit durch, dann können auch die Grundarbeiter mit der Forderung der achtstündigen Arbeitszeit kommen. Leider dürfen ihnen nur die Galmstrümpfe nicht den Ge-

fallen tun, zu warten, bis der nach dem achtstündigen Schema tätige Arbeiter zu ihnen kommt. Sie verkaufen auf dem Ader. Der Achtstundentag ist ein Produkt blutleerer Theorie; das stinende Leben kann sich nicht nach ihm einrichten; bei der Saisonarbeit wird der Achtstundentag zum Unsinn.“

Diese Auslassung verdient festgehalten zu werden. Denn sehr oft liebt es der Liberalismus, so zu tun, als erkenne er das volle Koalitionsrecht allen Arbeitern, also auch den Landarbeitern, zu. Hier steht man aber, daß das im Grunde seine Meinung nicht ist. Die Landarbeiter sollen Elenden bleiben, weil sonst angeblich der Halm auf dem Ader verkauft! Denn was für die Ernte gilt, das gilt für fast alle ländlichen Arbeiten: sie müssen in dem durch Jahreszeit und Witterung dafür bestimmten Augenblick gemacht und können nicht aufgehoben werden. Und so hätten denn die Agrarier aus freimüthigem Munde die Bestätigung dessen, was sie immer behaupten, daß nämlich die ländliche Arbeit „von Natur“ keine Einschränkung der Arbeitszeit und folglich auch keine Selbständigkeit und kein Koalitionsrecht der Landarbeiter zulasse! — In Wirklichkeit freilich beweisen die Eigentümlichkeiten der Landarbeit nur die Notwendigkeit einer sozialistischen Organisation der Arbeit. Die will der Freisinn nicht und deshalb wird er notgedrungen reaktionär. —

Ein Polizeistreik. Unweit Magdeburg liegt das königlich preussische Kreisstädtchen Balmirsdorf, dessen Polizei sich, wie wir das so im Preußenlande gewohnt sind, mehr als nötig um die Sozialdemokraten kümmert. Diese hatten vor etwa einem halben Jahre einen Familienverein gegründet zu dem Zweck, Geselligkeit zu pflegen und die Bildung der Mitglieder zu heben. Der Verein fand, trotzdem er 250 Mitglieder zählte, keinen Wirt, der ihm in seinem Lokale eine gastliche Stätte bot. Man mußte sich aber zu helfen. In einem leerstehenden Hause wurde ein größeres Zimmer eingerichtet, um hier die Zusammenkünfte abzuhalten. Die Polizei hatte eifrig die Entwicklung des Vereins beobachtet, und bald erschien sie mit Strafmandaten und Einhabsbefehlen. Als aber die hartgesottenen Sünder vom Familienverein den „Betrieb“ nicht einstellen, versiegelte die heilige Germanendat Kurzerhand die Räume und machte den Verein wieder obdachlos. Nun lebte der königlich preussische Adler auf der Türspalte und schützte das Eigentum des Familienvereins vor unbesonnenen Eindringlingen solange, bis er eines guten Tages von selbst sich löste und die Räume wieder freigab. Der Familienverein ließ sich diese stille Aufforderung nicht entgehen und nahm wieder Besitz von dem Raum. Aber die Freude war nur kurz. Nach dem Vorspiel einer polizeilichen Vernehmung, der sich der Vorstand unterziehen mußte, wurde an einem schönen Sonntag die ganze Polizeimacht Balmirsdorfs einschließend der Nachtwächter aufgeboden, um endlich ganze Arbeit zu machen. Die Polizisten verließen sich mit einem Wagen, fuhren nach dem roten Hause und begannen in fliegender Eile Stühle, Tische, Gläser, Zigarren und was sonst sie fanden, auf den Wagen zu laden. Nichts, rein gar nichts blieb stehen und als der Raum des Familienvereins in gähnender Leere prangte, setzte sich die polizeiliche Wülfenherde in Bewegung und fort ging es zum — Rathaus, dessen geräumigem Boden die Sachen anbrachten wurden. — Dort stehen sie nun, weitverstreut, der Familienverein trauert ihnen nach und weicht sich nicht zu fassen über solch grenzenlose polizeiliche — Fürsorge. —

Die Hexe gegen den Pfarrer Dr. Vogl.

Der in dem meiningischen Dörfchen Leisau in der Grafschaft Gumburg sich gegenüber der Aufforderung des früheren Gutsbesizers Schläter, die Sozialdemokratie nach dem bekannten Reichsverbandes-Mitglied zu bekämpfen, wiederlegte, wird in der bürgerlichen Presse mit allen Mitteln weiter betrieben. Kürzlich wurde erst das wortgetreue Urteil des Oberverwaltungsgerichts veröffentlicht. — Ganz unverblümt wird die Abfertigung des Pfarrers verlangt. Am tollsten gebärdeten sich die Großagrarien. Diesen Leuten hat es gar nicht gefallen, daß der Pfarrer sich freiwillig dahin ausgesprochen hat, wenn er als Gutsarbeiter, wie dies bisher in Leisau bei dem Herrn Schläter der Fall gewesen sei (Schläter hat die Anzeige gegen den Pfarrer erstatet), in solchen elenden Wohnungen, mit so miserablen Löhnen ein so kümmerliches Dasein haben würde, da würde er unbedingt Sozialdemokrat werden. — Jetzt setzt man der systematischen Verheerung noch damit die Krone auf, daß die Arbeiter eine der so bekannten Erklärungen veröffentlichten, daß ihr Arbeitgeber ein wahres Prachtexemplar von Menschenfreund und dergleichen sei. Der interessante Reinigungsbericht enthält folgende bemerkenswerten Sätze:

„Wir unterzeichneten Arbeiter, die wir zum Teil 18 Jahre lang, so lange Herr Schläter in Leisau war, bei diesem in Arbeit gestanden haben, erklären, daß wir in Herrn Schläter stets einen gütigen und gerechten Arbeitgeber und in Not und Krankheit stets einen bereiten Helfer gehabt haben, daß wir auskömmliche, nicht niedrigeren Löhne, als auf den benachbarten Gütern üblich, erhalten haben, so daß wir zum Teil haben Geld sparen können. Wir erklären ferner, daß uns anständige Wohnungen mit Stall, Gartenland und Feld frei zur Verfügung gestanden haben. Die Arbeiterhäuser hat Herr Schläter 1897 und 1906 neu, gesund und geräumig erbauen lassen; das alte Arbeiterhaus war zum Abbruch bestimmt.“

Der Hofmeister, der Kutscher und noch fünf Arbeiter haben nebst ihren Frauen, freiwillig, gern und der Wahrheit gemäß diese Erklärung mit ihrem Namen unterzeichnet. Der Schultheiß bestätigt mit dem Urtheil, daß „Vorstehendes auf Wahrheit beruht“ und der Inspektor der „von Hindelsbüschens Gutsverwaltung“ bestätigt, daß die Lohn- und Wohnungsverhältnisse genau dieselben geblieben sind wie bei dem Herrn Schläter. — Die bürgerliche Presse bezeichnet diese Erklärung als „wertvoll“. Katholik! Ein wertvolleres Dokument im Kampfe gegen einen wegen seiner Offenheit und Freimüthigkeit in den besseren Gesellschaftskreisen“ mißliebigen Pfarrer kann man so leicht auch nicht erhalten. Vorzüglich, wenn so etwas „freiwillig und der Wahrheit gemäß“ geschieht, wünscht man mit Heinrich Heine, daß die grundgütige Natur solchen Menschen einen Schwefel zum Webeln wachsen lassen möge. —

Aus dem Rechtsstaate.

Folgende Meldung geht durch die bürgerliche Presse: „Bei dem Besten Chmelicki in Kallisch im Kreise Hr. Stargardiente der Hülfsung H. Rogowski. Derselbe sollte einem Mitschnitt den Betrag von 1.00 M. entwendet haben. Um ihn zum Geständnis zu bringen, legte ihm der Besten eine Schlinge um den Hals und zog ihn an einem Kirschbaum in die Höhe, so daß der Junge frei in der Luft schwebte. Dann ließ er ihn hinab, band ihn mit einer Kette an eine Wagenleiter und hielt ihm glühende Kohlen dicht unter die nackten Füße. Für Anwendung dieser modernen Folter erhielt der Besten vom Gericht 350 M. Geldstrafe oder 70 Tage Gefängnis zubilligt.“

Wieviel wieh mancher Leser unglaublich den Kopf ob der Mißbe Urteils schütteln, wenn er bedenkt, daß ein Streifenleder, der einen Streifenleder schmelzt, ins Gefängnis wandert. Aber die Meldung ist trotzdem durchaus glaublich. Denn wer anders an freiwilliger Arbeit zu hindern sucht, ist ein Verbrecher, wer aber an einem Dienstboten die mittelalterliche Folterkammer abt, der — überschreitet leiblich im gewissen Maße das ihm gegen den Dienstboten zuzehende Zuchtungsrecht!

Frankreich.

Herbé zieht in den Krieg!

Paris, 15. Mai. (Eig. Ber.) Herbé ist durch die letzten Erklärungen Jaures' und Guesdes gegen den Antipatriotismus ganz aus dem Hauschen geraten. Besonders Guesdes Wort von den „anarchistischen Phantasten“ des Syndikalismus hat Herbé's Gemüt dezent

erschüttert, daß er — man höre! — in patriotische Phantasien verfällt. In seiner „Guerre Sociale“ malt er allen Ernstes das Zukunftsbild eines Krieges der deutschen Sozialisten gegen das sozialistische Frankreich aus und sieht sich schon in der Heldentrolche des Vaterlandverteidigers: „Die revolutionären Sozialisten werden das kommunistische oder kollektivistische Regime verteidigen, wenn sie es in Frankreich verwirklicht haben werden, und sie werden es gegebenenfalls gegen die deutschen Plebssozialisten verteidigen, die in einer Krise von „Selbstmord“ es wagen sollten, gegen unsere aufständischen Kommunen zu marschieren. Aber sie werden nicht einen Quadranten ihrer Haut hergeben, um die Art von Vaterländern zu verteidigen, die alle heutigen Vaterländer, das republikanische Frankreich inbegriffen, sind.“

Man steht schon aus diesem Zitat, was Geistes Kind der von der Bourgeoisie mit solcher Reklametrommel auf der Jahrmarktsbühne aufgestellte „Antipatriot“ ist. Gegen ein schwachsinntiges Geröde dieser Sorte zu polemisieren, wird einem niemand zumuten. Wir können uns damit begnügen, daß unsere französischen Genossen der Meinung sind, der französische Sozialismus habe sich weniger gegen einen Einfall der deutschen Sozialisten als gegen die Einfälle Gustav Hervés zu schützen. —

Der Feldzug der Winger.

Beziens, 21. Mai. Die Weinbauer haben beschlossen, ihre Kundgebung am nächsten Sonntag zu wiederholen. Sie hoffen auf eine Beteiligung von 300 000 Personen. Falls bis zum 11. Juni die Kammer sich mit ihren Klagen nicht beschäftigt hat, wollen sie ihre Drohungen wahr machen. In Vendargues haben circa 200 Winger beschlossen, die Steuern bis zum 10. Juni nicht zu entrichten. Auch im Departement Var macht sich eine ähnliche Bewegung bemerkbar. Die dortigen Weinbauer haben beschlossen, sich mit ihren Kollegen in Beziens solidarisch zu erklären, falls die Regierung nicht Abhilfe schafft.

Belgien.

Der Bankrott der christlichen Demokratie in Belgien.

Brüssel, 18. Mai. (Eig. Ber.) Dreiundzwanzig Jahre laßt das Joch des Merkantilismus auf Belgien. Es gibt selbst in der Merkantil Partei Leute, die mit den Resultaten dieser Herrschaft nicht ganz zufrieden sind und die meinen, daß es heutzutage bei einer an der Macht befindlichen Partei mit der Förderung rein Merkantiler Zwecke nicht getan sei. Auch heißt es endlich, die Hoffnung der katholischen Arbeiter auf die christliche Demokratie nicht allzu grausam zu zerstören und damit der Sozialdemokratie in die Hände zu arbeiten.

„Zudem hatten eine Reihe großer sozialer und politischer Reformen, an denen eine Partei, der es angeblich auch um das „christliche Volk“ zu tun ist, nicht kumm vorüber gehen darf, dringend der Lösung. So erlebte man es, daß sich im Schoße der Merkantil Partei die „jungheiterliche“ Opposition bildete, deren Ursprung freilich auch anderen nicht ganz lauterer persönlichen Momenten zu verdanken ist. Aus dem Munde der bedeutendsten Führer dieser Opposition — die bekanntlich den Sturz ihrer eigenen Regierung herbeigeführt hatte — erklang noch kurz vor der Bildung des neuen Kabinetts die verheißungsvolle Lösung nach Inaugurierung eines „neuen Politik“. Und siehe da, es geschah, daß in das neue Kabinett zwei Männer eintraten, die sozusagen die Internationales dieses christlich-demokratischen Prinzipals darstellten. Herr Helleputte hatte die modernsten Reden für den Achtstundentag gehalten und von Herrn Kenkin wußte man, daß er neben anderen schönen Dingen auch für das allgemeine Wahlrecht geschwärmt hätte!“

Nun, die neue Politik hat sich bereits mit aller Deutlichkeit geoffenbart. Wir wollen nicht weiter von Herrn De Trooz, dem neuen Kabinettschef reden, der für die sozialen Aufgaben nur ein paar banale Phrasen hatte und sich im übrigen auf die Politik eines ehemaligen Merkantil Fanatikers berief, die er getreulich zu befolgen versprach. Man wartete nun mit einer gewissen Spannung auf den Minister Kenkin, den Repräsentanten der aufgestiegenen christlichen Demokratie, dessen Rede eine andere Bedeutung zumal aus der offiziellen Erklärung des Ministerpräsidenten, der als ungenierter Reaktionsar seinen konservativen Merkantilismus nicht aufzugeben brauchte. Er erklärte sogar mit schöner Offenheit, daß er es zu seinen wichtigsten Pflichten zähle, die Subsidien für die freien (kongregationalistischen) Schulen zu erhöhen! Was aber hat Herr Kenkin erklärt? Nun, man erlebte wieder einmal das alte, wohlbekannte Schauspiel, daß ein an die Macht gelangter Mann im Handumdrehen seine alten Prinzipien als „Jugendbesessen“ verwarf; man hörte die glatten, schimmigen Ausreden von den reifen gewordenen Ideen und den parlamentarischen Erfahrungen usw. — die natürlich ein feiges Verlassen der Ideen des allgemeinen Wahlrechts, des obligatorischen Schulunterrichts und der persönlichen Militärpflicht in der Praxis zur Folge haben. Es war zwar kein Hipp und klar proklamierter Betrug, sondern ein in allerlei Worten und Ausdrucksformen gefüllte Verballhornung, doch die derbe Antwort des Genossen Furnémont stellte die richtige Deutlichkeit her. Die „neue Politik“ ist also, wie die Regierung selbst erklärte, nichts weiter als „die Fortsetzung der Politik von gestern“ und, wie der allmächtige Merkantil Intrigant Wolste sagte, „es hat sich nichts verändert als das Ministerpersonal.“

Nun wird man noch zu sehen bekommen, was der andere „radikale“ christlichdemokratische Minister, Herr Helleputte für sein Ministerpostentum hingegeben hat. Herr Helleputte ist der Verfasser des Amendements über den Achtstundentag gewesen. Die Regierung De Trooz-Helleputte hat bis jetzt nicht einmal über das schwächliche Amendement Furnémonts betreffend die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der Bergarbeiter eine befriedigende Auskunft gegeben.

Nach ähnlicher und offener als die Regierungserklärung selbst hat der offiziöse Wozze die Absichten des neuen Kabinetts ausgesprochen. Danach wird alles beim alten bleiben und das „Ministerium der Konzentration“ mit der christlichen Demokratie als Flügge wird so wenig das allgemeine Wahlrecht, den obligatorischen Unterricht und eine Militärreform machen, wie das ehemalige konservativ-Merkantile Kabinett. Wie der Liberal Olymans in einer freudigen Rede gegen die Regierung sagte: die neue Politik besteht darin, mehr als je die Tätigkeit und die Werke des Clerus zu unterstützen! Und die christliche Demokratie? werden die armen katholischen Arbeiter Flanderns fragen. ... Es scheint, es bleiben vor ihr nur die beiden braven Abbés Daens, von denen einer, vom Clerus verfolgt und zu Tode geht, eben auf dem Sterbebette mit dem Tode ringt.

England.

Eine Regierungskundgebung gegen den „Schutzpol“.

In Edinburgh hat am Sonntag das Regierungsglied Lord Churchill in einer großen Versammlung, die von der schottischen liberalen Union veranstaltet wurde, eine scharfe Rede gegen den Plan eines englischen Schutzpolizisten gehalten. —

Die Iren gegen die Abschlagszahlung. Der irische Nationalkonvent, der auf Anregung von John Redmond am Montag in Dublin hier zusammengetreten war, hat die vom Vizekanzler Sir John Balfour vorgelegte irische Bill einstimmig abgelehnt. —

Australien.

Die Wahlen in Queensland.

Am Sonnabend fanden die Wahlen zum Staatsparlament von Queensland statt. In den vorliegenden Nachrichten heißt es, daß die Sozialisten eine Niederlage erlitten und nur 17 Sitze erobert hätten, während sie im letzten Parlament 30 besaßen. Abston, der Ministerpräsident, wird wahrscheinlich im Amt bleiben, wenn es ihm gelingt, sich mit den Sozialisten zu verständigen. Seine Anhänger haben 24 Sitze, die Opposition hat 26 Sitze erobert. Von den 72 Wahlen sind also noch fünf unentschieden. Im vorigen Parlament gab es nur zwei

Parteien, die Arbeiterpartei und die Opposition. Der Ministerpräsident Ribston ist aus der Arbeiterpartei hervorgegangen und seine Gegnerschaft zum Sozialismus hat die Spaltung hervorgerufen. Darum kann man nicht von einer Niederlage der Sozialisten sprechen, sondern nur von einer Scheidung der Anhänger und Gegner des Sozialismus innerhalb der Arbeiterpartei. Die 17 gewonnenen Sitze stellen einen Reingewinn für die sozialistische Partei dar.

Ein neueres Telegramm lautet:
Sidney, 21. Mai. Das Resultat der Parlamentswahlen in Australien ist folgendes: Gewählt wurden 24 Ministerielle, 20 Sozialdemokraten und 28 Mitglieder der Opposition.
Danach hätte die junge Sozialdemokratie einen erfreulichen Erfolg zu verzeichnen. Indes sind nähere Meldungen abzuwarten.

Die russische Revolution.

Fünfhunderttausend Storkbrotfrank.

Laut offiziellen Berichten sind im Gouvernement Ufa bis zum 23. April 1878 Storkbrotfrank registriert worden, und das bei der Tatsache, daß 250 000 Kollende in den öffentlichen Speisehäusern eine Unterstützung finden. Die allrussische Semstwoorganisation zur Unterstützung Kollender, die mit privaten Mitteln arbeitet, verfügt allein gegen 144 000 Personen in diesem Gouvernement. Ohne diese Hilfe, nur auf die Unterstützung der Regierung angewiesen, wäre die Mehrzahl der Kollenden Hungers gestorben, denn die Zahl der Storkbrotfranken zeigt, daß die Hilfsaktion noch jetzt bei weitem nicht ausreicht, um der endlosen Not abzuhelfen. Wie viel Personen in den entlegenen Gegenden Hungers gestorben sind, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Der Terror.

Odesa, 20. Mai. Auf der Preobraschenskijsiraße neben dem Gebäude der Polizeimeisterkanzlei wurde gegen die Polizeioffiziere Panassil und Polianowski und mehrere Schulleute eine Bombe geworfen. Die beiden Offiziere wurden getötet, die Schulleute nebst mehreren Passanten schwer verwundet. Einer von den Tätern wurde erschossen, zwei wurden verhaftet. Die Strafe wurde sofort von Militär befehlt und in verschiedenen Vierteln der Stadt kam es alsbald zu Judenmishandlungen.

Berzweiflungsakte.

Petersburg, 21. Mai. Die Sträflinge des Gefängnisses Litowski meuterten am Sonntagabend. Polizei und Truppen mußten einschreiten, um die Menschenmenge, die sich vor dem Gefängnis angeammelt hatte, zu zerstreuen. Die Meuterer wurden in Ketten gelegt.

Gewerkchaftliches.

Ein Jubiläum.

In einem besonders schmunzigen Gewande präsentierte sich die letzte Nummer des „Courier“, des Fachorgans des Verbandes der Handels-, Verkehrs- und Transportarbeiter Deutschlands.

In flammendem Rot kündigt die Zahl 100 000 den Mitgliedern, daß die Auflage des wöchentlich erscheinenden „Courier“ nunmehr 100 000 Exemplare beträgt.

Mit berechtigtem Stolz kann die Verbandsleitung der Transportarbeiter auf das Geleistete zurückblicken, reichen doch nunmehr die Fäden der Organisation in fast alle Schichten der „ungelehrten“ Arbeiter des Handels und Verkehrs hinein.

Bereits Ende der achtziger Jahre war in Berlin ein „Correspondenzblatt“ erschienen, das, freilich in geringer Auflage, die Interessen der Berliner Handelshilfsarbeiter wahrnahm. Ihm folgte die „Einigkeit“, die aber an Abonnentenschwundsucht zu Grunde ging. Der Grundsatz, daß speziell die Presse berufen ist, den Organisationsgedanken der Arbeiter zu propagieren, ließ unter den Berliner Handelshilfsarbeitern bald ein neues, entsprechend den geringen Mitteln, nur einmal monatlich erscheinendes „Correspondenzblatt“ entstehen. Ihm folgte der „Handelshilfsarbeiter“ und mit der Gründung des Zentralverbandes erschien am 15. Januar 1897 die erste Nummer des „Courier“.

Mein war, nach den heutigen Verhältnissen des Verbandes, der Anfang und schwierig der Boden, den der „Courier“ zu beackern hatte. Ende 1898 waren im Verbands erst 5687 Arbeiter organisiert, gegenüber 81 784 Verbandsangehörigen am 31. Dezember 1906. Während im Jahre 1897 für Unterstufungen an Mitglieder in Notfällen 1824,88 M., für Streiks nur 262,23 M. gezahlt wurden, kamen 1906 für Unterstufungen 187 840,61 M., für Streiks 281 242,13 M. zur Veranschlagung. Getreu der Erkenntnis, daß ein möglichst hoher Lohn und verkürzte Arbeitszeit eine Lebensnotwendigkeit für den Arbeiter ist, entsandte die Organisation ihre Haupttätigkeit im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. In den 10 Jahren seines Bestehens erreichte der Verband für 28 279 Mitglieder Verkürzungen der Arbeitszeit, für 67 896 Mitglieder Lohn-erhöhungen, die allein in den drei letzten Jahren die Summe von 6 361 646,20 M. betragen.

Geradezu glänzend sind die Erfolge, die die Berliner Filiale des Verbandes bei einzelnen Lohnbewegungen erzielte. So stieg der wöchentliche Lohn der Rollkutschler von 15 bis 18 M. im Jahre 1896 auf jetzt 25—28 M., in Einzelfällen auf 30 M. Die Müllkutschler erhielten damals 16 bis 19 M., jetzt 39,50 M., die Mehlkutschler sind von 18 M. auf 36 M. gestiegen. Die Arbeitskutschler haben mit Hilfe der Organisation ihren Lohn von 15 M. auf 30—33 M. gehoben usw.

Und bei so offensiblen Erfolgen des Organisationsgedankens wagen es die Reaktionsäre aller Schattierungen, über die Unfruchtbarkeit der Arbeiterbewegung zu lamentieren. Aber trotz aller Gegenagitationen marschiert der Gedanke der Organisation unaufhaltsam; in den Kreisen der bisher Indifferenten macht sich mehr und mehr das Gefühl geltend, daß es nur in der Organisation, im Zusammenschluß einen Rückhalt gegen die kapitalistische Ausbeutung gibt.

Wäge der proletarische Kämpfer „Courier“ bald sein zweites Hunderttausend Leser erreichen!

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung im Bäckergewerbe.

Die Freie Vereinigung der Bäckermeister von Berlin und Umgegend hat den bekannten Schiedsspruch des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts abgelehnt. Dies geschah in einer Mitgliederversammlung, die gestern abend im königlichen Kasino in der Holzmarktstraße stattfand, und zwar in einer vom Vorstand und den Vertrauensmännern vorgeschlagenen Resolution, die einstimmig angenommen wurde. In der Resolution wird ausgesprochen, daß das Einigungsamt nicht berechtigt gewesen sei, einen Schiedsspruch zu fällen, weil nur die Abmachungen, die im vorigen Jahre zwischen den Innungen und dem Gesellenverband getroffen wurden, Gegenstand des Konflikts mit der Freien Vereinigung gewesen seien. „Über den wöchentlichen Ruhetag“ heißt es in der Resolution weiter, „hatten die Vertreter der Vereinigung wohl ein Recht zu diskutieren, insbesondere darüber, wie der wöchentliche Ruhetag für alle im Gewerbe tätigen Personen erreicht werden kann, das Einigungsamt aber hatte kein Recht zu einem Schiedsspruch.“

Die Versammlung lehnte den Schiedsspruch des Einigungsamtes deshalb ab, weil für 1900—2000 Meister pro Woche 8—9 Arbeitstagen herauskämen, während 2500 Gesellen nur sechs Schichten pro Woche zu arbeiten hätten. Eventuelle Zuschläge würde viel zu viel Gebäd, welches nicht verkaufsfähig wäre, produzieren und somit neben dem Zuschußlohn dazu beitragen, daß das tägliche Brot abermals eine Verteuerung erfahren würde.

Die Versammlung beschließt daher:

a) Den geforderten Lohn wie die Zustände in betreff Kost und Logis und Lehrlingsfrage, sowie des freien Abends und des neu zu errichtenden paritätischen Arbeitsnachweises aufrecht zu erhalten, wenn: 1. auf Grund des Schiedsspruches nicht der Streik und Boykott von der Gesellenorganisation proklamiert werden; 2. diejenigen Bäckereien, welche die Vereinbarungen vom Jahre 1906 gehalten haben, weder vom Streik noch Boykott betroffen werden.

b) Zu eventuellen weiteren Verhandlungen erteilt die Versammlung denselben Vertretern weitere Vollmacht.

c) Sollte die Gesellenorganisation den Punkten 1. und 2. zuwider handeln, so zieht die Vereinigung die unter a) gemachten Zugeständnisse zurück, und es gelten dann für die Mitglieder die Abmachungen, welche die Gesellenorganisation im Jahre 1906 mit den Innungen getroffen hat, bis auf weiteres.“

Seitens des Vorstandes wurde noch besonders hervorgehoben, daß ein von den Vertretern beider Parteien unterzeichneter Vertrag noch nicht existiere.

Sollte es zu neuen Verhandlungen kommen, so werden sich die Vertreter der Freien Vereinigung wohl darüber befehlen lassen, daß das Einigungsamt, als es seinen Schiedsspruch über den wöchentlichen Ruhetag fällte, in keiner Weise seine Befugnisse überschritten hat.

Die 15 vereinigten Vorstände der Bäckereinnungen von Berlin und den Vororten haben als Antwort auf die vom hiesigen Verband der Bäcker den einzelnen Meistern zugesandte Aufforderung, wie sie schreiben, „ein letztes Wort in letzter Stunde“ zugehen lassen. Dieses letzte Wort lautet:
„Soeben versendet der Hamburger Verband an uns Bäckermeister eine Aufforderung, den vom Gewerbegericht diktierten (!) Vertrag mit ihnen abzuschließen. Mit gleichnerischen Worten, die so grell gegen den früheren Ton abstecken, fordert er uns auf, mit ihm einen verständigen Frieden einzugehen. Kollegen, lest das beigelegte Flugblatt, und dann urteilt, wie der Verband auch jetzt noch demüht ist, durch Lügen, Verdrehen und Verleumdungen Zwiespalt in unsere Reihen zu säen, um mit diesem gemeinen Mittel sein Ziel zu erreichen.“

Zum letzten Mal warnen wir Euch! Glaubt einem Hehlschold und seinen Genossen nicht! Haltet auf Eure Kollegen, denen die Erfahrungen von 1904 und aus anderen deutschen Städten zur Seite stehen! Untertuegt nicht der Versuchung! Ihr könnt die Forderungen nicht erfüllen! Ihr müßt finanziell und wirtschaftlich daran zugrunde gehen! Seid Männer und Meister, die nicht ihre Bäckerei, ihre Existenz unter die ständige Kontrolle von bezahlten Aufwieglern stellen werden! Denkt der Schwach, die man Euch vor drei Jahren in der Rosenthalerstraße angeht hat, und ihr werdet Euch nicht zum zweiten Male einer solchen Erniedrigung aussetzen. Treu siehe jeder Kollege zum anderen und zum großen Ganzen, und die Versuche werden zusehen werden. In aller kürzester Zeit wird Euch durch die Versammlung und durch ein Anschreiben Näheres mitgeteilt werden.

Die Vereinigten Vorstände Berlins und der Vororte.
gez. Fritz Schmidt.

Ferner haben die vereinigten Vorstände folgende Verhaltensmaßregeln den einzelnen Meistern vorgeschrieben:

„Die ihm vom Gesellenverbande zur Anerkennung überfandten Vertragsformulare sind entweder dem kontrollierenden Obmann, welcher sie dem Innungsbureau zustellen hat, oder dem betreffenden Innungsbureau direkt sofort auszuhandigen. Ebenso sind alle Einzelboykotts unter Befugung des von den Gesellen hierzu herausgegebenen Flugblattes dem obigen Bureau zu melden. Auch die Anzeige des „Vorwärts“ über einen Meister als „Bevollmächtigter“ ist sofort dem Innungsbureau mitzuteilen, damit der Vorstand unverzüglich die erforderlichen Schritte unternehmen kann. Die Innungsnachweise sind im Falle eines Streiks geschlossen. Ausschließliche Vermitteln nur die Innungsbureau. Es wird aber von den meisten Meistern erwartet, daß sie sich einen oder zwei Tage selbst ausbilden. Bei Kontraktbruch ist dem Gesellen das Innungsbuch abzunehmen und dem Obermeister sofort einzusenden. Lohnabzüge sind auf keinen Fall zu machen, sondern der Lohn ist voll auszuzahlen. Sonstige Mitteilungen erfolgen in den Innungsbureau oder in den Vereinslokalen der Bezirksvereine.“

Alle diese Kriegsvorbereitungen werden den Herren nichts nützen, wenn die Gesellen unter Beihilfe der übrigen Arbeiterschaft ihre Forderungen mit Nachdruck vertreten.

Achtung, Schuhmacher! Die Schuhwaren-Firma Stiller ist gesperrt. Folgende Geschäfte kommen in Betracht: Jerusalemstraße 88/89, Friedrichstr. 75, Potsdamerstr. 2, Tauentzienstr. 19a. Schuhmacher-Verband Berlin.

Deutsches Reich.

Zur Holzarbeiter-Ausperrung.

In den Tischlereibetrieben zu Burg bei Magdeburg wird infolge des Schiedsspruches des Einigungsamtes zu Berlin die Arbeit am 22. Mai wieder aufgenommen. Da aber die Drechsler in Burg und eine Stuhlfabrik sich dem Schiedsspruch nicht unterwerfen wollen, bleibt Burg für Drechsler und Stuhlmacher gesperrt.

Ein neuer Unternehmerstreik.

In Flensburg sind die Maurer in den Ausstand getreten, weil die Bauunternehmer ihre Forderung auf eine geringfügige Erhöhung des Stundenlohnes heftig abgelehnt haben. Die Unternehmer haben daraufhin kurzerhand, offenbar um einen Druck auf die Maurer auszuüben, die gänzlich unbeteiligten Zimmerer ausgesperrt und die Bauhilfsarbeiter, für die sie unter diesen Umständen keine Beschäftigung mehr hatten, entlassen.

Sofort nach der Arbeitseinstellung der Maurer bemächtigte sich die lokale Scharfmachervereinigung, der Arbeitgeberverband, der Angelegenheit und veröffentlichte in der bürgerlichen Presse eine Erklärung, in der die Höhe des geforderten Stundenlohnes, 60 Pfennige, als unnatürlich bezeichnet und die Maurer des Vertragsbruchs bezichtigt wurden. Die Anschuldigung ist sinnlos, denn weder besteht im Flensburger Baugewerbe eine Kündigungsfrist, so daß die Maurer also jeden Tag die Arbeit niederlegen konnten, noch war ein Tarif abgemacht. Die Bauunternehmer selbst hatten, als die Maurer im vorigen Jahre an sie herantraten, den Abschluß eines Tarifs hintertrieben, und es waren bloß Abmachungen über Lohn und Arbeitsdauer, ohne jede Fristbestimmung für die Vereinbarung, zustande gekommen. Trotzdem ließ sich die Bauinnung vom Arbeitgeberverband scharf machen und strengte sogar gegen die Flensburger Zahlstelle des Maurerverbandes vor dem Gewerbegericht eine Klage wegen Kontraktbruchs an.

Ein Kontrakt konnte zwar bei der geschilderten Sachlage nicht vorgelegt werden, dafür hatten aber die Innungsmeister einen funktionsgelagerten Trick ausgeheckt, bezog sich von den Scharfmachern unter die Hand geben lassen. Weil bei den vorjährigen Verhandlungen zwischen der Innung und der Maurerorganisation einige Briefe gewechselt worden waren, berief sich die Innung auf den § 127 des Bürgerlichen Gesetzbuches, in dem es über die Form eines Rechtsgefäßes heißt:

„Zur Wahrung der Form genügt, soweit nicht ein anderer Wille anzunehmen ist, telegraphische Uebersmittlung und bei einem Vertrage Briefwechsel.“

Mit den vier letzten Worten wollten die schlauen Innungsleiter die Gesellen ins Irrethum setzen. Natürlich hat die Besinnung bloß einen Sinn, wenn überhaupt ein Rechtsgefäß abgeschlossen worden war, wovon im vorliegenden Falle nicht die Rede sein konnte. Die Gesellen ließen sich denn auch auf dieses läppische Mandat gar nicht ein und blieben der Verhandlung vor dem Gewerbegericht, die am Sonnabend stattfand, fern.

Das Gewerbegericht kam überhaupt nicht in die Lage, in eine Prüfung des Sachverhalts einzutreten. Es erklärte sich zum großen Kerger des erschienenen Innungsvorstandes für unzuständig, da es nur in gewerblichen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, nicht aber in solchen zwischen Organisationen zu entscheiden habe. Die Innung zog darauf ihre Klage zurück.

Von welchem sozialen Geist auch in dieser Gegend die Bauunternehmer befeelt sind, geht daraus hervor, daß die Flensburger Bauinnung die Feme, die sie nach dem üblichen Schema sofort über die ausständigen Maurer und die ausgesperrten Zimmerer verhängte, auch auf die Bauhilfsarbeiter, die lediglich wegen Arbeitsmangels entlassen worden sind, ausgedehnt hat, mit dem Erfolg, daß diese weder auf der Schiffswerft noch in anderen Betrieben am Orte Arbeit bekommen.

Von dem Streik bezw. der Aussperrung und Entlassung sind betroffen 240 Maurer, 72 Zimmerer und 33 Bauhilfsarbeiter, die meisten haben bereits auswärts Beschäftigung gefunden.

Die Maler von Westerland auf Sylt befinden sich im Streik; dieselben verlangen eine Erhöhung des Stundenlohnes von 55 auf 60 Pf. Die Meister lehnen aber jegliche Verhandlung mit der Organisation ab. Sie geben sich dem Wahne hin, nach Pfingsten genügend Arbeitskräfte zu bekommen. Deshalb werden unter den weitgehenden Versprechungen Malergehälften durch Annoncen nach Westerland gesucht. Zugang ist fernzuhalten.

Aussperrung der Tabakarbeiter.

In Wände i. B. stehen bei der Firma Baarmann u. Levisohn etwa 100 Tabakarbeiter wegen Lohnforderung in Kündigung. Der Fabrikantverein hat nunmehr beschlossen, daß, wenn es dort zum Streik kommt, sämtliche Arbeiter der Hamburger, Bremer und westfälischen Zigarrenfabriken ausgesperrt werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Streik der Seelente.

Streik der Seelente.

Hamburg, 21. Mai. (W. L. B.) Eine heute abend in Altona abgehaltene Versammlung der organisierten Seelente von Hamburg-Altona, die von etwa 500 Personen besucht war, beschloß einstimmig, sofort in den Streik einzutreten. Der Ausstand umfaßt das gesamte Deck- und Maschinenpersonal mit Ausnahme der Mannschaften der Fischdampfer und der Schlepp- und Leichterfahrzeuge. Die Streikenden fordern die einheitliche Regelung der Feuerfähr- und Erhöhung bezw. einheitliche Festlegung des Ueberstundenlohnes sowie die einheitliche Regelung der Kündigungsfristen, des Ueberstundenwesens, des Wacheystems und des Anheuerungswesens. Sie fordern weiter, daß ihnen Gelegenheit gegeben wird, Klagen über die Behandlung und Beschäftigung den Reedern selbst vorzutragen zu können.

Unglückliche Spazierfahrt.

Gießen, 21. Mai. (W. G.) Der Landwirt Dörr aus Groß-Buffel unternahm mit seinem Wagen einen Ausflug. In Reiskirchen stürzte die Pferde, der Wagen schlug um. Zwei Insassen wurden schwer verletzt, während Dörr selbst tot auf dem Plage blieb.

Beschlagnahme Flugblätter.

Budapest, 21. Mai. (W. G.) Die Polizei beschlagnahmte tausende von Aufrufen an die landwirtschaftlichen Arbeiter der sozialistischen Partei, in welchen dieselben wegen der neuen Gefindevorlage zum Streik aufgefordert werden.

Eine vorbildliche Regierung.

Madrid, 21. Mai. (W. G.) Die liberale Partei erneuerte ihren Beschluß, dem Parlamente fernzubleiben und nicht eher wieder in dasselbe zurückzukehren, bis die Regierung ihr volle Satisfaktion für die ungeheuren Wahlfälschungen geleistet hat.

Niedergebrannter Zirkus.

Barcelona, 21. Mai. (W. L. B.) Der Stiergefächtszirkus ist vollständig niedergebrannt.

Judenheken in Odesa.

Odesa, 21. Mai. (W. G.) Infolge der gestern erfolgten Ermordung zweier Polizeioffiziere herrscht in der Stadt furchtbare Aufregung. Der Ausbruch eines allgemeinen Judenmassakers wird ernstlich befürchtet, um so mehr, als die Polizisten und die den Strafendienst verrichtenden Kosaken mit dem Mob fraternisieren.

Odesa, 21. Mai. (W. L. B.) Als sich heute der Zug mit der Leiche des durch die gestrige Bombenexplosion getöteten Polizeiaufsehers Panassil der Kirche näherte, in der auch die Leiche des bei derselben Explosion umgekommenen Revieraufsehers ausgebahrt war, wurden plötzlich auf die Menge zwei Schüsse abgegeben. Es entstand eine Panik. Mehrere Frauen wurden ohnmächtig. Da man vermutete, daß die Schüsse aus einem nahegelegenen Hotel abgegeben worden waren, schossen eine Anzahl junger Leute auf das Hotel. Verletzt wurde niemand. In allen anliegenden Straßen wurden die Läden geschlossen. Das Revier wurde von Truppen umstellt. Die Polizei veranfaltete in vielen Wohnungen Hausdurchsuchungen und nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Revolutionäre Kämpfe.

Woronesch, 21. Mai. (W. L. B.) Im Dorfe Kalatsh wurden am 18. dieses Monats dreißig revolutionäre Sozialisten verhaftet. Am andern Tage kam es zu Aufregungen, eine große Menge griff die Polizei an, ein Landgendarm wurde durch einen Stein am Kopfe verwundet. Die Polizei war gezwungen von der Feuerwaffe Gebrauch zu machen. Mehrere Bauern wurden verwundet, unter ihnen zwei tödlich. Der Telegraph wurde zerstört. Der Gouverneur traf mit einer Abteilung Kosaken gestern dort ein.

Brennender Dampfer.

Grand Rapids (Michigan), 21. Mai. (W. L. B.) Der Dampfer „Naomi“ verbrannte heute morgen auf der Fahrt von Grand Haven nach Milwaukee bis zur Wasserlinie. Die 50 Passagiere wurden gerettet, vier Mann von der Besatzung kamen ums Leben.

Zur Plage der Konkurrenzklause.

Jede Konkurrenzklause beeinträchtigt die Freiheit des Erwerbs der Arbeiter und verleiht ihm die Möglichkeit seine Arbeitskraft zu verwerthen. Wiederholt haben wir dargelegt, welcher wirklicher Terrorismus gegen Arbeitswillige durch solche Klauseln geübt wird.

Nachstehend veröffentlichten wir drei Fälle, der erste betrifft einen vom Hamburger Oberlandesgericht für ungültig erklärten Finanzklauselvertrag, der zweite einen vom Augsburger Landgericht beurteilten Fall und der dritte eine Konkurrenzklause, die die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer mit einem ihrer Angestellten abgeschlossen hat.

I.

In dem in Hamburg entschiedenen Fall hat die Del-firma Stern-Sonneborn in Pantin bei Paris gegen den bei ihr beschäftigt gewesenen Arbeiter D. aus Hamburg die nach ihrer Meinung verwirkte Vertragsstrafe von 5000 Fr. (4000 M.) eingeklagt.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Der zweite Fall betrifft eine Augsburger Großfirma. Im Jahre 1898 trat in die Bleicherei und Färberei-Kittengeellschaft vorm. Prinz Nachf. in Augsburg der Färbereimeister Joh. Grimm gegen ein Monatsgehalt von 120 M. ein und mußte einen Vertrag unterschreiben, laut dessen er bei eventuellem Austritt aus der Firma sich verpflichtete, bei Meldung einer Konventionalstrafe von 6000 M. innerhalb zweier Jahre bei keiner Konkurrenzfirma in Deutschland einzutreten.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

II. Der zweite Fall betrifft eine Augsburger Großfirma.

Im Jahre 1898 trat in die Bleicherei und Färberei-Kittengeellschaft vorm. Prinz Nachf. in Augsburg der Färbereimeister Joh. Grimm gegen ein Monatsgehalt von 120 M. ein und mußte einen Vertrag unterschreiben, laut dessen er bei eventuellem Austritt aus der Firma sich verpflichtete, bei Meldung einer Konventionalstrafe von 6000 M. innerhalb zweier Jahre bei keiner Konkurrenzfirma in Deutschland einzutreten.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

wurde durch die Bewegung für 106 815 Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit von zusammen 25 768 Stunden pro Woche. Das sind für den einzelnen Arbeiter 2, 3 Stunden im Durchschnitt.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Akte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Einleitend bringen wir einen kurzen Auszug aus dem Jahrbuch, welches der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes den Delegierten als Tätigkeitsbericht vorgelegt hat, und auch die Berichte der Bezirksleiter enthält.

Der Verband hatte am Schluß des Jahres 1906 in 441 Orten 335 075 Mitglieder gegen 259 692 im Jahre 1905. Das ist eine Zunahme von 75 383 = 29,2 Proz. Eingetretene sind 187 427, die Fluktuation ist demnach noch immer recht groß, weist auch gegen 1905 keine nennenswerte Besserung auf, wohl aber gegen die früheren Jahre. Dagegen hat sich die Beitragszahlung bedeutend verbessert.

Im Jahresdurchschnitt hatte der Verband 301 250 Mitglieder, welche 14 686 433 Wochenbeiträge zahlten, das macht pro Mitglied 48,75 Wochenbeiträge — und dürfte damit das, was nach dieser Richtung überhaupt zu erreichen ist, auch erzielt sein.

Die Haupterinnahme bilden selbstredend die Mitgliedsbeiträge mit 7 877 854,10 M. Die wichtigsten Ausgaben sind folgende: Streikunterstützung . . . 2 816 390,80 M.

Hierzu kommen noch die von den Lokalkassen gezahlten Unterstützungen, die sich allein bei Streiks auf 654 785,92 M. belaufen, so daß für Streiks, Aussperrungen und Maßregelungen insgesamt 8 701 827,74 M. ausgezahlt wurden.

Diese Aufstellungen zeigen die enormen Kosten, die für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausgegeben worden sind, sowie die Leistungsfähigkeit des Verbandes in bezug auf die Unterstützungsmaßnahmen. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Erwerbslosenunterstützung in Krankheitsfällen erst seit dem 1. Juli 1906 in Kraft getreten ist.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

Die Berliner Adressenfabrik Robert Tschmer hat in einem Vertrag mit einem Aufsichtsbeamten, der 250 M. Monatsgehalt erhält, vereinbart, daß der Aufsichtsbeamte während zweier Jahre nach dem Austritt aus dem Tschmer'schen Geschäft keinerlei Stellung in einem Adressenverlag innerhalb des Deutschen Reichs annehmen, noch einen Adressenverlag selbst betreiben oder sich bei einem solchen direkt oder indirekt beteiligen darf.

der Schulrichtungen zu kontrollieren, abgesehen werden müssen, wegen des mangelnden Entgegenkommens der Betriebsleiter. — Die geplanten Unterrichtskurse für Verbandsbeamte haben noch nicht begonnen werden können, weil der Vorstand bei der Durchführung auf Schwierigkeiten gestoßen sei. Es sei jedoch unerlässlich, die Unterrichtskurse der Generalkommission zu beschicken, weil bei der gewaltigen Ausdehnung des Verbandes schließlich der Nachwuchs an Beamten fehlt. Die Teilnehmer der Kurse müssen jedoch auch in den Verbänden und Bezirksbüros praktisch weiter gebildet werden. Redner kritisiert sodann den Bericht des Ausschusses. Von den 68 Beschwerden seien nur 15 als solche zu betrachten. Der Ausschuss habe in seinem Bericht die Tätigkeit des Vorstandes als seine Kompetenzen überschreitend dargestellt. Es sei nicht vorgekommen, daß Ausschüsse aus dem Verband in unzulässiger Weise erfolgt seien. Der Vorstand habe soweit als möglich den Ausschluß von Mitgliedern vermieden. Es seien in 206 Fällen, wo Ausschluß von Mitgliedern beantragt sei, nur eine Rüge erkannt worden.

Im Bericht des Ausschusses sei auch ihm, dem Redner, eine Stellung als Vorsitzender im Vorstand zugemutet, die er nicht einnehmen könne und nicht einnehme. Er betrachte die Arbeit des Gesamtvorstandes als kollektiv, und nicht sich selbst als Regierenden.

Beihg, Vorsitzender des Ausschusses, Frankfurt a. M., verteidigt die Stellung des Ausschusses und geht auf eine Reihe von Spezialfällen ein, in welchen der Ausschuss eine andere Stellung einnehmen mußte als der Vorstand. Die Prüfung der Jahresabrechnung habe Komplikationen ergeben; er beantragte Entlastung des Hauptkassierers. Der Ausschuss habe dem Vorstand nahegelegt, die Befreiung des Verbandes von der Einkommensteuer zu veranlassen, die in Höhe von 8000 M. jährlich gezahlt werde. Das Anliegen von Verbandsgeldern auf eine Zweite Hypothek müsse montiert werden. Die Meinung Schlickes, daß er, Redner, ihm eine Stellung im Vorstand zumute, wie Schlick es gekennzeichnet habe, sei irrtümlich. Er wünsche nur der Tätigkeit Schlickes entsprechend eine bessere Besoldung.

Generalversammlung des Verbandes der Handschuhmacher Deutschlands.

Berlin, 19. Mai.

1. Sitzungstag.

Anwesend sind 20 Delegierte, vom Vorstandsvorsitz Ernst Leister und Hr. Gilel. Der Ausschuss ist durch J. Gittinger, Stuttgart vertreten, als Gast ist anwesend H. Stolz, Prag. Nach Beledigung der üblichen Formalitäten wird gleich mit der Diskussion über den gedruckt vorliegenden Rechenschaftsbericht begonnen.

Die Handschuhindustrie beschäftigt in rund 390 Betrieben gegen 4000 männliche Arbeiter, die zu 80 Proz. dem Verbande angehören. Seit die Vereinigten Staaten von Nordamerika, das reichere Ausfuhrgebiet der deutschen Handschuhindustrie, in der Herstellung von Lederhandschuhen immer größere Fortschritte machen, hat in Deutschland die Ausdehnung dieser Industrie naturgemäß nachgelassen. Nur die gesteigerte Ausfuhr nach England und der vermehrte Bedarf an Lederhandschuhen im Inlande erhielt die Industrie auf der bisherigen Höhe. Die Lage der Verhältnisse ist dadurch keineswegs günstiger geworden, sie stehen mit dem Ertrag ihrer Arbeitskraft hinter vielen anderen Berufen zurück. Wenn früher ein starker Zustrom von Lehrlingen vorhanden war, so ist jetzt das Gegenteil der Fall. Es wurden im Dezember 1906 deren nur noch 180 gegen 328 im Jahre 1903 und 450 im Jahre 1898 gewählt.

Innerhalb der Berichtsperiode von 1903 bis 1906 hatte der Verband im Jahre 1904 mit 2028 den niedrigsten, Ende 1906 mit 3214 den höchsten Mitgliederstand erreicht. Weibliche Mitglieder waren 1903 nur 63 vorhanden, diese Zahl stieg bis Jahreschluss 1906 auf 419, gegenwärtig gehören jedoch gegen 1000 Arbeiterinnen dem Verbande an. Die Verbandskasse erzielte in der dreijährigen Berichtsperiode eine Einnahme von 264.035,55 M. Die Ausgabe belief sich auf 202.497,17 M., die Mehrerinnahme somit auf 61.538,38 M. Das Verbandsvermögen von rund 88.500 M. würde um annähernd 60.000 M. höher sein, hätte man nicht in Halberstadt einen erfolglosen Streik führen müssen. Die günstige Konjunktur hat nachträglich auch den Handschuhmachern in Halberstadt eine Zulage eingebracht, insgesamt erhielten während der letzten Jahre von den oben angeführten Verbandsmitgliedern 2880 durch das Eingreifen des Verbandes Lohnzulagen. Von den Ausgabe-posten seien abgerundet hervorgehoben: 7162 für Reisende, 59.500 für Arbeitslose, 33.500 Streikunterstützung. Das Verbandsorgan kostete 18.000 Mark; die allgemeine Verwaltung stellt sich auf 7000 Mark, für Gehälter wurden in der Berichtsperiode 8700 Mark verausgabt. Im Vordergrund der Diskussion steht der oben erwähnte Halberstädter Streik, der augenscheinlich so früh begonnen wurde. Die Fabrikanten erhielten von ihren Abnehmern weitgehende Verlängerungen der Lieferungsfristen, behielten sich durch Quarbeit von außerhalb, die sich nicht vollständig unterbinden ließ. Im Streik waren circa 500 Personen beteiligt, er mußte nach sechs-wöchentlicher Dauer beigelegt werden, um die gänzliche Aufbrauung des Verbandsvermögens zu verhindern. Diese rechtzeitige Beilegung rief unter den Streikenden große Empörung hervor. Der damalige Verbandsvorsitzende Wihl. Kiepsohl wurde hart angegriffen und die Vertrauensfrage aufgeworfen. Der Ausschuss leitete eine Untersuchung der erhobenen Vorwürfe ein, Kiepsohl ging aus dieser gerechtfertigt hervor, schied aber nun freiwillig von seinem Posten; auf der Generalversammlung vertritt er den Ortsverein Magdeburg.

Man bemüht zunächst im Rechenschaftsbericht die Erwähnung einiger größerer Lohnkämpfe und wünscht rascher Beilegung im brüderlichen Verkehre. Ferner wird der Verbandsleitung zum Vorwurf gemacht, bei Lohnbewegungen mehrfach gebremst zu haben. Fast allgemein bedauert man, daß Kiepsohl seinen Posten aufgab, und erwartet, daß auch in Halberstadt die Disziplin unter den Kollegen sich festlege. Seitens der Verbandsbeamten wird nachgewiesen, daß sie nicht nur nicht gebremst hätten, sondern stets bemüht gewesen seien, den Mitgliedern zu Lohnzulagen verhelfen; ausichtslose Streiks müsse man allerdings verhindern. Die Debatte über den Rechenschaftsbericht zieht sich einen vollen Tag hin und endet mit der Entlastung des Verbandsvorstandes und Ausschusses.

Vorher gab der Verbandsvorsitzende Leister bekannt, daß er aus Gesundheitsrücksichten beabsichtige, sein Amt niederzulegen, eine Nachricht, die allgemein überraschte.

Am zweiten Sitzungstage

gelangt zur Verhandlung die

Stellungnahme des Verbandes zu den Tarifabschlüssen.

Bemerkenswert ist hier, daß circa zwei Drittel aller Verbandsmitglieder unter tariflich geregelten Arbeitsbedingungen beschäftigt sind. In den meisten Fällen wurden diese Tarife auf Wunsch der Unternehmer abgeschlossen, sie laufen zu ziemlich gleicher Zeit ab, es wird daher als die wichtigste Aufgabe des Verbandes bezeichnet, diesen auf diese Situation vorzubereiten, um gegenüber allen Eventualitäten gerüstet zu sein und nach Ablauf der Tarife erneut wirtschaftliche Vorteile erzielen zu können. Es folgen lange Auseinandersetzungen, an denen sich fast alle Delegierten beteiligen und sich als Anhänger von Tarifabschlüssen bekennen, wenn sich solche unter günstigen Bedingungen abschließen lassen.

Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution gelangt gegen eine Stimme zur Annahme.

Den nächsten Gegenstand bildet die Haus- und Ueberzeitarbeit. Auch hier steht Halberstadt im Vordergrund des Treffens, da dort die meisten Hausarbeiter vorhanden sind und von den in den Fabriken beschäftigten Arbeitern Material in die Haushaltung zum Bearbeiten mitgenommen wird. Kechnliche Verhältnisse bestehen in geringerem Umfange auch andersorts, in der Hauptsache jedoch gilt die Ueberzeitarbeit als beseitigt. Nach den nun gefassten Beschlüssen, sollen die Berufsgenossen über die Nachteile der Hausarbeit aufgeklärt werden, Mitglieder aber, die

sich weigern, angebotene Fabrikarbeit unter Vorzug der Hausarbeit anzunehmen, sollen aus der Organisation ausgeschlossen werden. Gelegentlich des Abschlusses von Tarifverträgen soll auch über die Befreiung der Haus- und Ueberzeitarbeit mit den Unternehmern unterhandelt werden.

Dritter Sitzungstag.

Zur Verhandlung steht die Verschmelzung des Verbandes mit der beruflich verwandten Organisation der Lederarbeiter. Im August 1906 fand eine Konferenz der Zentralvorstände der Lederindustrie statt. Diese Konferenz lehnte die Gründung eines allgemeinen Industrieverbandes ab, überließ es jedoch den beruflich sich näherstehenden Verbänden der eventuellen Verschmelzung näher zu treten. An diesen Konferenzbeschlüssen knüpfen nun die Verhandlungen an, denen der Vorsitzende des Lederarbeiterverbandes, Genosse Wähler, beizuhilfen. Nach längerer Debatte, in der die besonderen Verhältnisse der Handschuhindustrie und des Verbandes nach allen Seiten durchprochen werden, gelangt folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die nächste Generalversammlung beauftragt die Verbandsinstanzen, sich sofort mit dem Vorstand des Lederarbeiterverbandes in Verbindung zu setzen, um über die eventuellen Uebertrittsbedingungen zu beraten.

Diese Bedingungen sind den Mitgliedern der Organisationen zur Kenntnis zu bringen, bezw. zur Annahme durch Urabstimmung zu empfehlen.

Die Nachmittagsitzung fällt aus.

Verbandstag der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Berlin, 20. Mai 1907.

Der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands hat seine fünfte Generalversammlung nach Berlin berufen. Derselben liegt der Rechenschaftsbericht des Vorstandes in Gestalt einer 258 Seiten starken Broschüre vor. Der Bericht erstreckt sich auf zwei Jahre, 1. Januar 1905 bis 31. Dezember 1906. Von allgemeinem Interesse sind folgende Ausführungen des Vorstandes: Die erfreuliche Mitgliederzunahme, über welche wir am Schluß der vorigen Geschäftsperiode berichten konnten, wurde in den letzten beiden Jahren weit überholt, so daß wir am Schluß des Jahres 1906 in 257 Verwaltungsteilen 81.784 Mitglieder hatten, gegen 40.403 Mitglieder in 195 Verwaltungsteilen am Schluß des Jahres 1904. Demnach betrug die Mitgliederzunahme in der letzten Geschäftsperiode 41.379 gleich 102,4 Proz. Allerdings ist die Zahl derjenigen, welche der Organisation nach kurzer Zeit wieder die Rücken lehnten, recht erheblich. Die Ursache hierfür dürfte zum Teil in dem mangelnden inneren Ausbau der Organisation, über den wir in vielen Orten noch zu klagen haben, zu suchen sein. Hoffentlich wird hierin mit der Zeit eine Besserung zum Besseren eintreten. — Was der letzten Berichtsperiode vor allem anderen eine besondere Bedeutung verleiht, ist die erfreuliche Entwicklung des Gedankens der Einheitsorganisation. Das von allen tätigen Kollegen erstrebte Ziel ist durch den Anschluß des „Vereins Berliner Droschkenführer“ und des „Vereins Berliner Hausdiener“ zunächst für Berlin erreicht. Auch für Hamburg ist durch den am 1. Januar 1907 erfolgten Anschluß des „Vereins der Kutsher vom öffentlichen Fuhrwesen“ der erste Schritt auf dem Wege zum Ziel getan worden, dem hoffentlich in nicht allzu ferner Zeit der Anschluß des „Vereins der Hausknechte und Kontordienstler“ folgen wird. Außerdem ist durch den Anschluß des „Vereins der Dresdener Droschkenführer“ sowie einer Reihe kleinerer Vereine in anderen Orten der Einheitsorganisation auch in diesen freie Bahn geschaffen worden. — In den bereits auf zentralistischer Grundlage aufgebauten Bruderverbänden der Eisenbahner, Hafenarbeiter und Seeräte gewinnt die Einheit immer mehr Boden, daß dem stark koalitierten Unternehmertum unseres Gesamtberufes eine ebenso geschlossene Macht der Arbeiter in der Einheitsberufsorganisation entgegengestellt werden muß.

Von erfreulichen Erfolgen ist unsere auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berufscollegen gerichtete Tätigkeit in den beiden letzten Jahren begleitet gewesen. Haben wir auch manche Schlappe erlitten, so ist doch die Zahl der erfolgreichen Bewegungen so groß und die erlangte Lohnhöhe und Arbeitszeitverkürzung so erheblich, daß die wenigen Niederlagen kaum ins Gewicht fallen. Einen wesentlichen Fortschritt erblicken wir besonders in der großen Zahl von Tarifverträgen, deren Abschluß uns in den letzten beiden Jahren gelang. — Der finanzielle Stand der Organisation ist, wenn auch kein außerordentlich günstiger, so doch in Rücksicht auf die erheblichen Ausgaben für Lohnbewegungen usw. ein annehmbarer zu nennen, so daß wir den uns drohenden kommenden Stürmen wohl mit Ruhe und Gelassenheit entgegensehen können.

Aus den vielen Einzelangaben und den zahlreichen statistischen Tabellen, welche der Bericht enthält, mag noch folgendes erwähnt werden: Von der Gesamtmitgliedszahl des Verbandes entfallen auf die Berufsgruppen der Hausdiener und Pöcker 24.801, Aufseher und Fuhrleute 21.850, Hausarbeiter verschiedener Art 9850, Expeditionsarbeiter 8299, Droschkenführer 4268, Vierfahrer 3353, Kostensarbeiter 2995, Arbeiterinnen 2546, Straßenbahner 2128, Fensterputzer 858, Verschiedene 743.

Lohnbewegungen und Streiks hat der Verband in der verflochtenen Geschäftsperiode mehr als je geführt. Der größte Teil derselben waren Angriffsbewegungen. Bei den Lohnbewegungen wurde der Grundsatz befolgt, überall, wo die Möglichkeit gegeben ist, eine tarifliche Bindung der Arbeitsverhältnisse mit nicht allzu langer Vertragsdauer herbeizuführen. Während der Geschäftsperiode wurden insgesamt 849 Lohnbewegungen und Streiks mit 57.270 Beteiligten geführt. Ohne Streik verliefen 572 Bewegungen mit 40.752 Beteiligten. 543 dieser Bewegungen mit 39.737 Beteiligten dienten dem Angriff, 29 mit 1015 Beteiligten der Abwehr. 567 Bewegungen hatten Erfolg, 15 verliefen erfolglos. Von den Streiks waren 212 mit 12.373 Beteiligten Angriffstreiks, 56 mit 1408 Beteiligten Abwehrstreiks. Außerdem fanden 9 Ausperrungen mit 2737 Beteiligten statt. Von den Streiks und Ausperrungen hatten 187 vollen, 28 teilweisen, 62 keinen Erfolg. — Die Lohnbewegungen und Streiks brachten im Jahre 1906 für 11.718 Berufsgenossen eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 8,9 Stunden pro Woche. Im Jahre 1905 fehlten 6143 Berufsgenossen eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 8 Stunden durch. Lohnbewegungen wurden erzielt im Jahre 1905 für 22.894 Berufsgenossen im Betrage von durchschnittlich 2,19 Mark pro Woche und im Jahre 1906 für 20.115 Berufsgenossen durchschnittlich 2,87 M. wöchentlich. In diese Beträge ist die höhere Bezahlung von Ueberstunden, Sonntagsarbeit usw. nicht mit eingerechnet. Die Gewährung von Urlaub bezw. die Verlängerung bereits gewährten Urlaubs wurde in 93 Fällen für 5519 Berufsgenossen erzielt.

Der Kostenbericht für die beiden Jahre der Geschäftsperiode zeigt in der Hauptkategorie einschließlich der Streikkasse eine Einnahme von 1.673.428,83 M., eine Ausgabe von 1.446.810,42 M. Der Ueber-schuss betrug 226.618,41 M., der Bestand am 1. Januar 1906 33.400,79 M., also hatte die Masse am Schluß der Geschäftsperiode einen Bestand von 260.018,79 M. — Die Abrechnung der Verwaltungsteile zeigt eine Einnahme von 2.035.832,85 M., eine Ausgabe von 1.846.679,34 M., und einen Bestand von 249.253,51 M. — Für Unterstützungszwecke wurden aus der Haupt- und den Spezialkassen zusammen folgende Beträge ausgegeben: An Kranke 155.898 M., an Arbeitslose 67.401 M., in Notfällen 28.480 M., bei Sterbefällen 35.552 M., Rechtschutz 27.607 M., bei Streiks und Aufregungen 395.898 M. — Das Verbandsvermögen betrug am Schluß der Geschäftsperiode 809.271,80 M., dazu kommen noch 67.912 M. für Inventarbestände und Bibliotheken. Das ergibt einen Bestand von 7,78 M. pro Mitglied.

Zeit, am zweiten Pfingsttage, begann die Generalversammlung ihre Verhandlungen im festlich geschmückten Saale des Gewerkschaftshauses. Der Verbandsvorsitzende Schumann-Berlin eröffnete die Generalversammlung mit einer Rede. Er verwies darauf, daß seit der Gründung des Zentralverbandes ein Jahrzehnt verfloßen ist. Unter schwierigeren Verhältnissen wie die Arbeiter anderer Berufe hatten die Handels- und Transportarbeiter beim Aufbau ihrer Organisation zu kämpfen, denn es handelt sich hier um Arbeiter eines erst in der Neuzeit entstandenen und emporgewachsenen Berufes, die nicht auf eine historische Handwerksorganisation zurückblicken. Trotz aller Schwierigkeiten ist der Zentralverband aus kleinen Anfängen zu erfreulicher Größe und Kraft angewachsen, er hat die Interessen der Berufsgenossen vertreten und erfreuliche Erfolge auf diesem Wege erzielt. Es wird die Aufgabe des Verbandes sein, auch in Zukunft auf diesem Wege weiter zu fahren.

Berner-Berlin begrüßte die Delegierten im Auftrage der Berliner Mitgliedschaft. — Dann nahm Ritter-Berlin das Wort, um die Generalversammlung im Namen des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission, der Vertretung von 250.000 organisierten Berliner Arbeitern, zu begrüßen.

Menges-Wien und Hruschka-Wien brachten die Grüße der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Oesterreichs dar. Sie bedauerten, der Generalversammlung nicht bis zum Schluß beizubehalten zu können. Die Parteipflicht rufe sie in die Heimat zurück, wo sie bei den Stichwahlen zum Reichsrat tätig sein müssen.

Wed. Berlin begrüßte die Delegierten namens des Verbandes der Lagerhalter.

Hierauf konstituierte sich die Generalversammlung. Verschiedene Kommissionen, für die Prüfung der Mandate, Vorbereitung der Statuten und zu anderen Zwecken wurden eingesetzt. Am Schluß der Vormittagsitzung widmete Schumann dem Andenken des Genossen Auer sowie der verstorbenen Verbandsmitglieder warm empfundene Worte des Nachrufes.

Nach Eröffnung der Nachmittagsitzung hielten Lange-Hamburg als Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgehülften und Kitar-Budapest als Vertreter der ungarischen Handels- und Transportarbeiter Begrüßungsreden.

Hierauf erstattete Zimmer-Wreslau den Bericht der Mandatprüfungskommission. Er machte Ausstellungen hinsichtlich der Wahlen einzelner Delegierten. Das rief eine mehrstündige Debatte über die vom Referenten erwähnten Einzelfälle hervor. Schließlich wurden die Anträge angenommen, welche die Mandatprüfungskommission hinsichtlich der Ungültigkeitserklärung einiger Mandate und Ablehnung der Proteste gegen einige andere gestellt hatte. — Nach der Präsenzliste sind 108 Delegierte anwesend, außerdem Vertretungen des Ausschusses, des Zentralvorstandes, der Redaktion des Verbandsorgans, der Preßkommission sowie die Gauvorsitzer.

Nachdem durch Aneknennung der nichtangeforderten Mandate die Generalversammlung konstituiert war, wurde geschlossen.

Berlin, 21. Mai 1907.

Die heutige Sitzung begann mit der Erstattung des Geschäfts- und Kasensberichts des Vorstandes

durch den Verbandsvorsitzenden Schumann-Berlin. Er verwies auf den gedruckt vorliegenden Bericht. In demselben sei alles enthalten, was der Vorstand über die verfloffene Geschäftsperiode zu sagen habe. Er könne sich deshalb auf einige Ergänzungen beschränken, die sich mehr auf Vorkommnisse persönlicher Natur erstrecken, während der gedruckte Bericht nur das rein sachliche Material enthalte. Das Hauptaugenmerk habe der Vorstand auf die Agitation zur Ausbreitung des Verbandes gelegt. In dieser Hinsicht seien recht erfreuliche Erfolge erzielt worden. Die Hauptarbeit sei selbstverständlich von der Gauvorständen und Ortsverwaltungen geleistet worden. Ein Mangel sei es, daß die Ortsverwaltungen nicht genug Gewicht gelegt haben auf die geistige Weiterbildung der Mitglieder. Es sei ja erklärlich, daß diese Seite der Organisationsarbeit hinter den eigentlichen Agitationsarbeiten trete, aber sie dürfe nicht vernachlässigt werden. — In den Ortsverwaltungen mühten es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachten, das geistige Niveau der Kollegen zu heben. — In Wosen habe der Vorstand mit gutem Erfolge einen Gauleiter angestellt. Beringere Erfolge habe der auf Veranlassung der Generalkommission vom Verbands angestellte Gauleiter für Oberschlesien zu verzeichnen, jedoch sei dort ein Feld für weitere erprieuliche Tätigkeit. Im Norden und Osten des Reiches habe der Verband keine besonders große Ausbreitung erfahren können, weil dort der Verband der Fabrik-, Land- und Hülfenarbeiter schon seit längerer Zeit festen Fuß gefaßt habe und Arbeiter aller Kategorien aufnehmen. Daraus solle jedoch dem Fabrikarbeiterverband kein Vorwurf gemacht werden. Jedenfalls würden ja aber kurz oder lang beide Verbände einträchtig zusammenarbeiten. — Der Redner besprach auch die Verhältnisse in anderen Gauen, welche die Anstellung besoldeter Gauleiter erforderlich machten. Der Vorstand sei der Ansicht, daß, wo die Möglichkeit gegeben ist, mit weiteren Anstellungen von Gauleitern fortzufahren werde. In allen Gauen sei die Mitgliederzahl gestiegen, teils recht erheblich. Nur der 13. Gau (Westfalen) habe einen Rückgang der Mitgliederzahl erfahren. Der Vorstand werde untersuchen, ob der Rückgang in Westfalen auf Mängel in der Organisation desselbst zurückzuführen sei. — Außer in den Gauleitungen habe der Vorstand auch in größeren Städten Ortsbeamte angestellt. Im ganzen seien in der letzten Geschäftsperiode 81 neue Beamte angestellt worden. Manche werde fragen, ob der Vorstand in dieser Hinsicht nicht des Guten zu viel tue. Diese Frage müsse verneint werden. Die Arbeitszeit der Berufscollegen sei so überaus lang, daß die Organisationsarbeiten nicht nebenbei erledigt werden können. Es habe deshalb oft an geeigneten Kräften gefehlt und so habe sich die Anstellung von Beamten nötig gemacht und auch als nützlich erwiesen. Der Verband habe jetzt im ganzen 84 Beamte. — Hinsichtlich der Abhaltung von Gaukonferenzen siehe der Vorstand auf dem Standpunkt, daß solche, soweit notwendig, abgehalten werden. Wenn auf Konferenzen stattgefunden, so werde, wie die Erfahrung zeige, über vielem Neben leicht das notwendige praktische Arbeiten vergessen. — Der Vorstand habe sich die Entwicklung des Verbandes zur Einheitsorganisation aller Berufsgenossen besonders angelegen sein lassen. In Berlin sei diesbezüglich durchgeführt. In Hamburg sei der Anschluß der lokalen Organisationen vorläufig gescheitert, nicht an sachlichen Differenzen, sondern nur aus purer Egoismus einzelner Personen gegen den Zentralverband. — Die Beziehungen zu den Bruderverbänden des Auslandes seien durchaus gute. Sie würden hoffentlich zu dem Ziele führen, daß eine geflossene internationale Bilanz der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter geschaffen werde, welche sich der internationalen Vereinigung der Unternehmer gegenüberstellen kann. — Ein unangenehmes Kapitel, welches in dem gedruckten Bericht nicht behandelt ist, sei das der Grenzreitigkeiten. Mit den Bräuern, Metallarbeitern, Holzarbeitern seien Differenzen, welche bestanden, leicht und zu beiderseitiger Zufriedenheit erledigt worden. Die vorige Generalversammlung des Verbandes habe beschlossen, daß die ihm angehörenden Leitergerüstbauer zum Bauarbeiterverband überzutreten haben. Dieser Beschluß habe nicht ausgeführt werden können, weil die Leitergerüstbauer beschlossen haben, beim Handels- und Transportarbeiterverband zu bleiben. Da der Verband keine Gewalt über seine Mitglieder habe, so könne er hieran nichts ändern. Auch zu dem Verband der Fabrik-, Land- und Hülfenarbeiter bestehe jetzt ein solches Verhältnis, seit derselbe seine frühere Stellung zu den Grenzfragen geändert habe. Die Differenzen, welche mit dem Verband der Gemeindegewerkschaften bestanden, seien erledigt, nachdem derselbe auf die Angelegenheiten der städtischen Straßenbahnen verzichtet habe. Ein äußerst schwieriges Verhältnis bestehe dagegen gegenüber dem Brauerverband, dessen die agitatorische Tätigkeit dieses Ver-

bandes in Frage komme, könne er nicht als moderne Arbeiterorganisation bezeichnet werden. Der Brauerverband sei nicht nur zünftlerisch, er betreibe auch in der Agitation die richtige Raubritterpolitik. Er suche nicht etwa die blauen Brauer heranzuziehen, sondern er bemühe sich, herauszufinden, wo andere Organisationen vorgearbeitet haben, und da hole er die Leute aus den betreffenden Organisationen heraus, um sie dem Brauerverbande zuzuführen. Der Brauerverband beanspruche für sich alle Arbeiter, die in Brauereien beschäftigt sind, auch solche, die mit der Herstellung der Brauereiprodukte nichts zu tun haben, wie Bierfahrer, Wöltcher, Raschmisten usw. Über der Brauerverband gehe noch weiter. Er beanspruche auch die Arbeiter in Bierneidelagen, Mälzereien, Pilsenerfabriken, in Bierkellern der Konsumvereine, in Brauereien, Molkereien, ja sogar Expeditionskaufmänner nehme der Brauerverband für sich in Anspruch. Wenn das so weiter gehe, dann werde sich der Brauerverband zu einer zweiten Transportarbeiterorganisation herausbilden und so eine Unterlage gewinnen, auf der Einigungsverhandlungen mit dem Verbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter betrieben werden können. Der Brauerverband haben in manchen Orten und Betrieben Lohnforderungen für Bierfahrer gestellt, die gar nicht bei ihm organisiert waren. Der Redner führte eine große Zahl von Einzelfällen an, in denen der Brauerverband in unzulässiger Weise in das Gebiet des Handels- und Transportarbeiterverbandes eingegriffen habe. Wenn sich diese Verhältnisse nicht ändern, werde es nötig sein, das gesamte Material in einer Broschüre der ganzen Arbeiterschaft zu unterbreiten. Bedauerlicherweise werde dem Treiben des Brauerverbandes durch einzelne Gewerkschaftskartelle Vorlauf geleistet. So habe das Leipziger Kartell anlässlich einer Differenz zwischen beiden Verbänden einen Beschluss gefasst, wonach im Leipziger Agitationsbezirk der Grundsatz gelten solle, daß die Transportarbeiter in den Bierneidelagen, die Brauer aber in den Brauereien die Agitation für Gewinnung der Bier- und Bierfahrer zu betreiben haben. — Auf Grund dieses Beschlusses werde der Brauerverband nun alle in Brauereien beschäftigten Bier- und Bierfahrer aus dem Handels- und Transportarbeiterverband herausziehen. Der Vorstand dieses Verbandes habe der „Leipziger Volkszeitung“ eine Erklärung gesandt, worin er sagt, er könne den Beschluss des Kartells nicht anerkennen und betreibe den Kartell das Recht, solche Beschlüsse überhaupt zu fassen, weil dieselben in unzulässiger Weise in die Rechte der einzelnen Organisationen eingreifen und weil nach den Beschlüssen der Vorstandskonferenz betriebende Arbeiter derjenigen Organisation zugehören, die für ihren Beruf besteht. — Es müsse entschieden dagegen protestiert werden, daß der Brauerverband auf das Gebiet des Handels- und Transportarbeiterverbandes hinübergreife. Möge er auf seinem eigenen Gebiet arbeiten, der Handels- und Transportarbeiterverband werde ihn dabei nach Möglichkeit unterstützen.

Der Redner wandte sich nun zur Besprechung der Lohnbewegungen. Es habe den Anschein, als ob die Zahl der Lohnbewegungen in diesem Jahre größer sein werde als die des vergangenen Jahres. Mit Entschiedenheit forderte der Redner, daß bei Einleitung von Lohnbewegungen die statutenmäßigen Vorschriften befolgt, die Genehmigung des Vorstandes unter allen Umständen eingeholt und bei ausgebrochenen Bewegungen regelmäßig Bericht an den Vorstand erstattet werde. Es dürfe auch keine Lohnbewegung geführt werden, wenn es sich in der Mehrheit um unorganisierte Arbeiter handelt. Die Mittel und Einrichtungen des Verbandes seien nicht dazu da, um für Unorganisierte die Kassen aus dem Feuer zu holen.

Die weiteren Ausführungen des Redners betrafen den Verkehr von Gau- und Ortsbeamten mit dem Zentralvorstand. Einen breiten Raum nahm die Darlegung einer Differenz persönlicher Natur ein, welche die Zahlstelle Aschaffenburg mit dem Vorsitzenden des Gau 15 (Hessen, Baden usw.) hatte, was den Zentralvorstand veranlasste, das Verhalten des Gauvorsitzenden gegenüber den Aschaffener Kollegen zu mißbilligen. — Zum Schluss seines Berichtes, der die ganze Vormittagsagung ausfüllte, bemerkte der Redner, der Vorstand sei überzeugt, seine Schuldbiligkeit getan zu haben; Sache der Delegierten sei es nun, ihr Urteil über die Tätigkeit des Vorstandes abzugeben. (Beifall.)

Vorsitzender Schulz teilte mit, daß in Hamburg-Altona sämtliche Seeleute in den Ausstand getreten sind. Wir wünschen ihnen den besten Erfolg. (Lebhafte Beifall.)

In der Nachmittagsagung gab der Verbandsleiter Kähler in längeren Ausführungen Ergänzungen und Erläuterungen zu dem gedruckten Kassendruck. — Streiter, Berlin erstattete den Bericht der Revisoren und beantragte die Entlastung des Kassierers.

Lübecke, Magdeburg gab den Bericht des Verbandsausschusses. Derselbe erstreckt sich nur auf Beschwerden gegen geschäftliche Maßnahmen des Vorstandes, die kein allgemeines Interesse haben. Bemerkenswert ist eine Rüge der „Magdeburger Zeitung“, welche der Redner anregte. Eine Berliner Versammlung hatte eine Erhöhung des Gehaltes ihrer Beamten beschlossen. Der Vorstand übertrug diese Angelegenheit dem Ausschuss. Dieser entschied, er sei noch dem Statut nicht befugt, in dieser Sache einen Beschluss zu fassen, denn das stehe nur der Generalversammlung des Verbandes zu. Die „Magdeburger Zeitung“ hatte unwahrheitsgemäß geschrieben, der Ausschuss habe die Gehaltserhöhung abgelehnt mit der Begründung, die Teuerung sei nicht so groß und die Gehälter seien ausreichend. Die „Magdeburger Zeitung“ hatte diese Unwahrheit ausgespielt gegen die mit der Teuerung begründeten Forderungen der Arbeiter, ihre Löhne zu erhöhen.

Hruscha, Wien verabschiedete sich gleichzeitig im Namen seines Kollegen Renges, Wien und wünschte den Arbeiten der Generalversammlung besten Erfolg.

Knoll, Berlin als Vertreter der Generalkommission sagte zu den von Schumann in der Vormittagsagung berührten Grenzstreitigkeiten: Die Vorstandskonferenz habe die Frage der Grenzstreitigkeiten nur im allgemeinen in ihrer Resolution geregelt. Die Frage, wohin die Bierfahrer gehören, sei nicht entschieden worden.

Schumann führte demgegenüber aus, diese Frage sei doch entschieden, wenn auch das Wort „Bierfahrer“ nicht ausgesprochen wurde. Der Redner verlas als Beweis für seine Ansicht die betreffende Stelle aus dem Protokoll der Vorstandskonferenz. Besonders sticht er sich auf eine Erklärung Umbreit, dahingehend, daß Handels- und Transportarbeiter, welche in Produktionsbetrieben beschäftigt sind, dem Verbande der Handels- und Transportarbeiter zuzuführen sind. Diese Erklärung habe Umbreit als Vertreter der Generalkommission abgegeben, sie habe keinen Widerspruch gefunden; ein Antrag der Handels- und Transportarbeiter sei infolgedessen zurückgezogen worden. Hiernach sei klar, daß die Bierfahrer dem Verbande der Handels- und Transportarbeiter zuzuführen sind.

Schulz sprach in demselben Sinne. Damit war die Sitzung beendet.

10. Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands.

Am 20., 21. und 22. Mai wird im Volkshaus zu Leipzig die 10. Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands abgehalten. Der Verband, der im Jahre 1898 gegründet wurde und aus der schon damals bestehenden losen Vereinigung der sächsischen Lagerhalter hervorging, zählt gegenwärtig 1700 Mitglieder, darunter 75 weibliche. Dem gedruckten Vorstandsbericht entnehmen wir, daß das festangesehene Vermögen des Verbandes am Schluss des Jahres 1906 27645,85 M. betrug. Gesuche um Gewährung von Rechtschutz gingen im letzten Jahre 48 ein, wovon nur 6 Fälle zum Austrag kamen. 8 Streitfälle wurden zur Erledigung den Vertrauensleuten überwiesen, 5 weitere wurden durch Anrufung des zwischen dem Lagerhalterverband und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine bestehenden Schiedsgerichts zum Abschluss gebracht.

Vor den Kaufmannsgerichten wurden drei Fälle erledigt. Die übrigen Gesuche wurden teils abgelehnt, teils wurden die Differenzpunkte durch schriftliche und mündliche Intervention des Hauptvorstandes beseitigt. Die Kosten des gewährten Rechtschutzes belaufen sich im Jahre 1906 auf 735,08 M. gegenüber 1422,18 M. im Vorjahre. An Beiträge zu den Umzugskosten zahlte der Verband im Jahre 1906 890 M. Dieser Ausgabeposten hat sich gegenüber dem Vorjahre, wo er nur 575 M. betrug, erhöht und dürfte als Beweis angesetzt sein, daß die Stellung des Lagerhalters durchaus nicht so sicher ist, als wie sie allgemein betrachtet wird.

Zur Unterstützung streikender oder ausgesperrter Arbeiter in anderen Berufen wurden in den beiden letzten Jahren 1175 M. von der Hauptkasse der Generalkommission überwiesen. Zu dieser Summe kommen noch die Beträge, die zu diesem Zweck von den Lokalkassen der Bezirke gezahlt wurden und die sich im letzten Jahre auf zirka 500 M. beliefen.

Den Hauptgegenstand der Verhandlungen der Generalversammlung werden die Tarif- und Dienstvertragsverhandlungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine bilden. Zwischen dem Vorstand dieses Zentralverbandes und dem des Lagerhalterverbandes schweben bereits seit zwei Jahren Verhandlungen, um einen einheitlichen Dienstvertrag in allen zum Zentralverband gehörenden Konsumvereinen einzuführen und geregelte Arbeits- und Lohnbedingungen zu schaffen. Während über die Form eines Dienstvertrags zwischen beiden Vorständen eine Einigung erzielt wurde, die allerdings noch der Zustimmung der Generalversammlung bedarf, ist nur über einen Teil des Tarifvertrages eine Einigung erzielt worden. Auch dieser bedarf der Zustimmung der Generalversammlung. Außerdem wird sie dazu Stellung nehmen müssen, ob der Vorstand des Verbandes an den von ihm aufgestellten Bedingungen des übrigen Teils des Tarifvertrags festhalten soll.

Ferner liegen noch eine große Zahl Anträge vor, in denen die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung, die Einführung einer Sterbeunterstützung und die entsprechende Erhöhung der Beiträge verlangt wird. Der Bezirk Hamburg beantragt die Verschmelzung des Lagerhalterverbandes mit dem Handlungsgehilfenverband, dem der erstere als Sektion angegliedert werden soll. Dagegen beantragt der Bezirk Sonneberg, das Statut des Verbandes dahin zu erweitern, daß auch die in Konsumvereinen beschäftigten Verkäuferinnen mit in den Verband aufgenommen werden können. Von den übrigen Anträgen sei noch erwähnt, daß mehrere das wöchentliche Erscheinen der Verbandszeitung, der Monatsblätter, die jetzt monatlich zweimal erscheinen, verlangen.

Zweiter ordentlicher Bundestag der technisch-industriellen Beamten.

Berlin, 20. Mai.

Am ersten und zweiten Pfingstfeiertag fand der zweite ordentliche Bundestag der technisch-industriellen Beamten statt. Es waren etwa 80 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands erschienen. Dem

Geschäftsbericht

war zu entnehmen, daß der Bund 9000 Mitglieder zählt, die sich auf alle Teile Deutschlands, einschließlich Elsaß-Lothringens, verteilen. Die Zahl der Ortsgruppen ist von 88 Ende 1906 auf 84, das Bundesvermögen von 84703 M. auf 90000 M. Ende 1906 angewachsen. Der Bund ist dem Verein für Sozialpolitik, der Gesellschaft für soziale Reform, dem Internationalen Institut für Sozialbibliographie und dem Bund deutscher Bodenreformer beigetreten. Vereist in der ersten Generalversammlung wurde die Einführung einer

Stellungslosen-Unterstützung

beschlossen. Ende 1906 waren 60400 M. für die Auszahlung von Unterstühtungen verfügbar. Neben der Rechtschutzwährung hatte sich der Redner, Valentat und der Stellennachweis einer wachsenden Inanspruchnahme zu erfreuen. Die vom Bunde errichtete Anstalt bildete eine organische Ergänzung des Stellennachweises und der Abteilung für Rechtsachen. Den zweiten Gegenstand bildete

Der Ausbau unserer Forderungen.

Der Berichtstatter, Redakteur Schlich, Berlin, legte seinen Ausführungen folgende Leitfäden zur Grunde:

Der Bund verfolgt den Zweck, vom Boden der heutigen Gesellschaftsordnung aus eine Hebung der rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Lage der technisch-industriellen durchzuführen. Er fordert daher, daß den technischen Privatangestellten im öffentlichen Leben die Stellung eingeräumt wird, die ihnen nach ihren Leistungen für die heimische Volkswirtschaft gebührt. Der Bund erkennt die moderne Entwicklung zum Großbetriebe an. Um aber die Schäden zu beseitigen, die damit für die technischen Angestellten verbunden sind, erachtet er die Erfüllung folgender Forderungen für notwendig: 1. die Verhinderung am gesetzmäßigen Gebrauch der Koalitionsfreiheit ist unter Strafe zu stellen, um die technischen Angestellten vor wirtschaftlichen Schädigungen wegen der Wahrnehmung der Ständesinteressen zu schützen; 2. das partikuläre Vereins- und Versammlungsrecht ist durch ein einheitliches Reichs-Versammlungs- und Vereinsrecht zu ersetzen, um den Organisationen der Arbeitnehmer als den legitimen Trägern von Ständesinteressen eine von polizeilichen Beschränkungen freie Betätigung zu sichern. Im speziellen ist zu fordern: 1. gesetzliche Einführung eines Höchst- arbeitstages von acht Stunden und das Verbot der Sonntagsarbeit; 2. rechtliche Gleichstellung der in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben, in den Verkehrsgewerben und im Bergbau tätigen technischen Privatangestellten mit den in gewerblichen Betrieben beschäftigten; für die technischen Grabenbeamten speziell: Erwerb der partikulären Bergrechte durch ein Reichsberggesetz; 3. rechtliche Gleichstellung der technischen mit den kaufmännischen Angestellten hinsichtlich der Gehaltszahlung am Monatsabschluss und der Abzüge vom Gehalt; 4. Weiterzahlung des Gehalts bei militärischen Übungen bis zur Dauer von 8 Wochen; 5. Abschaffung der Dienststrafen, zum mindesten Erklärung zu bevorzichtigten Forderungen im Konflikt des Unternehmers; 6. Verbesserung des Zeugnisrechts; 7. Abschaffung der Konkurrenzklause und Abänderung der Abnahme des Ehrenwortes im Dienstvertrage, sowie der sogenannten heimlichen Konkurrenzklause mit Freiheitsstrafen; 8. Schaffung einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversicherung für die Privatbeamten durch den Ausbau des Invalidenversicherungsrechts, im Zusammenhange damit Erhöhung der Gehaltsgrenze in der Kranken- und Invalidenversicherung; 9. gesetzliche Sicherstellung des Eigentumsrechts der Angestellten an ihren Erfindungen und Gewahrgabe eines angemessenen Anteils an dem Nutzen aus der praktischen Bewertung der Patente; 10. Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf alle technischen Angestellten, zum mindesten auf diejenigen mit einem Jahreseinkommen bis zu 5000 M. und Vereinigung der erweiterten Gewerbegerichte mit den Kaufmannsgerichten zu Arbeitsgerichten; 11. angemessene Vertretung der technischen Privatbeamten in Arbeitstammern durch Errichtung besonderer Angestellten-Abteilungen; 12. Errichtung obligatorischer Beamtenauschüsse in gewerblichen und bergbaulichen Betrieben mit mindestens 20 Angestellten.

Nach sehr langer Erörterung gelangten die Leitfäden zur Annahme.

Es wurde noch beschlossen, dafür zu wirken, daß auf den technischen Hochschulen der volkswirtschaftliche Unterricht mehr als bisher berücksichtigt werde. — Der Bundestag endete mit der Beratung der Satzungen. Ein Antrag, Frauen von der Mitgliedschaft auszuschließen, wurde fast einstimmig abgelehnt.

Aus der Partei.

Stadtverordnetenwahltag.

Mühlheim a. M., 21. Mai.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Bei den Stadtverordnetenwahlen erzielte die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg. Ihre Kandidaten erzielten durchschnittlich 402, die der Gegner 368—377 Stimmen, so daß eine Mehrheit von rund 119 Stimmen erzielt wurde. 47 Sozialdemokraten sind gewählt.

Von den Organisationen. Eine Kreiskonferenz für den Reichstagswahlkreis Ost- und West-Sternberg tagte am ersten Pfingstfeiertage in Neppen. Besucht war sie von den Orten Pielenzig, Driesen, Kriest, Sonnenburg und Neppen mit 16 Delegierten; außerdem waren anwesend der Kreisvorstand, die Agitationskommission der Provinz Brandenburg durch den Genossen Schuster-Berlin und der Kandidat des Kreises, Genosse Freiwaldt-Bankow. Den Bericht über die letzte Reichstagswahl gab Schmidt-Sonnenburg, dessen Ausführungen sich mit den ja überall bemerkten Praktiken unserer Gegner beschäftigten. Es wurde hervorgehoben, daß von den Antihemiten Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl des Herrn v. Kappenberg eingelegt sein, doch sei bei der bekannten Zusammenfassung des Reichstags wenig Aussicht, daß die Wahl kassiert wird. Nachdem Schmidt noch die mangelhafte Organisation im Kreise hervorgehoben hatte, gab er den Rechenschaftsbericht, nach dem sich die Einnahmen des Reichstagswahlfonds auf 1786,65 M., die Ausgaben auf 1715,05 M. beziffern. 60 000 Flugblätter sind im Kreise während der Wahl verbreitet worden, außerdem die beiden Wahnummern der „Radl“. Nach einer ausgedehnten Diskussion, in der einzelne Delegierte in bezug auf die Wahlagitation Beschwerden vortrugen, wurde der Vorstand als Wahlkomitee entlastet. Genosse Freiwaldt wurde im Anschluß an den Bericht wiederum als Reichstagskandidat nominiert.

Die Wahl, einen Parteisekretär für die Provinz anzustellen, wurde mit Befriedigung entgegengenommen.

Ueber die Bedeutung des internationalen Kongresses in Stuttgart referierte Freiwaldt. Er wurde für die von der Provinz zu stellenden Delegierten vorgeschlagen.

Ein Antrag des Kreisvorstandes, die Beiträge von 20 auf 25 Pf. zu erhöhen, wurde nach längerer Debatte, in der sich die Mehrzahl der Delegierten ablehnend verhielten, vertagt; er soll in den einzelnen Wahlvereinen des Kreises besprochen und auf der nächsten Generalversammlung zur Abstimmung gestellt werden. Nach Erledigung einiger Kreisangelegenheiten wurde die Generalversammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse. Vor dem Schöffengericht zu Mühlhausen i. S. stand am 17. Mai eine Verleumdungssklage des katholischen Pfarrers Duffere von Hünningen gegen den Genossen Jean Martin von der „Mühlhäuser Volkszeitung“ zur Verhandlung.

Im November vorigen Jahres erschien in der „Volkszeitung“ eine Korrespondenz aus Hünningen, in der mitgeteilt wurde, daß fünf junge Mädchen eine Frau in unfittlicher Absicht überlassen hätten, daß diese Mädchen Mitglieder des katholischen Junglingsvereins und also Schützlinge des Pfarrers gewesen seien. Sie seien nicht sofort nach dem Vorgange ausgeschlossen worden und man werde wahrscheinlich die Angelegenheit vertuschen wollen. Nach Durchführung der Verhandlung ergab sich, daß der Wahrheitsbeweis nicht völlig erbracht werden konnte; es gehörten von den in Frage kommenden Mädchen nicht alle dem Junglingsverein an, und diejenigen, die Mitglieder waren, seien alsbald nach Bekanntwerden des Vorfalles aus dem Verein ausgeschlossen worden.

Der Vertreter des Privatklägers Rechtsanwalt Nieber suchte in seinem Plaidoyer darzutun, daß nur eine hohe Gefängnisstrafe eine genügende Sühne sei. Das Gericht kam dem Wunsch in sehr weitgehender Weise entgegen, indem es unter Würdigung der Vorstrafen auf eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten erkannte.

In die Hamburgische „Freiheit“ zurückgekehrt ist Genosse Gustav Wabersky vom „Hamburger Echo“ nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten wegen angeblicher Majestätsbeleidigung.

Soziales.

Zum Kampf um die Unfallrente.

Am 20. Januar 1905 erlitt der Former L. in Duisburg beim Heben eines zirka 2 Zentner schweren Formlastens plötzlich einen stechenden Schmerz durch die Brust, so daß er seinen Formlasten zur Erde gleiten lassen mußte und nicht mehr weiter arbeiten konnte. Da es kurz vor Feierabend, rät ihm sein Meister, sich nur die halbe Stunde ruhig zur Seite zu setzen, am andern Tage werde das Arbeiten schon wieder gehen, es geht aber nicht. Der Zustand verschlimmert sich derart, daß L. ins Krankenhaus muß. Der Kassenarzt Dr. S. konstatiert — „Magenkatarrh“, jedoch zeigt sich bei der Untersuchung im Krankenhaus — nachdem der nicht vorhandene „Magenkatarrh“ vergeblich bekämpft war — daß L. an einem sehr schweren Herzleiden (!) krankt. 26 Wochen wird L. im Krankenhaus behandelt, ohne daß sich in seinem Zustande etwas ändert. Dann teilt man ihm plötzlich mit, daß die Unterstühtungspflicht der Kasse abgelaufen sei und er entlassen werden müsse. Zu seinem Erstaunen erfährt der Kranke, daß man ihn nicht als Unfallverlegten, sondern als Erkrankten behandelt hat. Er besorgt nun sofort selbst die Meldung bei der Berufsgenossenschaft, es erfolgt ärztliche und polizeiliche Vernehmung, und der Meister des L. bekundet den Vorgang mit dem Formlasten genau so wie oben geschildert. Nun aber tritt plötzlich das Vertrauensärzteystem in Funktion. Vier von den Berufsgenossenschaften benommene Ärzte bekunden, daß das Herzleiden des L. ein altes Herzleiden m. N. Natürlich wird L. mit seinen Rentenansprüchen abgewiesen. Das Charakteristische aber ist, daß fünf andere Ärzte, darunter der amtliche Stadt- und stellvertretende Kreisarzt in Duisburg und zwei Spezialisten das Herzleiden als eine Folge des angezeigten Unfalles bezeichnen. Einer dieser fünf Ärzte hatte den L. ein Jahr vorher in einer schweren Krankheit behandelt, aber kein Symptom eines Herzleidens bemerkt, dagegen ausdrücklich konstatiert, daß das Herz in vorzüglicher Verfassung sei. Und trotz dieser fünf ärztlichen Atteste, trotz des amtlichen Attestes vom Stadtarzt, den das Schiedsgericht als Gutachter herangezogen hatte, trotzdem wird der Kranke, bereits ein Todeskranker, auch vom Reichsversicherungsamte abgewiesen! Das Vertrauensärzteystem hat wieder einmal gesiegt.

Als der bedauernswerte L. seine Ansprüche vor dem Schiedsgericht in Duisburg geltend machte und der als Gutachter geladene amtliche Stadt- und stellvertretende Kreisarzt Dr. F. sich auf seinen Attest stützte, da meinte der Vorsitzende des Schiedsgerichts: „Herr Doktor! Sie sehen sich aber mit Ihren Herren Kollegen in Widerspruch. Es ist das für das Schiedsgericht immer sehr peinlich, wenn es zwischen so einander entgegenstehenden Gutachten entscheiden soll!“ Und als trotzdem der Herr Stadtarzt erklärte, daß er an seinem Urteil nichts ändern könne, da fragte der Herr Vorsitzende — zu dem Vertreter der Berufsgenossenschaft gegendet

„Wollen Sie denn nicht eine Vertagung des Termins und nochmalige eingehende gutachtliche Äußerung des Dr. Sch. (des Krankenhausarztes) beantragen? Es wäre doch vielleicht wünschenswert, wenn Herr Dr. Sch. sich noch einmal eingehend darüber äußerte, wann zuerst das Herzleiden beobachtet ist und welchen Grad es damals erreicht hatte.“

Natürlich beantragte der Vertreter der Berufsgenossenschaft dies dann mit Erfolg und der amtliche Gutachter erklärte darauf, daß er gegen eine nochmalige Befragung des Dr. Sch. nichts einzuwenden habe, an seinem (des amtlichen Gutachters) Urteil werde aber diese Befragung voraussichtlich nichts ändern. Das ist denn auch nicht geschehen.

Aber der Verunglückte ist in beiden Instanzen abgewiesen, und somit sind die fünf Gutachten zugunsten des Verletzten nicht für maßgebend genug erachtet, um die berufsgenossenschaftlichen Gutachten zu entkräften. Das läßt „tief blicken“.

Herr Hartmann, der Logenbruder.

Buchdruckereibesitzer Hartmann, der geistige Helfershelfer des gelben Baderbundes und Lieferant des Leib- und Magenblattes der „Gelben“, fand am Sonnabend als Beklagter vor dem Berliner Gewerbegericht. Kläger war ein sogenannter Volontär in der Buchdruckerei des Herrn Hartmann, und der Streit zwischen dem Kläger Meier, einem 24jährigen Mann, und dem Beklagten drehte sich in der Hauptsache um die Frage, ob 40 M. — vierzig Mark — pro Monat eine angemessene Entschädigung seien. Der Kläger hatte durch seinen Vater, der derselben Freimaureerloge angehört, wie Herr Hartmann, bei diesem am 19. März probeweise Stellung erhalten. Er ist von Haus aus Dekorationsmaler, fühlt sich aber als Poet und hat auch schon schriftstellerische Beiträge untergebracht. So ging sein Streben nach journalistischer Laufbahn. Bei Hartmann wurde er nun damit beschäftigt, Vereinsberichte (für die dort erscheinenden Fachorgane) zu stilisieren, Korrekturen zu lesen, Adressen zu schreiben usw. Als ihm Ende April ein Monatsgehalt von 40 M. angeboten wurde und er darauf nicht einging, kam es zur Lösung des Verhältnisses. M. beanspruchte durch die Klage insgesamt 285 M.; nämlich eine angemessene Entlohnung und eine vierzehntägige Entschädigung wegen unberechtigter Entlassung. — Gegen die Klage wurde eingewendet, daß es sich um ein Volontärverhältnis gehandelt habe. Der Kläger betonte, er habe Hochschulbildung, einige Sprachkenntnisse und sei im Schrifttum auch nicht so ganz Neuling. Er habe z. B. schon für die „Jugend“ und für die „Regendörfer Blätter“ Beiträge geliefert. Seine Fähigkeit habe Herr Hartmann auch anerkannt, denn er habe ihn schon nach kurzer Zeit für würdig gehalten, ein Liederbuch für deutsche Badergesellen (die „Gelben“) zusammenzustellen. Auch hätte H. ihm eine Anzahl, auf ein Preisanschreiben eingegangener Lieder übergeben, damit er das Beste auswähle und ihm vorlegen sollte, mithin habe er ihn zum Preisrichter bestimmt. Am 30. April, als Hartmann zu seiner großen Verärgerung ihm 40 M. anbot, habe H. erklärt, daß er für den fraglichen Posten junge Damen für 80 M. bekomme, und zwar solche mit redaktioneller Vorbildung, die Kläger doch nicht besitze.

Herr Hartmann führte in der letzten Verhandlung am Sonnabend, zu der sein persönliches Erscheinen angeordnet worden war, selbst aus: Der Vater des Klägers sei sein Logenbruder und komme mit ihm als solcher öfter zusammen. Da habe ihm dieser erzählt, er hätte einen Sohn, der sich seit sechs Jahren bemühe, die journalistische Laufbahn einzuschlagen, aber keine bestimmte Tätigkeit erlangt habe. Aus freimaurerischer Bruderschaft habe er sich bezogen gefühlt, dem Bruder freimaurer entgegenzukommen und habe sich den Sohn hinschicken lassen. Er habe gleich zu dem Klägers Vater gesagt, zu einer bestimmten Zahlung könne er sich nicht verpflichten. Und dem jungen Mann habe er dann gesagt, je nachdem er zufrieden sei, werde er ihn bezahlen. Nun könnte es, wenn er, Kläger, für circa 6 Wochen nur 60 M. geben wollte, so erscheinen, als wenn er sein Geschäftspersonal ausnütze. Das sei aber nicht der Fall. Der Verfasser im Gericht, Herr Raffini, würde ihm bestätigen müssen, daß es in seiner Buchdruckerei tadellos (1) hergehe. Der Tarif sei anerkannt und würde noch überschritten. Es handele sich im vorliegenden Falle darum, daß er den Kläger nur des Bruders freimaurer wegen aufgenommen habe mit der Absicht, dessen Sohn beim Vordringen der journalistischen Laufbahn behilflich zu sein. Er habe den jungen Mann, der vom Korrekturenlesen nichts verstand, als Redaktionsvolontär betrautet. Daneben habe er sich auch verpflichtet gehalten, ihn mit kaufmännischen Grundrissen vertraut zu machen, so mit der Behandlung der Kopierblätter usw. Er könne nicht sagen, daß er damit zufrieden gewesen sei, wie der Kläger die Vereinsberichte stilisierte. Er habe manches nochmal durchsehen müssen, was ihm unnütze Arbeit machte. Das Alter des Klägers müsse außer Betracht bleiben. Er habe nur auf die Leistung gesehen. Das Kontorpersonal sehe sich auch gut. Der Kläger blieb dabei, daß er genügend beschriftet habe. Der Beklagte verlangt Vernehmung des Chefredakteurs Kupfer vom „Lokalanzeiger“ als Sachverständigen wegen der Angemessenheit der dem Kläger angebotenen Volontärentschädigung.

Die Kammer 8 unter dem Vorsitz des Registrarsaffessors Schulz beurteilte den Beklagten zur Zahlung von 110 M. und wies den Kläger mit der Mehrforderung ab. Es wurde ausgeführt: Eine ausdrückliche Lohnvereinbarung sei unstrittig nicht erfolgt. Es stehe also M. ein angemessener Lohn zu, dessen Höhe streitig sei. Streitig sei die Frage der Kündigungsfreiheit. Bezüglich der letzteren sei angenommen worden, daß das probeweise Engagement noch am Lösungstage vorgelegen habe, so daß die Lösung des Verhältnisses ohne weiteres hätte erfolgen können. Es bleibe also zu entscheiden, was angemessen sei für die Beschäftigung des M. vom 10. März bis zum 30. April. 60 M. sei zu gering. Da es sich um eine Tätigkeit handelte, die immerhin der Weiterbildung und Einarbeitung diene, so seien 75 M. pro Monat für angemessen erachtet worden, insgesamt also 110 M.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Fleischverbrauch im ersten Quartal 1907. Noch immer bleibt der Fleischkonsum hinter Jahren mit normalen Fleischpreisen zurück. Gegenüber 1906 ist er zwar im ersten Quartal 1907 wohl etwas in die Höhe gegangen, er stellte sich auf 596 211 Tonnen gegen 570 104 Tonnen im ersten Viertel 1906. Im Vergleich zu 1905 aber, wo er in der nämlichen Zeit 599 191 Tonnen betrug, ergibt sich doch noch ein merklicher Abstand. Dieser Abstand wird bedeutend erhöht, wenn man — unter Berücksichtigung des monatlichen Bevölkerungszuwachses — den Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung berechnet. Dann ergibt sich folgendes Bild. Der Fleischverbrauch Deutschlands stellte sich während des ersten Vierteljahres pro Kopf auf 9,99 Kilogramm im Jahre 1905, 9,50 Kilogramm im Jahre 1906 und 9,69 Kilogramm im laufenden Jahre. Die Zunahme gegenüber 1906 ist noch nicht einmal so stark wie die Abnahme gegenüber 1905. Die leichte Steigerung im Vergleich zu 1906 ist ausschließlich durch die allerdings erhebliche Vergrößerung des Schweinefleischverbrauches veranlaßt, an Schweinefleisch wurden dem Konsum 327 787 Tonnen zugeführt gegen 274 560 Tonnen im ersten Viertel 1906. Diese Zunahme muß umso mehr herbeigeführt werden, als sie allein durch die größere Leistungsfähigkeit der inländischen Schweinezucht ermöglicht ist; das Kontingent, das das Ausland stellt, betrug im Vergleichsquarter nur 1676 Tonnen gegen 15 498 Tonnen in der Parallelzeit 1906. Die Menge, die vom Inlande dem Konsum zugeführt wurde, ging um rund 26 Proz. über die vorjährige hinaus. Auch das erste Quartal 1906 ist bereits um eine ansehnliche Menge überschritten. Auf den Kopf der Bevölkerung kamen im ersten Viertel: 1905 5,28, 1906 4,57 und 1907 5,32 Kilogramm Schweinefleisch.

Also trotz der größeren Bevölkerung ein Plus selbst gegenüber 1905. Entgegengekehrt war die Entwicklung des Rind- und Kalbfleischkonsums. So stark 1906 der Verbrauch an Schweinefleisch gesunken war, so bedeutend war der an Rind- und Kalbfleisch gestiegen. Um so stärker ist nun aber auch die Reaktion, die in diesem Jahre darauf folgte. Hatte die Versorgung mit Rind- und Kalbfleisch im ersten Viertel 1905 270 831 Tonnen betragen, so stieg sie 1906 auf 283 387 Tonnen hinauf, um 1907 auf 256 717 herabzusinken. Pro Kopf der Bevölkerung stellte sich der Rind- und Kalbfleischverbrauch in Kilogramm wie folgt:

	Rindfleisch	Kalbfleisch	zusammen
1905	3,78	0,75	4,51
1906	4,02	0,71	4,73
1907	3,50	0,68	4,18

Die Spannung gegenüber 1906 beträgt demnach 0,55 Kilogramm oder 1,10 Pfund pro Kopf während eines Vierteljahres! Bei Hammel- und Ziegenfleisch fand keine große Veränderung gegen 1906 statt, der Verbrauch belief sich auf 11- bis 12 000 Tonnen.

Baumwollenverbrauch und -Ausfuhr der wichtigsten Länder.

In dem vom amerikanischen Jenuhubureau herausgegebenen Bulletin Nr. 63 betreffend die Baumwollvorräte in den Vereinigten Staaten ist in einem Anhang eine Statistik des Baumwollenverbrauches und Baumwollhandels der ganzen Erde aufgemacht. Danach betrug 1905/1906

	Zahl der Baumwollspindeln	Verbrauch der Baumwollspinnereien in Mill. Kilogr.	Wert der Baumwollwaren in Mill. Mark
Großbritannien, Irland	48 826 144	876,5	1 880
Vereinigte Staaten von Amerika	25 250 096	1 110	222,5
Deutschland	9 730 209	396,5	420
Rußland	7 000 000	227	47,6
Frankreich	6 702 800	208	177
Oesterreich-Ungarn	3 621 220	170	41,1
Italien	3 500 000	190	91,7
Spanien	1 800 000	72,4	31,9
Schweiz	1 462 732	21,5	154
Belgien	1 122 000	43	44,1
Portugal	850 000	13,6	6,8
Die anderen europäischen Länder	1 115 000	45,2	—
Britisch-Indien	5 250 000	344	197
Japan	1 403 740	197	98,1
China	619 648	44	—
Brasilien	733 890	30,5	—
Mexiko	628 096	34	—
Canada	775 000	27	4,65
Die übrigen Länder	200 000	13,6	—
Insgesamt	120 090 595	4 063,8	—

Unter den oben nicht genannten Ländern sind noch die Niederlande mit einer Ausfuhr von 92,5 Millionen Mark an Baumwollwaren zu nennen. Die Werte der Ausfuhr für die einzelnen Länder sind die letztbekanntesten, für alle Länder zwischen 1904 und 1906 liegend. Das Mitteljahr ist das häufigste. — Bezüglich der Verarbeitung der Baumwolle in Spinnereien nehmen die Vereinigten Staaten von Amerika den ersten Rang ein; dann folgen die vereinigte Königreiche Großbritannien und Irland und erst in weitem Abstände Deutschland, Britisch-Indien, Rußland, Frankreich usw. Die Ausfuhr an Baumwollwaren wird bei weitem am stärksten von Großbritannien und Irland betrieben. Da der Gesamtmarkt in der Ausfuhr Großbritannien 8319,6 Mill. M. (1905) betrug, nimmt die Ausfuhr an Baumwollwaren davon allein 22,7 Proz. ein. In weitem Abstände davon folgt Deutschland mit 420 Millionen Mark Ausfuhr an Baumwollwaren, womit es aber alle anderen Länder noch weit übertrifft.

Große Bestellungen. „New York World“ berichtet: Japan hat Lieferungen für die südmandschurische Eisenbahn im Kostenbetrage von 12 Millionen Dollar in Auftrag gegeben. Bei den Carnegie-Werken wurden 50 000 Tonnen Stahlschienen zum Preise von 28 1/2 Dollar per Tonne und 13 000 Tonnen zu 29 Dollar per Tonne bestellt. Der hohe Preis wurde gezahlt, um rasche Lieferung zu sichern. Bei einer einzigen Firma wurden 1000 Güterwagen bestellt. Zwei Millionen Dollar werden für Lokomotiven aufgewendet.

Aus der Frauenbewegung.

Merkwürdiger Dienstbotensang.

In Köln hat man jetzt eine katholische Dienstmädchenorganisation gegründet, die auf die Regierbezirke Köln und Düsseldorf, das Ruhrgebiet und wohl noch darüber hinaus sich erstrecken soll. Wer unsere Merkwarden kennt, der hat diese Gründung als etwas Naturnotwendiges kommen sehen. Gewiss wie seinerzeit die „Christlichen“ Gewerkschaften lediglich als Gegen gründung gegen die emporkommenden modernen Organisationen geschaffen worden sind, nicht um die Arbeiter gegen das Unternehmertum zu organisieren und ihre Lage zu verbessern, genau so ist diese neue katholische Dienstbotensorganisation die Antwort auf die kräftigen Lebensäußerungen der von sozialdemokratischer Seite geschaffenen Dienstbotensbewegung. Daß die christlichen Gewerkschaften sich bis zu einem gewissen Grade dennoch für ihre Mitglieder betätigten, das lag nicht in der Absicht der Gründer, war nicht der Zweck ihrer Schaffung, sondern ist für sie nur eine Notwendigkeit, wenn sie Anhänger bekommen und behalten wollen. Ähnlich wird es mit der neuen katholischen Dienstmädchenbewegung sein. Zum Ueberflus hat der Hauptredner in der Gründungsversammlung, Reichstagsabgeordneter Trimborn, das, was wir hier ausgeführt haben, offen zugefunden.

Nach dem in der Zentrumspreffe erschienenen Bericht hat Herr Trimborn unter anderem gesagt: Die Sozialdemokratie habe bereits begonnen, die Dienstboten unter ihrer Fahne zu sammeln. Demgegenüber (1) sei es notwendig, entschiedene Stellung zu nehmen. Die sozialdemokratische Schriftstellerin Lily Braun habe über die sozialdemokratischen Ziele in der Dienstbotensbewegung geschrieben: Unser Hauptziel muß sein, die Dienstboten aus dem Haushalt herauszubringen und aus dienenden zu freien gewerblichen Arbeiterinnen zu machen. — Demgegenüber betonte Herr Trimborn als „Ideal“ die Hausgemeinschaft der Dienstboten mit den Herrschaften, die Zugehörigkeit zur Familie. Damit sei die Befehlsgewalt des Hausherrn gegeben, ebenso die Schutzpflichten der Herrschaft. Der Dienstbotenstand müsse also als ein besonderer Stand neben den gewerblichen Arbeiterinnen, insbesondere den Fabrikarbeiterinnen, betrachtet und behandelt werden. Schließlich sagte Herr Trimborn: „Der Dienstmädchenverein ist notwendig aus religiösen, aus sozialpolitischen Gründen und der sozialdemokratischen Bewegung gegenüber.“ Die Herrschaften hätten durchaus keine Ursache, der Gründung gegenüber mißtrauisch zu sein.

Das glauben wir gerne; denn der neue Verein ist ja letzten Endes der „Herrschaften“ wegen ins Leben gerufen worden. Den Herrschaften zuliebe sollen die Dienstmädchen ein „besonderer Stand“, das heißt: der Adel der Gefindeflaverei erhalten bleiben, und der modernen Bewegung sollen sie ferngehalten werden. Deshalb bekommt der Verein zum Vorsitzenden einen vom Erzbischof zu ernennenden Geistlichen, und dem Vorstand soll außerdem noch ein Weirat aus Damen anderer Stände zur Seite stehen. Wemmerntwert ist auch noch diese Stelle aus dem Bericht über die Trimborn'sche Rede: „Ein einheitliches Gefindeflaverecht für ganz Deutschland könnte sehr wohl geschaffen werden, das heißt für die städtischen Verhältnisse.“ Warum denn nur für die städtischen Verhältnisse? Auf dem Lande läte es doch mindestens so sehr not!

Herr Trimborn hat in dieser Versammlung sein reaktionäres, merkliches Herz offenbart. Er war ja unter „Herrschaften“ und kirchentreuen Dienstboten. Vor Arbeitern pflegt der Herr nicht so zu reden; da bindet er die sozialpolitische Maske vor!

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Montag, den 27. Mai, 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhause, Kommandantenstr. 72. „Richard Wagner und sein Werk“, Vortrag mit musikalischen Erläuterungen von Herrn Dr. Willy Pfehner und Herrn Leo Kestenberg. Gäste willkommen.
Charlottenburg. Mittwoch, den 22. Mai, 8 1/2 Uhr, im Volkshause, Rosinenstr. 3. Vortrag. Herr Dr. Friedländer: „Nervenleiden bei weiblichen Geschlecht.“
Schöneberg. Extraversammlung Freitag, den 24. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Hst. Martin Lutherstr. 51. Vortrag. Herr Sanitätsrat Dr. Rabenow „Wdamerinnenklub.“
Am 10. Juni: Unterhaltungsabend. Rezitation und Vorträge.
Zehlendorf. Mittwoch, den 22. Mai, 8 1/2 Uhr, bei R. Aube, Vorkingwalde, Ernststr. 8. Vortrag. Frau Störmer „Mutter- und Säuglingspflege.“
Lichtenberg. Montag, den 27. Mai, 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“ (Gebr. Arnold) Frankfurter Chaussee 5/6. Vortrag. Herr Jacobson „Erziehung mit Prügel.“

Gerichts-Zeitung.

Hungerpeitsche ein sittliches Kampfmittel. Der Schleifer B. in Berlin hatte während der Dauer des im Herbst 1904 ausgebrochenen Streiks in der Metallwarenbranche einen arbeitswilligen Führer aufgefunden, mit ihm nach dem Gewerkschaftsbureau zu gehen, wo ihm Arbeit nachgewiesen werden sollte. Das daraufhin gegen Kläger eingeleitete Strafverfahren endigte mit Freisprechung, weil eine krankhafte Störung der Geistestätigkeit des Klägers angenommen wurde. Die Folge seitens des Arbeitgeberverbandes war aber, daß nach Wieder-einstellung der Arbeiter im März 1905 der Kläger keinen Handzettel erhielt, welche Zettel von der Arbeitsnachweisstelle des Arbeitgebervereins ausgeteilt wurden. Infolge Mangels eines solchenzettels durfte kein Mitglied des Arbeitgebervereins den Kläger anstellen. Letzterer forderte nun unter der Bedingung, daß der beklagte Verein dauernde Arbeitssperre über ihn verhängt und ihn dadurch in einer gegen die guten Sitten verstößenden Weise vorläufig geschädigt habe, Aufhebung der Sperre und Schadenersatz. Der Wert des Streitgegenstandes beläuft sich auf circa 5000 M. Der beklagte Verein bestreitet, daß allein wegen des Vorgehens beim Streik die dauernde Sperre über den Kläger verhängt worden sei, sondern vielmehr deshalb, weil Kläger ein geistig minderwertiger und schon in zehn Fällen wegen allerlei Vergehens vorbestrafter Mensch sei.

Das Landgericht Berlin erkannte auf Abweisung der Klage. Auf die Berufung des Klägers hob das Kammergericht zu Berlin das landgerichtliche Urteil auf und erkannte die Ansprüche des Klägers für die Zeit nach dem 1. Juni 1906 als gerechtfertigt an. Und zwar habe die Aussperrung des Klägers von dem Zeitpunkt an aufgehört eine sittlich berechtigter Maßregel zu sein, als die Vertreter der Beklagten davon Kenntnis erlangt hätten, daß es sich bei dem Kläger und dem Streikvorgang um einen die Zurechnungsfähigkeit des Klägers ausschließenden Zustand gehandelt habe.

Diese Auffassung des Kammergerichts wird vom Reichsgericht anlässlich der von dem beklagten Verein eingeleiteten Revision als unzutreffend bezeichnet. Vielmehr erklärt das Reichsgericht hierzu, daß kein Gesetz bestreite, welches den Arbeitgeberverbänden verwehrt, sich durch eine vom Verband geschaffene Geschäftsstelle über die Qualifikation der sich anbietenden Strafe zu unterrichten und diese eventuell im Wege einer Vorprüfung abzulehnen. Auch verstoße das nicht gegen die guten Sitten, nur die Art, wie dabei verfahren wird, könne unter Umständen unter die Voraussetzungen des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs fallen. In dem vorliegenden Falle treffe das aber nicht zu, wenn man berücksichtige, daß sich der Beklagte auch auf die verschiedenen Vorstrafen und gefährlichen Geschlechtskrankheiten des Klägers berufe. Auf die Angriffe der Klägers Revision, daß den Mitgliedern des Arbeitgebervereins die freie Willensbestimmung geraubt würde, da sie gezwungen seien, bei Verfall der üblichen Vertragsstrafe den Kläger zu meiden, erklärt das Reichsgericht, daß dies nicht zutrefte, sondern den Vereinsmitgliedern ihr freier Wille durch § 188 Absatz 1 B. G. B. dennoch gewahrt bleibe. Es liege also ein sittenwidriges Vertragsgeschäft vor, an welches die Vereinsmitglieder nicht gebunden seien, dagegen könne aber nicht aus einer solchen Erwägung abgeleitet werden, daß die Verlegung des Handzettels durch die Arbeitsnachweisstelle des Vereins eine sittenwidrige Handlung im Sinne von § 826 B. G. B. gewesen sei. Was die Unzurechnungsfähigkeit des Klägers anlangt, so könne — die volle Zurechnungsfähigkeit vorausgesetzt — es dahingestellt bleiben, ob der betreffende Streikvorgang am 9. Dezember 1904 dem Beklagten das Recht gebe, den Kläger dauernd von der Beschäftigung in den Vereinsbetrieben auszuschließen und ihn den Nachteilen auszuweichen, welche ihm auch bei Verlegung des Handzettels bezüglich der außerhalb des Vereins bestehenden Betriebe erwachsen, welsch letztere gern mit den größeren Vereinsbetrieben harmonisieren. Denn Kläger habe sich damals, bei Unterstellung seiner Zurechnungsfähigkeit, jedenfalls einer großen Ungehörigkeit schuldig gemacht, welche die Verlegung des Handzettels auf längere Zeit keinesfalls als un-sittlich erscheinen lasse. Da die Aussperrung aber mit dem 15. März zu Ende war und Kläger seine Klage am 8. April anhängig machte, so kämen für die beanstandete Aussperrung des Klägers nur drei Wochen in Betracht, für welche Zeit diese Aussperrung aber noch keineswegs als gegen die guten Sitten verstößend angesehen werden könne. Auch für längere Zeit darüber hinaus würde das noch nicht der Fall sein.

Also, wenn Arbeiter versuchen, ihre Massengenossten zu veranlassen, mit ihnen gemeinsame, erlaubte Sache zu machen, werden sie unter Anklage gestellt, und es gilt als ein sittliches Vergehen. Wenn aber Unternehmer rückwärtslos die Hungerpeitsche schwingen, durch Verabredungen und Zwangsmaßnahmen gemeinsames Vorgehen durchsetzen, dann verstößt das nicht gegen die Sittlichkeit der kapitalistischen Rechtsordnung.

Ein Beitrag zum Kampf wider die Eidesformel. Vor dem Schöffengericht in Magdeburg sollte kürzlich in einer Strafsache der Arzt Dr. med. Ernst Thesing — den Genossen bekannt als Verfasser des Schriftchens „Medizinischer Aberglaube“ aus der Arbeiter-Gesundheitsbibliothek — als Sachverständiger vernommen werden. Er bat, von einer Vereidigung Abstand zu nehmen und sich mit der Versicherung der Wahrheit seiner Aussage begnügen zu wollen, da er als Dissident die vorgeführten Eidesformel nicht gebrauchen könnte. Erregt fragte der Vorsitzende den Sachverständigen, ob er die Eidesleistung verweigern wolle, was strafbar sei. Darauf erwiderte Dr. Thesing: „Ich bin bereit auszusagen, weigere mich auch nicht, wenn das Gesetz mich zu diesem Mißbrauche anderer heiliger Begriffe zwingt, die mir vorgeprochenen Laute mechanisch nachzubilden, lese mich jedoch zur ausdrücklichen Abgabe folgender Erklärung genötigt: „Den Sinn der Eidesformel verstehe ich nicht, da sie in einer mir gänzlich fremden Sprache redet. Daher laß mich auch nicht durch sie zur Abgabe einer wahrheitsgetreuen Aussage verpflichtet ersuchen, sondern nur durch die Tatsache, daß ich als ordentlicher Mensch versichere, die Wahrheit sagen zu wollen.“ Das Gericht beschloß darauf nach kurzer Beratung, den Sachverständigen nicht zu vereidigen, da ihm die geistige Reife zum Verständnis der Bedeutung des Eides mangle. Er sei daher auch nicht urteilsfähig genug, um als Sachverständiger fungieren zu können, wiewegen die Sache zur Ladung eines anderen Sachverständigen verlag werden. — Ob wirklich der Sachverständige der geistig Unreife war? —

Bei den Sängern.

Im Gewerkschaftshaus waren sie an den beiden Feiertagen beieinander: die Vertreter der Arbeiter-Sängerbünde Deutschlands...

Zum Zwecke dieser Förderung haben sich die Arbeiter-Sängerbünde zu einer Liedergemeinschaft zusammengeschlossen, und einem Ausschuss in Verbindung mit einer Liederprüfungscommission die Aufgabe zugewiesen, für Herausgabe guter Arbeiterlieder zu sorgen...

In den sehr ausgedehnten Verhandlungen brachten die Delegierten der einzelnen Bünde die verschiedensten Fragen, die mit dem Arbeitergesang unzer trennlich verbunden sind, zum Ausdruck...

Von den zahlreichen Anträgen, die sich auf Herausgabe von Liedern beziehen, gelangten die folgenden zur Annahme:

Die Herausgabe von Liedern insofern weiter auszubauen, daß außer der obligatorischen Herausgabe von Liedern auch andere, namentlich im Volkston gehaltene und freigeordnete Lieder herausgegeben und den Vereinen zum Selbstkostenpreis verabsolgt werden.

Leichtere, im Volkston gehaltene Lieder herauszugeben, damit die schwächeren Chöre erfolgreicher den Gesang ausführen können.

Für die gemischten Chöre sind mindestens zwei Lieder jährlich herauszugeben.

Die Lieder-Gemeinschaft ist verpflichtet, den Liederverlag dahin zu erweitern, daß neben den Freiheitshörern auch Volkslieder sowie sonstige leichtere Chöre herausgegeben werden.

Der Ausschuss wird verpflichtet, eine Sammlung leichter Volkslieder herauszugeben.

Vollstimmliche Lieder, bei welchen das Verlagsrecht abgelaufen ist, herauszugeben.

Gleichfalls zur Annahme gelangte der vom Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend gestellte Antrag:

Die Ergänzungswahlen zum Ausschuss der Lieder-Gemeinschaft werden von dem Bund vorgenommen, wo ersterer seinen Sitz hat, mit dem Zusatz: „der Ausschuss hat das Vorschlagsrecht.“

Der Vorzug wäre nach aus der Diskussion, daß von verschiedenen Rednern darüber gefaßt wurde, daß bestimmte Parteien und auch verschiedene Parteiblätter den Bestrebungen der Arbeitergesangsvereine nicht nur gleichgültig, sondern in manchen Fällen sogar feindlich gegenüberstünden...

In der Hoffnung, daß die beschlossene Umwandlung der „Lieder-Gemeinschaft“ in einen „Deutschen Arbeiter-Sängerbund“ von Nutzen für die Entwicklung des Arbeitergesanges und der Vereine sein möge, schloß der Vorsitzende den Delegiertentag.

Partei-Angelegenheiten.

Treptow-Baumkultenweg. Die Parteigenossen wollen sich am Freitag, den 24. cr., abends, bei den Bezirkshäusern in den bekannten Lokalen melden. Erscheinen ist notwendig.

Zehlendorf. Die Wahlvereinsversammlung findet erst am 28. Mai statt.

Französisch-Buchholz. Sonntag, den 26. Mai, nachmittags 4 Uhr, findet im Röhrenlokal, Berlinstr. 39, eine Vollversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Emma Jäger über: „Welches Interesse haben die Frauen am öffentlichen Leben?“ 2. Diskussion. Nachdem gemüthliches Besammeln. Gleichzeitig werden die Genossen ersucht, in dieser Versammlung die noch ausstehenden Wahlen vom Volksfest abzurechnen. Zahlreichen Besuch der Genossen mit Frauen erwünscht.

Berliner Nachrichten.

Die Liste der stimmfähigen Bürger Berlins hat in dem Zeitraum vom 1. April 1906 bis zum 31. März 1907, über den das Wahlbureau des Magistrats jetzt Bericht erstattet, nur um 16 374 Personen zugenommen. In demselben Zeitraum des vorhergehenden Jahres hatte der Zuwachs stimmfähiger Bürger 23 228 Personen betragen, mithin bleibt der Zuwachs aus 1906/07 um fast 7000 Personen hinter demjenigen aus 1905/06 zurück.

Diese Erscheinung erklärt sich hauptsächlich aus der bedeutenden Mehrung der Bezüge von Berlin, die im letzten Jahre eingetreten ist. Wir ersehen hierzu aus dem Bericht des Wahlbureaus, daß in 1906/07 für die im Laufe des Jahres wahlfähig gewordenen Berliner und für die nach Berlin zugezogenen Wahlfähigen 108 845 neue Karten angelegt, aber andererseits für die aus Berlin weggezogenen Wahlfähigen und für die hier verstorbenen Wahlfähigen 92 471 Karten ausgesondert worden sind. In 1905/06 hatte die Zahl der neu angelegten Karten 108 911 betragen, dagegen war die Zahl der ausgesonderten Karten damals nur 85 688 gewesen.

Auf Grund dieser Liste der stimmfähigen Bürger, die im Wahlbureau ständig berichtigt wird, werden für Reichstagswahlen, Landtagswahlen, Kommunalwahlen usw. die Wählerlisten angefertigt. Starke Fluktuation der Bevölkerung ist besonders für die Kommunalwahlen von Bedeutung und pflegt auf den Ausfall dieser Wahlen einen merklichen Einfluß auszuüben. Die massenhaft von hier wegziehenden Gemeindeglieder können immer nur ganz allmählich durch andere, nach hier zuziehende Personen ersetzt werden. Selbst wenn wieder ein Umschwung eintritt und auf die massenhaften Bezüge ebenso massenhafte Zugänge folgen, bringt das der Liste der Gemeindeglieder zunächst keinen Zuwachs. Gemeindeglieder wird man ja erst, wenn man ein Jahr in der Gemeinde wohnt.

Der Verlust an Gemeindegliedern, der durch starke Fluktuation verursacht wird, trifft besonders die dritte Abteilung der Wählerschaft, die minderbemittelte Bevölkerung, die Arbeiterklasse. Der Besserstehende kann sich's eher leisten, sesshaft zu bleiben; der Minderbemittelte aber muß oft seine Wohnung wechseln und nicht selten auch einen anderen Wohnort aufsuchen, weil er bald hier bald da Arbeit nehmen muß.

Verregnete Pfingsten.

Kaltes, trübes und regnerisches Wetter sollte uns diesmal am Pfingstfeste beschieden sein. Die Hoffnung, daß der Wettergott ein Einsehen haben werde, ist leider schmählich „zu Wasser“ geworden. All die vielen Tausende von Ausflüglern, die in der Erwartung, daß sich der wolkenbedeckte Himmel im Laufe des Tages noch auflären werde, hinaus ins Freie gepilgert waren, sollten bitter enttäuscht werden. Schon in den frühen Mittagstunden mußten sie infolge des eintretenden Regens wieder heimkehren. Die schönen hellen Toiletten, die am Pfingstfeste zum ersten Male „zur Schau“ getragen zu werden pflegen, mußten, wenn auch mit Bedauern, wieder in die düsteren Schränke zurückwandern. Die Verkehrs-gesellschaften und besonders die Eisenbahnverwaltungen hatten auf schönes Wetter und demgemäß auf einen gewaltigen Verkehr gerechnet und die weitgehendsten Vorbereitungen getroffen. Aber all die großen Bemühungen waren umsonst gewesen. Die Reserve-Wiltschalter konnten geschlossen bleiben, und die bereitstehenden Einsezzüge brauchten nicht in Verkehr gestellt zu werden. Ähnlich erging es den Straßenbahn- und Dampfgesellschaften. Am zweiten Feiertag lagen die Wetterverhältnisse noch weit trauriger; unaufhörlich ergoß sich der Regen, und auch nur kleinere Ausflüge wurden unmöglich gemacht. In der Umgebung Berlins herrschte so gut wie kein Verkehr. Die Garten- und Frühkonzerte, die in großer Anzahl angefangen worden waren, fanden zumeist gar nicht statt oder waren nur sehr mäßig besucht. Natürlich ist den Inhabern der Restaurationen, die auf den Verkehr der Ausflügler angewiesen sind, durch die Launen des Wettergottes ganz erheblicher Schaden entstanden. Dagegen lachten sich die hiesigen Gastwirte ins Häuschen. Auf Kosten ihrer Kollegen da draußen machten sie an beiden Feiertagen gute Geschäfte. In den Theatern und Vergnügungsetablissemments herrschte ein außerordentlich starkes Leben und Treiben. Auch alle die Ausflügler, die größere Pfingstfahrten nach der Insel Rügen, nach dem Spreewald, der Märkischen Schweiz usw. unternommen hatten, mußten infolge der ungünstigen Witterung früher als geplant heimkehren.

Der Stadtverordnete Ingenieur August Dünje ist am zweiten Pfingstfeiertag nach langer, schwerer Krankheit im Rudolf-Biederow-Krankenhaus gestorben. Er war Vorsitzender der Fraktion „Neue Linke“ und vertrat den 16. Kommunalwahlbezirk der II. Abteilung.

Der Ausschuss des Zentral-Krankenpflege-Nachweises für Berlin und Umgebung (Hauptredaktion: Amt III, 63) hielt am Freitagabend im Langenbeckhause, Jägerstr. 10/11, eine Vierteljahrsitzung ab. Der Vorsitzende, San.-Rat Dr. S. Alexander, teilte mit, daß die Einrichtung vorläufig von dem Magistrat nicht mit übernommen worden sei, sondern in den bisherigen Räumen im Langenbeckhause als selbstständiges Unternehmen bestehen bleibe. Sowohl das Kultusministerium als auch der Magistrat haben auch für das Jahr 1907 Beihilfen in der bisherigen Höhe gewährt. Der Geschäftsbericht für das 1. Quartal d. J. ergibt wiederum eine erhebliche Steigerung der Inanspruchnahme des Instituts gegen das Vorjahr, sowohl seitens der Privatfamilien, als der Ärzte und Krankenanstalten. Besonders wurde auch die Tätigkeit auf dem Gebiete ermäßigter und unentgeltlicher Pflege erweitert. Bisher fanden in 1907 im ganzen 942 Pflegenachweisungen statt. Die Oberinnen der verschiedenen Pflegevereine sind angewiesen worden, einen Wechsel des Personals in der Pflege nur im Notfall und nur in Uebereinstimmung mit der Betriebsleitung vorzunehmen.

Der Präsident des Kammergerichts Geh. Ober-Justizrat v. Schmidt ist am Sonnabendabend nach kurzer schwerer Krankheit an Lungenentzündung gestorben. v. Schmidt wurde 1904 nach dem Abgange des Weill. Geh. Rat Engelz. v. Drenkmann zum Präsidenten des Kammergerichts ernannt.

Klagen über die Generalpächter der Laubenzolonien kehren alle Jahre wieder. Vor Pfingsten veröffentlichten wir eine diesbezügliche Mitteilung über den Generalpächter einer Laubenzolonie an der Bornholmerstraße, heute müssen wir aus gleichem Anlaß uns mit dem Generalpächter der Laubenzolonie „Feldschlößchen“ an der Landsberger Allee beschäftigen.

Immer ist es vor allem die vom Generalpächter betriebene Bierwirtschaft, die sein Verhältnis zu den Unterpächtern, den eigentlichen Kolonisten, trübt und färbt. Jeder dieser Generalpächter mit eigener Bierwirtschaft möchte womöglich ein Monopol auf die dortigen Kolonisten „seiner“ Kolonisten haben. Auch der Generalpächter der Laubenzolonie „Feldschlößchen“, ein Herr Lange, ist selbstverständlich Restaurateur. Und auch er erwartet, daß die Kolonisten ihr Bier usw. von ihm beziehen. Dabei beruht er es, aus dem Restaurationsbetrieb einen recht hübschen Profit herauszuwickeln. Die Kolonie ist so groß, daß er in ihr ein paar Filialauskäufer hat einrichten können. Aber die Zwischenpersonen, die er da hineingesetzt hat, müssen ihm das Bier so teuer bezahlen, daß ihnen nur übrig bleibt, den Kolonisten für ein Vocherchen Bier von zwei Becheln Liter Inhalt 10 Pf. abzuschmecken. Geklagt wird

ferner, daß die Bedingungen für Entnahme von Gießwasser zu hart sind. Aus anderen Kolonien ist uns in der Regel berichtet worden, daß dort der Generalpächter nur den in seiner Bierwirtschaft verkehrenden Kolonisten Wasser aus seinem Brunnen gibt. In der Kolonie „Feldschlößchen“ gewährt der Generalpächter nicht einmal den Viertlern das Gießwasser als Gratisabgabe. Die Herrn Lange muß jeder Eimer Wasser mit einem halben Pfennig bezahlt werden, anderenfalls gibt er überhaupt kein Wasser her. Herr Lange wird hier erwidern, er lasse das Wasser aus der Wasserleitung seines Hausgrundstückes entnehmen, da habe er es doch selber nicht umsonst. Gewiß, dann kann auch er es nicht umsonst abgeben. Braucht er aber deshalb an dem Wasser noch zu profitieren? Ein Eimer faßt etwa 10 Liter, also bezahlt der Kolonist 1000 Liter Wasser mit 50 Pf. Die Wasserwerke aber nehmen für 1000 Liter nur 15 Pf., so daß der „gefällige“ Mann 35 Pf. profitiert. Uebrigens hat dieser Generalpächter obenin den Pachtzins erhöht. Bisher wurden bei ihm pro Aute Land 50 Pf. gezahlt, seit diesem Jahr müssen 60 Pf. gezahlt werden. Den Kolonisten der Laubenzolonie „Feldschlößchen“ wird es schwerlich ein Trost sein, daß auch in anderen Kolonien gesteigert worden ist.

Die Abhängigkeit der Laubenzolonisten von den Generalpächtern ist in den meisten Kolonien so drückend, daß manchen der Kolonisten das bishigen Freude an seinem Stück Laubenzolonie gründlich vergräbt wird. Indes, es wäre ungerath, wenn wir nicht anerkennen wollten, daß auch manche Generalpächter sich in lästiger Abhängigkeit befinden, in Abhängigkeit von dem Besitzer des Terrains, der ihm zunächst die Pacht immer mehr in die Höhe schraubt. Wir sind zwar der Meinung, daß diese Generalpächter, die zwischen den Terrainbesitzer und die Kolonisten sich hineinschieben, überhaupt überflüssig sind, und daß die Kolonisten durch gemeinschaftliche Ausrüstung ganzer Kolonien solche Zwischenpersonen beseitigen könnten. Wo aber der Generalpächter noch vorhanden ist, da wird man sich nicht weiter wundern dürfen, daß er jede ihm selber auferlegte Pachtserhöhung auf die Kolonisten abzumähen sucht. Wie es in dieser Beziehung um den Generalpächter der Laubenzolonie „Feldschlößchen“ steht, das entzieht sich unserer Kenntnis. Doch da der Besitzer des dortigen Terrains derselbe Trauererbischof Böhme ist, von dem der Generalpächter lange das Bier beziehen muß, so besteht hier zwischen Terrainbesitzer und Generalpächter noch ein besonderes Abhängigkeitsverhältnis, das für den letzteren auch nicht gerade angenehm sein dürfte.

Die Praktiken des General-Fundbureaus in der Charlottenstr. 96 haben wir schon zu wiederholten Malen in unserem Blatte kennzeichnen müssen, immer aber wiederholen sich die Beschwerden über dieses Institut. Wer etwas verloren hat und in der Presse keinen Verlust anzeigt, erhält von diesem General-Fundbureau eine Zuschrift, sich in seiner Verlustsache nach dem Bureau in der Charlottenstraße bemühen zu wollen. In der Hoffnung, das Verlorene zurückzubekommen, begibt sich der Verlierer dahin, um zu erfahren, daß zwar der verlorene Gegenstand noch nicht gefunden ist, aber daß ihm unter allerlei Manipulationen gegen Auszahlung einer Quittung 8 M. 75 Pf. abgehüpft werden. So erging es dieser Tage einem Hausdiener, der folgendes Inserat in der „Morgenpost“ erlassen hatte: „Ein Geschäftsdienst der Firma Edders u. Dyckhoff, Dönhofsplatz, verlor gestern nachmittags zwischen 8 und 8 Uhr einen zusammengepackten Hundertmarkschein in der Gegend vom Plötz-Ufer 33 bis nach der Kommissstr. 48. Da der Verlierer als Familienbater den Schaden schwer ertragen kann, werden eventuelle Mitteilungen darüber erbeten an Joh. Lindner, Steglitzerstr. 5/6, Hof IV rechts.“

Wir möchten bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß dieses sogenannte Fundbureau in der Charlottenstraße 96 ein reines Privatunternehmen ist und keinerlei amtlichen Charakter hat. Es fristet seine Existenz damit, indem es die Verlierer, die in einer Zeitung ihren Verlust anzeigen, Postkarten zugesendet mit dem Ersuchen, nach dem Bureau zu kommen. Die bei dieser Gelegenheit den Verlierern abgeknöpften Gebühren bilden die Einnahmequelle des Inhabers des General-Fundbureaus. Wiederholt haben wir und auch das Polizeipräsidium darauf hingewiesen, daß das amtliche Fundbureau sich im Gebäude des Polizeipräsidiums am Alexanderplatz befindet. Hier kann jeder Verlierer seinen Verlust melden und Finder die gefundenen Gegenstände abgeben, ohne daß irgendwelche Kosten entstehen.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Nachmittag des Pfingstsonnabends in der Lauenburgerstraße zugetragen. Als die auf dem Neubau Lauenburgerstraße 8 beschäftigten Arbeiter gegen 2 1/2 Uhr nachmittags Feierabend machen wollten und sich auf den Hof des Grundstücks hinabgebogen, fanden sie daselbst einen Mann auf dem Erdboden liegend, der stark aus einer Kopfwunde blutete und bewusstlos war. Der Verletzte wurde zu einem in der Nähe wohnenden Arzt getragen, der die erste Hilfe leistete und dann den Patienten nach dem Krankenhaus Westend schaffen ließ. In dem Verunglückten wurde der auf dem Neubau beschäftigte Arbeiter Valentin Walligora aus Charlottenburg rekonnostriert. Die Verwundung rührt allem Anschein nach daher, daß dem W., als er zur genannten Zeit auf dem Hofe stand, ein etwa 2 Meter langes Stauholz auf den Kopf gefallen ist. Die Wunde des W. erwies sich als komplizierter Schädelbruch. Das Befinden des Kutschers ist hoffnungslos.

Bei der Verfolgung eines Unbekannten hat sich am ersten Pfingstfeiertage abends ein schwerer Straßenbahnunfall ereignet. Gegen 1/2 7 Uhr abends gerieten am Weidenweg mehrere Männer miteinander in Streit, der schließlich in eine Prügelei ausartete. Einer der Exzedenten sollte von einem Schuttmann verhaftet werden; er rief jedoch von dem Beamten los und ließ den Weidenweg entlang. Der Schuttmann nahm sofort die Verfolgung auf und ihm folgten eine Anzahl Knaben. Plötzlich machte der Flüchtling kehrt und rannte zwei der Kinder, den zwölfjährigen Otto Gieseler und den siebenjährigen Otto Grewe, deren Eltern beide im Hause Weidenweg 67 wohnen, um. Durch die Stucht des Anpralls wurden beide Knaben auf das Straßenpflaster geschleudert und gerieten dadurch unter den Vorderperron eines in diesem Augenblicke herannahenden Straßenbahnwagens der Linie 81. Der 12jährige Gieseler kam vor den Schuttmann zu liegen, der 7 jährige Grewe war mit dem ganzen Körper unter diese Schutzvorrichtung geraten. Mit Hilfe von Straßenpassanten wurde der Wagen angehalten und die beiden Knaben hervorgezogen. Der ältere derselben hatte nur leichtere Verletzungen erlitten, während auf der Unfallstation, wohin die beiden Verunglückten gebracht wurden, bei dem kleinen Grewe eine schwere Kopfverletzung und ein Beckenbruch konstatiert wurde. Während sich Gieseler nach der elterlichen Wohnung begeben konnte, mußte sein Kamerad nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht werden.

Wegen einer Waise in den Tod. Aus Angst vor Strafe hat in der Pfingstnacht die 21 Jahre alte Näherin Charlotte Vogel, die in der Großen Frankfurterstraße 94 in Aternmeie wohnte, Selbstmord verübt. Vor einigen Tagen hatte sich das bisher völlig unbescholtene junge Mädchen dazu verleiten lassen, in einem Warenhause (Zandorf) in der Großen Frankfurterstraße eine kleine Waise im Werte von etwa 20 Pf. zu entwenden. Die W. glaubte nun, sie werde dafür hart bestraft werden und sie zog es lieber vor, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Am Sonnabendabend schrieb sie ihrer Schwester, daß sie sich in der erwähnten Weise vergangen habe und in den Tod gehen werde. Als die Schwester am ersten Feiertag frühmorgens bei der Lebensmüden erschien, um diese noch retten zu können, war es bereits zu spät; das junge Mädchen hatte sich in der Nacht mit Znsol vergiftet und war den Wirkungen des Nodosgiftes erlegen.

Was es denn durchaus nötig, wegen einer so geringen Verletzung das arme Mädchen gleich zur Anzeige zu bringen? Man ist doch sonst in den Warenhäusern rücksichtsloser, wenn eine Dame aus besseren Kreisen dabei gefasst wird, wenn sie sich nicht gelaufte Gegenstände aneignet.

In größter Lebensgefahr schwebten am dritten Pfingstfesttag drei Personen bei einem Bootsunfall auf dem Tegeler See. Vier Personen, eine Frau und drei recht korpolente Herren hatten sich von dem Bootverleiher am Sportbad ein Auerboot geliehen und waren damit auf den See hinausgerudert. Auf offenem Wasser begingen sie die Unvorsichtigkeit, in dem kleinen Fahrzeug die Plätze zu wechseln. Durch die heftige Schaukelbewegung der schweren Insassen schlug das Boot um und kam zum Kentern. Nur der Frau gelang es, sich schleunigst wieder an das Fahrzeug anzuklammern. Dagegen versanken die drei Männer in der Tiefe. Insassen hinunterfahrender Motorboote gelang es, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, glücklicherweise alle drei zu retten. Einer der Gefährdeten hatte bereits das Bewußtsein verloren.

Genickstarre ist bei einem Soldaten des 47. Infanterie-Regiments festgestellt, der von Wosen kam und sich dieser Lage besuchsweise bei seinen in Rixdorf wohnenden Eltern aufhielt. Der Soldat Reinhold Bölle kam in Rixdorf schon krank an und mußte sich zu Bett legen. Der Arzt und auch der hinzugerufene Kreisphysikus stellten Verdacht an Genickstarre fest. Nach dem Garnisonlazarett in der Schanhorststraße gebracht, wurde schließlich Genickstarre konstatiert.

Der Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend hatte am ersten Feiertag zu Ehren der anlässlich der Generalversammlung der „Niederberg-Gesellschaft der Arbeiter-Sängervereinigungen Deutschlands“ anwesenden Delegierten der Arbeiter-Sängerbünde im Saale der Brauerei Friedrichshain einen Kommerz veranstaltet, der sich trotz des schlechten Wetters eines zahlreichen Besuchs der Freunde eines guten Besanges erfreute. Die Hoffnungen, die die Sangesfreunde auf den Abend gesetzt hatten, wurden auch in vollem Maße erfüllt; ließ es sich doch der dem Arbeiter-Sängerbund angegliederte Gesangverein „Typographia“ angelegen sein, etwas Besonderes vor den zahlreich versammelten Gesangsinternen zu leisten. Nur wenige große Gesangvereine können es wagen, wie es „Typographia“ unter Leitung des tüchtigen Dirigenten Herrn Alexander Weinbaum tat. „Die Götterdämmerung“ von Wagner so zu Gehör zu bringen, daß der Zuhörer auch einen Nutzen davon hat. Und die Sänger gaben sich auch besondere Mühe, um sich des Beifalles würdig zu erweisen, den ihnen Sangeskundige und Gesangskritiker gollten. So mancher, der einem kleinen Gesangverein angehört, mag ob dieser Leistung vom Gefühl des Reibes nicht ganz freibleiben sein. Natürlich brachte „Typographia“ außer der eben erwähnten Leistung noch eine Anzahl anderer Lieder zum Vortrag, die speziell für den Abend besonders gut ausgewählt waren und machte so seinem Rufe als leistungsfähiger Arbeitergesangverein alle Ehre.

Angenehm ergänzt wurde das Programm durch verschiedene nette Sachen der Brett-Diva Margarethe Wallotte und des „Berliner Ill-Trio“ mit seinen Vorträgen politisch-satirischen Inhalts.

Gesperrt ist der südliche Fahrbaum der Bismarckstraße von der Prinzstraße bis zum Sedanufer mit Ausnahme der Kreuzung der Alexandrinenstraße behufs Umpflasterung vom 21. d. Mts. ab.

Radrennen zu Spandau, 19. und 20. Mal. Die Größtensrennen der neuen Spandauer Bahn, an deren Vollendung in den letzten Wochen mit Hochdruck gearbeitet worden war, um sie bis zum Pfingstfest fertig zu stellen, wurden durch die Ungunst des Wetters sehr beeinträchtigt. Am Sonntag konnten wenigstens noch die Vorläufe zu einigen Rennen vor gutem Besuch, den hauptsächlich die Berliner bildeten, ausgetragen werden. In dem Größtensrennen über 1000 Meter (120, 80, 50, 30 M.) platzierten sich in sechs Vorläufen Dörflinger, Eddy, Teils, Wedell; Peter, Kellbel; Scheuermann, Romas; Stoll, Conrad; Kubela, Stabe. Zwischenläufe und Endlauf am Montag. 22 Rennen endeten unplatziert. In dem Vorkauf über 2000 Meter (75, 50, 25, 15, 10 M.) wurden die drei Vorläufe gewonnen von Rade (40 Meter Vorkauf) vor Erby (120), Danen (80) und Schaple (130); Teheile (10) vor Conrad (20), Wedell (0) und Stoll (0); Kubela (0) vor Scheuermann (0), Hoffmann (40) und A. Müller (80). Unplatziert endeten 24 Fahrer, unter ihnen Dörflinger (0), Peter (0), Begener (10), Kisthoff (20). Beim Endlauf kamen gleich beim Ablassen der nassen Bahn wegen sechs Fahrer zu Fall, so daß das Rennen abgebrochen werden mußte. Vom Großen Einweihungspreis, einem Dauerrennen über eine Stunde mit Motorführung und Preis von insgesamt 10 800 M. kamen am Sonntag die beiden Vorläufe über je 50 Kilometer zum Austrag. Die Besetzung war eine sehr gute; unsere besten Dauerfahrer wie Contenet, Darragon, Guignard, Günther, Salzmann, Stellbrink und Wanderlust waren zur Stelle. Im 1. Lauf siegte der Köliner Günther in 36 Min. 15/2 Sek. vor Stellbrink, 37 Min. 15/2 Sek. und Darragon, 15 Runden zurück. Stellbrink hatte bis zum 33. Kilometer die Spitze, kam dann aber durch Reifen- und später noch einmal durch Radschaden ins Hintertreffen. Darragon hatte ebenfalls Reifenschaden und gab beim 45. Kilometer auf. Der zweite Lauf wurde von dem Belgier Vanderstuyft in der sehr guten Zeit von 34 Minuten 59 Sekunden vor Salzmann (35 Minuten 29/2 Sekunden) und dem Franzosen Contenet, 4480 Meter zurück, gewonnen. Wunderlust behauptete während des ganzen Rennens die Spitze; auch Heidelberg fuhr sehr gut, da er noch unter den Folgen eines kürzlich erlittenen Sturzes zu leiden hatte; Contenet hatte Reifenschaden und blieb dadurch zurück. Mit knapper Not konnte dieser Lauf zu Ende gefahren werden; denn durch den wiederholt einsetzenden Regen war die Bahn bedenklich naß geworden. Ein Retorversuch Guignards über 10 Kilometer und ein gut besetztes Tandemrennen fielen aus.

Die Fortsetzung der Rennen am Pfingstmontag war des unersichtlichen Regens wegen unmöglich, zum Leidwesen der Fahrer und der immerhin noch in ziemlichem Zahl erschienenen Zuschauer. Aus dem auf der Treptower Bahn geplanten Stundenrennenverlauf wurde des schlechten Wetters wegen nichts. Anfänglich wurde die Eröffnung um eine Stunde verschoben, schließlich blieb nichts übrig, als das Rennen auf den nächsten Tag anzuberäumen, und es wurde bekanntgegeben, daß die ausgedehnten Villen-Sichtung behalten. Ein großer Teil der Zuschauer hatte dagegen nichts einzuwenden und verließ die Bahn, ein anderer Teil dagegen verlangte sein Geld zurück. Das wurde verweigert. Die Leute sammelten sich nun vor dem Bureau, und nach kurzer Zeit erschien ein Gendarm auf dem Plan und nahm sofort gegen das Publikum Stellung. Er requirierte, wie man uns schreibt, zwei Soldaten aus der Menge und forderte die Leute auf, sofort wegzugehen, da sie sich sonst des Landfriedensbruchs schuldig machen; jeder Besucher hätte weiter nichts übrig, als den Zivilwege zu beschreiten. Nur der besonnenen Haltung der Leute, die wirklich nach ihr gutes Recht preisgaben, ist es zuzuschreiben, daß sich die schon ziemlich heftige Erregung legte und so weitere ernste Zusammenstöße mit der Polizei und Gendarmen unterblieben.

Orgelkonzert, Mittwoch, den 22. Mai, abends 7/8 Uhr findet in der St. Marien-Kirche das nächste Orgelkonzert des königlichen Musikdirektors W. Jergang statt unter Mitwirkung von Pauline Hedwig Kaufmann (Sopran), Herrn A. R. Harlung-Müller, Streichquartett von Frau Wianka Weder-Samolenski und Herrn Otto Becker (Lehrer an der königlichen Hochschule für Musik) Orgel. Orgelkompositionen von J. S. Bach, W. St. Bach und R. Meyer. Der Eintritt ist frei!

Das Berliner Aquarium hat im Verlauf der letzten Tage aus fünf verschiedenen Land- und Meeresgebieten Zusendungen erhalten, welche zahlreiche Angehörige der betreffenden Fauna umfassen, so daß die färbige, Süß- und Süsswasserbecken des Instituts ein mannigfaltiges Leben und viele Seltsamkeiten beherbergen. In das hinterste Glashaus auf der rechten Seite der Schlängengalerie

zogen mehrere gewaltige, über meterlange Eichen ein, die nur auf einer Antilkeninsel heimisch sind und schon von weitem durch ihren starken Körperbau und einen scharfgezähnten Rückenlamm auffallen, bei näherer Besichtigung aber durch ein auf der Stirn liegendes bräunliches Horn, welches ihnen den Namen „Kashorn-Reguan“ verschafft, von allen Verwandten sich abheben. Auch die Abteilung der Schwanzlurche hat eine wertvolle Ergänzung erfahren durch zwei Exemplare einer die Sumpfwasser der südöstlichen Staaten der Union bewohnenden Spezies, die infolge ihres aalähnlichen, mit nur winzigen, schwächlichen Beinen ausgedehnten Leibes die Bezeichnung „Almolch“ erhielt; somit hat das Aquarium seine Sammlung dieser absonderlichen Amphibien, da es auch den japanischen und den nordamerikanischen Riesensalamander, den Furchenmolch, den Olm und den absonderlichen Almolch besitzt, zu einer noch nicht dagewesenen Vollständigkeit gebracht.

Feuerwehrbericht. An den Pfingstfeiertagen hat die Feuerwehr eine Reihe von Bränden der verschiedensten Art zu löschen gehabt. U. a. wurde sie nach der Chausseestraße 7 gerufen, wo in einem Kinematographen-Filmstreifen in Brand geraten waren. Gleichzeitig, nachmittags um 6 Uhr, brannten in der Wildenowstraße 33 in einer Schlichterei Späne und anderes. Ein Keller war total verqualmt. Kurz vorher wurden zwei Kellerbrände in der Wilhelm Stolzestraße 7 und Urbanstraße 65 gelöscht werden. Stroh, Kohlen usw. brannten dort. Um 1 Uhr nachts mußte ein Küchenbrand in der Invalidenstraße 8 vom 13. Zug ausgegossen werden. Der Fußboden, Kohlen und anderes waren dort in Brand geraten. Um 2 Uhr nachts lief eine unruhmliche Feuermeldung ein. Es mußten deshalb mehrere Jüge ausrücken und sämtliche Feuerleiter der Feuerlinie II abfahren und prüfen. Am zweiten Feiertag früh um 5 Uhr kam in einem Keller der Eichendorferstr. 20 Feuer aus. Der 14. Zug hatte längere Zeit zu tun, um die Flammen, die an Kohlen reiche Röhren gefunden hatten, auf den Keller zu beschränken. Ein Ladenbrand beschäftigte den 7. Zug in der Posenerstr. 24. Durch tüchtiges Wassergeben gelang es, eine weitere Ausdehnung zu verhüten. In Vohagen-Rummelsburg, Wühlischstr. 27, hatte derselbe Zug einen Wohnungsbrand nachmittags um 4 Uhr zu löschen. Küchen- und Wohnungsbrände nahen weiter in der Gartenstr. 28, Topogr. 5, Götterstraße 61, Luisenstr. 10, Fidielstr. 26, Hannoverstraße und an anderen Stellen gelöscht werden. Wegen eines Kellerbrandes erfolgte ein Alarm nach der Rosenthalerstr. 8a.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Wirtschaftliche Fragen der Gegenwart lautete das Thema, das in zwei vom sozialdemokratischen Wahlverein einberufenen Volksversammlungen in den Lokalen von Hoppe und Thiel zur Behandlung stand. Referenten waren die Genossen Redden und Gewerkschaftssekretär Ritter. Beide Redner gaben einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. Die Kritik der Unternehmer, zu Auspöhrungen zu greifen, habe das Kampfsfeld geändert, die Lohnkämpfe werden immer langwieriger. Dieser Umstand lege die Frage nahe, ob die Gewerkschaftsbewegung immer auf richtigem Wege sei. Die 400 eigentlichen Mitglieder des Zentralverbandes deutscher Industrieller haben die Mäße der Gesetzgebung in der Hand. Das Unternehmensrecht habe aus der Entwicklung der Gewerkschaften gelernt; ihre Organisation sei straffer als die der Arbeiter. Redner gaben ein Bild der Holzarbeiterauspöhrung und glauben, daß die Arbeitgeber des Baugewerbes durch den Verkauf derselben wohl eingesehen haben, daß die nach den Nachtagswahlen ausgegebene Lösung, den Arbeitern absolut nichts zu bewilligen, nicht innegehalten werden könne. Gerade der Kampf in der Holzindustrie beweise, daß wir durchaus nicht pessimistisch sein brauchen. Leider können von den organisierten Arbeitern — ganz abgesehen von den Indifferenten — viele es noch nicht einsehen, daß sie zusammengehören; wegen Kleinigkeiten würden oft die großen Ziele aus dem Auge gelassen. Noch trauriger sei es, wenn sich Arbeiter zu gelben Gewerkschaften vereinigen. Zum Beweise, wieweit mittelalterliche Anschauungen in denselben vorhanden seien, verlas Genosse Ritter ein Flugblatt der gelben Bädergewerkschaft, das sogar noch einen Unterschied zwischen Gesellen und Arbeitern macht, auch den Gesellen den schönen Trost gibt, daß sie für ihr schweres Arbeiten am Badstrog ja durch das Herrenessen als künftige ehrsame Bädermeister voll entschädigt würden. Aus alledem erbeile, daß wir unermüßlich weiter arbeiten müssen, um auch den letzten indifferenten Arbeiter in unsere Reihen hineinzubringen. Während bei Hoppe keine Diskussion beliebt wurde, bestritten bei Thiel Genosse Bagels die Taktverträge, ebenso das Bestreben mancher großen Gewerkschaften, ihre Mitglieder mehr durch Unterstützungsvereine zu halten und neue heranzuziehen.

Schöneberg.

Ein Radcafé hat gestern am frühen Morgen an der Ecke der Ebers- und Moritzstraße großes Aufsehen hervorgerufen. Der Kellerer Joseph Köpinger, Magstr. 9 wohnhaft, ist mit der Richte des Gastwirts Utermann, der Telefonistin Klara K., verlobt. Am Freitagabend hatte er mit seiner Braut das an der erwähnten Straßenecke belegene Restaurant des U. besucht. Im Laufe des Abends war es nun zwischen dem U. und dem U. zu Auseinandersetzungen gekommen, die schließlich dahin führten, daß U. von dem Gastwirt aus dem Lokal gewiesen und ihm der fernere Zutritt verweigert wurde. Gestern Morgen erschien er vor dem U. fischen Lokal und als er den Gastwirt hinter der großen Lebensscheibe bemerkte, erhob er eine Stocklinde und schob damit nach U. Die Spiegelscheibe wurde durch das Geschloß zertrümmert. Das letztere traf aber nicht den Bedrohten. Es wurden ihm nur durch Glasplitzen im Gesicht Verletzungen beigebracht. U. entfernte sich schleunigst, wurde jedoch von Passanten verfolgt und verprügelt. In seiner Wohnung wurde er später durch die Polizei verhaftet.

Drip-Budow.

Ueber Demokratie und Monarchie referierte in der Mittwochsversammlung des Wahlvereins Genosse Sassenbach. Redner legte zunächst die Unterschiede beider Regierungsformen dar. Die Frage, ob die Monarchie vom geschichtlichen Standpunkt aus gerechtfertigt sei, beantwortete der Referent dahingehend, daß unter bestimmten Verhältnissen der Despotismus kulturell wirken könne. In der Folge wurde der Geschichte hervor, daß die republikanische Staatsform für die Kulturentwicklung das meiste geleistet habe. Die Monarchie sei auch nicht, wie das unsere bürgerlichen Gesellschaftsmitglieder darstellen, eine göttliche Einrichtung, sondern etwas geschichtlich Gewordenes. Zum Schluß erklärte Redner, daß das Proletariat keine Ursache habe, die Monarchie zu hassen, da diese sich nicht für die Interessen der Beschäftigten entscheide. Eine Diskussion über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag fand nicht statt.

Rummelsburg.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit einem Antrage der Verwaltung der Hochbahn um Verlängerung der Anschließbahn der Hochbahn durch den Ortsteil Vohagen. Diese neue Bahnlinie soll bei der Redlerstraße von der Warschauerstraße abzweigen, demnächst die Sibauerstraße, die Wühlischstraße und die Gruppischstraße in Vohagen und in Rixdorf die Jungstraße, die Scharnweberstraße und die Gürtelstraße durchlaufen und an der Frankfurter Chaussee endigen. Da der mit der Verwaltung der Hochbahn abzuschließende Vertrag der Gemeindevertretung noch nicht vorgelegt werden konnte, so beschloß die Vertretung auf Antrag unserer Genossen, die eventuelle Genehmigung zu verweigern, bis der abzuschließende Vertrag vorliegt. — In Gemäßheit früherer Beschlüsse wird eine Regelung der Freistellen an den hiesigen höheren Lehranstalten dahin gutgeheißen, daß die eingerichteten 5 Proz. Freistellen ausschließlich

nur an befähigte Aderbermittelle vergeben werden; die Befreiung vom Schulgeld eines Aderbers von drei Geschwistern, welchen auf Grund der „Drei-Geschwisterchaft“ Freistellen gewährt werden müssen, bleibt außer Berechnung.

Weiter wird beschlossen, wegen Regularisierung der Besehrstraße mit der Gemeinde Lichtenberg folgendes Abkommen zu schließen: 1. Die Gemeinde Lichtenberg zahlt zu den Grundbesitzkosten für den Bismarckplatz, welcher der Gemeinde Rummelsburg rund 20 000 M. kostet, einen einmaligen Zuschuß von 7500 M. 2. Zu den von der Gemeinde Rummelsburg auszuführenden Regularisierungs- und Pflasterungsarbeiten des Straßenbammes zahlt jede Gemeinde die Hälfte der hierdurch entstehenden Kosten. 3. Die Gemeinde Rummelsburg übernimmt die dauernde Unterhaltung und Reinigung des ganzen Straßenbammes. 4. Für die Uebernahme der Unterhaltungs- und Reinigungsarbeiten seitens der Gemeinde Rummelsburg zahlt die Gemeinde Lichtenberg an die Gemeinde eine einmalige Abfindungssumme in Höhe von 33 000 M.

Zur Pflasterung sollen Reifensteine 4. Klasse zur Verwendung kommen; die Kosten hierfür betragen nach dem aufgestellten Kostenanschlag 151 650 M. — Eine längere Debatte zeitigte die Debatte über die Vespöhrung der Petition über die Eingemeindung der Gemeinde nach Berlin. Nach den Ausführungen der Vertreter der Grundbesitzerpartei sollen zurzeit die maßgebenden Vertreter der Staatsregierung sowie auch die Stadt Berlin einer Eingemeindung nach Berlin sehr sympathisch gegenübersehen. Da triftige Gegeneingemeindungen nicht gemacht wurden, so beauftragte die Gemeindevertretung in ihrer nächsten Sitzung den Gemeindevorstand, in einer späteren Sitzung eine diesbezügliche Vorlage einzubringen. — Die Bewilligung einer einmaligen Subvention zur Errichtung einer Fahrverbindung mit Motorbooten zwischen Rummelsburg, Liebelsinsel, Strauß und Treptow zeitigte ebenfalls eine längere Debatte. Es wird beschlossen, eine Subvention von monatlich 150 M. für die sechs Sommermonate und zur Errichtung einer Anlage für eine Verbindung von 300 M. zu zahlen. Die Abfahrt erfolgt vom Gemeindegrundstück Hauptstraße 4 ab täglich halbstündlich in der Zeit von 7 Uhr früh bis 9 Uhr abends, bei Bedarf auch später. Als Verbindung gilt, daß der Fahrpreis für die ganze Strecke für Erwachsene nicht mehr als 10 Pf. und für schulpflichtige Kinder nicht mehr als 5 Pf. betragen darf. Ein Antrag unserer Vertreter betreffend die Vergütung von Arbeiten und Lieferungen an Gemeindebestimmungen verfiel wegen zu spätem Eingangs der Vertagung.

Weihensee.

Die Hausbesitzer in Kengsten. Wohl noch nie haben die Angehörigen in der Gemeindevertretung eine solche Einmütigkeit an den Tag gelegt, wie in der letzten Sitzung gelegentlich der Beratung über den Erlass eines Ortstatuts, betreffend die Heranziehung zu Straßenunterhaltungskosten. Nach § 9 des Kommunalabgabengesetzes können zur Deckung eines Teiles der Kosten für Neu- sowie Umpflasterungen von Straßen mit besserem Material von denjenigen Grundeigentümern, welchen hierdurch besondere wirtschaftliche Vorteile erwachsen, Beiträge zu den Kosten dieser Veranstaltung erhoben werden. Gegen den Erlass eines diesbezüglichen Ortstatuts hat eine am Tage vorher stattgefundene Versammlung der Haus- und Grundbesitzer Stellung genommen und einstimmig dagegen protestiert. Der Gemeindevorstand rügte scharf die Art, in der es die Hausbesitzer versuchten, wirtschaftliche Vorteile für sich herauszuschlagen. Er habe bisher geglaubt, daß ein Gemeindevertreter seiner Verpflichtung gemäß Allgemeininteressen zu wahren habe, aber niemals Interessen eines Vereins. Nachdem er dann die im Ortstatut enthaltenen Paragraphen eingehend erläuterte, empfahl er dessen Annahme. Herr König, Vorsitzender des Grundbesitzervereins und Direktor der Mittelbau-Gesellschaft, gab sich als Einberufer der Versammlung bekannt und erklärte, ganz genau zu wissen, wie er als Gemeindevertreter zu handeln hat, aber auch als Vorsitzender des Grundbesitzervereins habe er die Pflicht, seine Mitglieder vor etwaigen Schäden zu schützen, denn überall müsse der Hausbesitzer die Nase zucken. Mit der Wertzuwachssteuer habe Weihensee einen rühmlichen Anfang gemacht und es scheine, als wenn der Herr Bürgermeister weitere Vorbeeren ernten will. Wie die Wertzuwachssteuer, so würde auch dieses Gesetz ein Hemmnis für die Entwicklung des Ortes sein und die Baukunst hindern. Daß ein Direktor einer Baugesellschaft nicht anders redet, versteht sich am Rande. Herr König, Vorsitzender des Hausbesitzervereins i. L. i. u., sprach sich nicht direkt gegen das Ortstatut aus, sondern will nur einige Punkte beseitigt wissen, indes müsse er dagegen stimmen, weil er sich hierzu verpflichtet habe. Die Genossen Freyh. Neukert und Taubmann waren für die Vorlage und beleuchteten die Argumente der Herren Hausbesitzer in drastischer Weise. Ein von unseren Genossen gestellter Antrag auf Vertagung fand erst des richtigen Gehör, als Herr Gernich bemerkte, daß wohl die meisten der in der Versammlung anwesend gemessenen Herren gar nicht so recht wußten, um was es sich handelte, denn wäre er gestern so schlau gewesen wie heute, dann hätte er sich nicht verpflichtet dagegen zu stimmen, er ist für Vertagung. Diese Ausführungen erregten die größte Heiterkeit. Der Vertagungsantrag fand mit 12 gegen 11 Stimmen Annahme. Während die Gegner bei dieser hochwichtigen Frage fast alle anwesend waren, fehlten drei unserer Genossen. Bei Anwesenheit derselben wäre die Vorlage mit 9 Stimmen Mehrheit angenommen worden.

Sohen-Schönhausen.

Eine nochmalige Beratung des Orts hat die letzte Gemeindevertreterversammlung vorzunehmen, da die Aufsichtsbehörde den bereits fertiggestellten Etat nicht genehmigt hat. Bezüglich des entlassenen Gemeindeverwalters meinte der Gemeindevorstand Eiseremann, der „Vorwärts“-Bericht habe über die Angelegenheit nicht richtig berichtet. Der Schreiber soll sein Gehalt nicht weiter erhalten, weil er zu bummelig gearbeitet habe. Dem Herrn scheint aus dem Gedächtnis entschwunden zu sein, daß im vorigen Herbst ein Antrag zur Vertagung stand, einen zweiten Schreiber anzustellen, da ein Schreiber die Arbeit nicht mehr schaffe. Unser Genosse Thiele beantragte damals für einen neu einzustellenden Schreiber 100 M. Monatsgehalt. Der Gemeindevorstand Eiseremann schlug vor, einen Lehrling mit 10 M. einzustellen. Als der Schreiber befragt wurde, wie er darüber denke, bat derselbe, den Antrag unserer Genossen Thiele anzunehmen, um mehrere Monate eine leistungsfähige Hilfskraft zu haben; ein Befehl könne ihn nur befehlen. Trotz dieses nicht von der Hand zu weisen Einwandes bewilligte die Gemeindevertretung 10—20 M. pro Monat. Es wurde ein 13jähriger Volksschüler angenommen, der erst Ostern aus der Schule kam. Herr Eiseremann mag hieraus ersehen, wenn an der „Bummeligen Arbeit“ des Schreibers die Schuld trifft.

Vermischtes.

Schnee und Frost während des Pfingstfestes. In Ostdeutschland, im Riesengebirge und im Thüringer Wald haben Schnee und Frost während der Pfingstfeiertage großen Schaden angerichtet. Aus ganz Ostdeutschland kommen der „Köln. Volkszeitung“ zufolge Meldungen über Schäden, den der Frost in der Pfingstnacht angerichtet hat. Im Rainal und im Westerwald sank das Thermometer bis auf 3 Grad unter Null. In diesen Orten sind die Bohnen und Kartoffeln erfroren. Die oberen Lagen der Roseltweinsberge haben empfindlich gelitten, im Sauerland ist die Obstblüte vernichtet, auf vielen Feldern sind die Saaten erfroren.

Auch im Riesengebirge herrschte den ganzen ersten Feiertag großer Schneefall. Einige Wege der Hochgebirge waren gänzlich verweht. Wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, entluden sich am zweiten Feiertage auf dem Gebirge infolge der darauf herrschenden Schwallen heftigen Schnees. Der Verkehr im Hochgebirge war am beiden Feiertagen trotzdem sehr stark. Im Thüringer Walde gingen am zweiten Feiertage größere Schneefälle nieder. Auf dem Inselferge lag der Schnee sechs Zentimeter hoch.

Eisenbahnunfall.

Am Pfingstsonntag, nachmittags gegen 4 Uhr, entgleiste nach Wiesbadener Richtung auf der Kleinbahn Schlangenbad-Elbfelde ein Zug, wobei 32 Personen verwundet sind.

Die der „Rheinische Courier“ erfährt, ist der Eisenbahnunfall nach Aussage des Betriebsleiters dadurch verursacht, daß der Lokomotivführer die Kurve vorschrittsmäßig schnell befahren hat.

Gelenkent. Wie die „Danziger Zeitung“ aus Adlerhorst meldet, wurde dort gestern morgen ein gelenkterter Kutter bemerkt, auf dessen Kiel ein Mann sich befindet.

In gefährlicher Situation. Am 19. Mai bestiegen, wie aus München berichtet wird, vier Personen die Benediktinerwand an einer sehr gefährlichen Stelle und konnten außerhalb des Kamins weder vorwärts noch zurück.

Ein Orkan an der unteren Weichsel. Montagabend ging in der Richtung von Südosten nach Nordwesten im Dirchauer Berder eine von Hagel und wolkenbruchartigen Regen begleitete Windstille nieder.

Wieder ein Unglück bei der Einfahrt. Wie aus Blankenstein a. Ruhr berichtet wird, setzte bei einer Schifffahrt in der See „Wankenburg“ der niedergehende Korz zu scharf auf.

Eine Tribüne eingestürzt. Bei dem Radrennen in Bohayme stürzte eine Tribüne ein, wobei mehrere Personen schwer verletzt.

Ein wolkensbruchartiger Regen richtete in der Umgegend von Budapest an den Saaten und Beimgärten großen Schaden an.

Der Stromboli in Tätigkeit. Wie aus Palermo berichtet wird, ist der Stromboli vorgestern abermals in Tätigkeit getreten; er wirft große Mengen glühender Lava und Asche aus.

Treptow-Bauschuleweg. Die öffentliche Versammlung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter findet in Speers Hofen nicht am 24. Mai cr., sondern am Sonntag, den 26. cr., nachmittags 3 Uhr statt.

wurden. Aus Empörung über das Ereignis zerstörte das Publikum die Tribüne vollständig.

Ein wolkensbruchartiger Regen richtete in der Umgegend von Budapest an den Saaten und Beimgärten großen Schaden an.

Der Stromboli in Tätigkeit. Wie aus Palermo berichtet wird, ist der Stromboli vorgestern abermals in Tätigkeit getreten; er wirft große Mengen glühender Lava und Asche aus.

Treptow-Bauschuleweg. Die öffentliche Versammlung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter findet in Speers Hofen nicht am 24. Mai cr., sondern am Sonntag, den 26. cr., nachmittags 3 Uhr statt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist jeden das 33. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die Kahlen in Dalmatien. Von Karl Emil. — Die Kistenkämpfe in Colorado und Idaho. Von Robert Sattler. — Neue Beiträge zur Biographie von Karl Marx und Friedrich Engels. Von Franz Weyring.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden.

Bestimmte Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktinspektion (Großhandel) sind folgende Preise für den 21. Mai 1907:

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes items like Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, etc.

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes items like Sprossen, Mehl, Butter, etc.

Witterungsübersicht vom 21. Mai 1907, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Station, Windrichtung, Windstärke, Temperatur. Lists stations like Berlin, Hamburg, etc.

Weiterprognose für Mittwoch, den 22. Mai 1907. Blasser, aber, am Tage wärmer bei schwachen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Wasserstand am 21. Mai vorm. Elbe bei Magdeburg 1,89 Meter, Oder bei Ratibor 1,74 Meter, etc.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Wittmoach, den 21. Mai. Anfang 7 1/2 Uhr. Hof. Opernhaus. Siegfried. Hof. Schauspielhaus. Die Radenheimerin.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Nachmittags 4 Uhr: Die Mosellande und ihr Weinbau. Abends 8 Uhr: Die Feuertgewalten der Erde.

Neues Theater.

Sum 49. Male: Der Dieb. Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Der Dieb.

Kleines Theater.

Abends 9 1/2 Uhr: Der Unverschämte. Hieran: Marcell Salzer.

Louzing-Theater.

Ballhausstr. 7/8. Abends 8 Uhr: Die Regimentstochter.

Lustspielhaus.

Commerzpreis. Abends 8 Uhr: Husarenjieber.

Zentral-Theater.

Gesamtspiel des Ernst Brander-Theaters. Täglich 8 Uhr: Das Mädchen aus dem Nach-Café.

Schiller-Theater N.

Frederich-Wilhelmsstr. 132. Abends 8 Uhr: Im grünen Weg.

DERNHARD ROSE THEATER

Fr. Frankfurterstr. 132. Abends 8 Uhr: Im Garten.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Ein Fallissement.

Charlottenburg. - Freie Volksbühne.

Die Mai-Vorstellung findet statt: für die 1. Abteilung: Sonntag, den 25. Mai, 8 Uhr abends im Schiller-Theater Charlottenburg.

Schwarzer Adler

Friedrichsberg. Frempfacher Nr. 8. Mittwoch, den 22. Mai 1907: der Willy Walde-Sänger.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Haben Sie nichts zu verzeihen?

Luisen-Theater

Reichendergerstr. 34. Abends 8 Uhr: Das Mädchen ohne Ehr.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. Der Teufel lacht dazu. Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Hill. Baumstr. 16. Täglich im herrlich renovierten Garten: Konzert, Theater, Spezialitäten.

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr: Das Mai-Programm. Der größte Erfolg der Saison! Grete Gallus Mascha Dignam 3 Clara Brothers

WINTERGARTEN

La Tortajada. Großer Erfolg!

Polologlow - Zigaretten. sind in Geschmack und Qualität unerreicht! Das Stück 3 bis 10 Pfennige.

Apollo Theater. 9 1/2 Uhr. Abends 9 1/2 Uhr. Die dagewesener Lachserfolg! Hartstein mit seiner tollen Barocke: Der lustige Witwer.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergweg 10/20. Heute abend 8 Uhr: Der grüne Tüffel.

Brunnen-Theater. Badstraße 58. Direkt: Bernh. Ross. Heute im herrlich renovierten Garten: P. Coradini. Varsava. Rämblor Comp. Der Spul im Gefängnis.

Fröbels Allerlei-Theater. Schönbauer Allee 148 und Kottbuser Allee 97/99. Heute, sowie täglich: Das vorzügliche Mai-Programm.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Fräulein Fofette - meine Frau. Anfang 8 Uhr.

Steidl-Theater. Brückenstr. 2 (a. d. Sannow-Br.). Berlins heste und bill. Unterhalt. Es wird wie früher gelacht.

Steidl-Restaurant. Großes Streichkonzert. Eintritt frei.

Kasino-Theater. Lotzingerstr. 37. Täglich 8 Uhr. Nick Carter. Schluß der Saison Montag, den 27. Mai, bei schönem Abendlicht: Nick Carter.

Prater-Theater. Kasanien-Allee 7/9. Täglich: Flotte Weiber. Spezialitäten. Konzert und Ball. Anfang 4 1/2 Uhr.

Schweizergarten. Am Königstor. Am Friedrichshain. Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74. Täglich: Theater-Vorstellung. Neue Spezialitäten.

Kinematograph und Ball. Freier Damentanz. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. An Wochentagen ist Garten und Saal an Vereine zu vergeben.

Volksgarten-Theater. Bad-Behmstraße - Bahnhof Gesundbrunnen - Sellermannstraße. Das Bild der Mutter oder Berliner Zimmerleute. Volksstück mit Gesang in 3 Akten.

Gebr. Herrnfeld-

Theater Sonntag 8 Uhr 11-2 Uhr
57 Kommandantenstraße 57.

Es lebe das Nachtleben!

Folgen einer Epidemie - Märe in 2 Akten von Anton und Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen.
Vorher: Neu bearbeitet:
Die Welt geht unter!
Schwank in einem Aufzuge von Anton u. Donat Herrnfeld.

Neue Welt

Gaiendebü 108-114.
Mittwoch, den 22. Mai 1907:

Gr. Kinderfreudenfest

mit Gratisverlosung.
I. Preise: Silberne Herren- und Damen-Uhren.
Kinderbelohnungen jeder Art.
Konzert
u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.

Im Konzertgarten:
Gr. Konzert
des Theat.-Orchesters.
Anfang 8 Uhr. Entree 10 Pf.

Max Kliems

Sommer-Theater
Gaiendebü 13/15.
Wöchentliche Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kasse schließt täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Gustav Behrens-Theater.

Berlin W., Goltzstraße 9.
Reinstilliertes Theater.
Vollständ. Programmwechsel
Kaufmann der neuangewandten Spezialitäten,
u. a. der Original Greiffenberger, der Künstler Ab. Greiff, assistiert von Miss Clarito, der Lampionmaler Signor Gaetano. Zum Schluss die tolle Ausstattung-Burleske
Weibliche Feuerwehr.
Anfang 8 Uhr, an den Feiert. 6 1/2 Uhr.
Sommerpreise. Entree 30 Pf.



Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Der Untergang des Dampfers „Berlin“.
168 Tote, 12 Gezeichnete.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Sanssouci,

Kotibuser Straße 5.
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonnt. Konz. Donnerst.: Hoffmanns Nordd. Sänger
Stürmischer Erfolg!
Im Theater-Bureau.
Hoffe in 1 Uhr.
Tänzerkränzen.
Sonnt. Beg. 8. modern. 8.11.
Wächten Sonntag:
Gr. Solros v. Hoffmanns Norddeutschen Sängern. — Tanz.

Elysiun, Landberger-Heute

Alte und neue Vorstellungen
abgeschlossen von vier Gesellschaften.
Orig. Harburger — Paul Petri's Nordd. — Nega-Stochert — Victoria-Sänger.
Im Riesenpark-Saal:
Familien-Kränzen.
Täglich: Großes Kaffeestücken.
Entree frei.

Was ist Reise-Cheviot?

Ein eleganter Anzugstoff in modernen neuen Farben, reine Schafwolle, unzerstörbar, 140 cm breit, 3 Meter kosten 12 Mark franko. Dieser Stoff ist nur guter Stoffqualität zu Anzügen, Paletots, Hosen bei billigen Preisen. Jeder genaue Vergleich überzeugt. Aus über 1000 Postorten liegen Nachbestellungen u. Einsparungen vor. Verlangen Sie Muster sofort zur Ansicht. Wilhelm Boetkes in Düren 226 bei Aachen.

Aerztliche Lichtheilanstalt Charlottenburg,

Kantstr. 5 (Zoologischer Garten). Sprechstunden mittags 1/2-3. (Finsen, Radium etc.). Röntgenlaboratorium.
Dr. med. Davidsohn. Dr. Karplus.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Büsten

zur Schneiderei, verstellbar und nach Maß, von 1,50 M. an, hat abzugeben
Garlich, Leipzigerstr. 59, II.

Bruch-Pollmann

empfehlen Lager in Bruchhandagen, Leibbinden, Geradenhalter, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Orts- u. Hilfs-Krankenfällen.
Berlin C., 44082*
30. Finien-Straße 30.

Alle Bruchbänder mit elastischen Verloten, angenehm u. weich am Körper.
Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115 I, a. Trabg. Ter. Eleg. Rad. Gehrock 1,50. Dose 1,00. Wäsche 50 Pf.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzüge od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Oranienburger Straße 4, I.

Englischen Unterrichts,
einzeln und im Zirkel, erteilt 36372*
Gertrud Swienty,
Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

Steppdecken

billigt direkt in der Fabrik
72. Wallstr. 72.
wo auch alte Steppdecken aufgearbeitet werden. Bernhard Strohmandel, Berlin S 14. Muster-Katalog gratis.

In unseren Kolonien

Friedersdorf-Petershag. 8 7/8 M. an Seegefeld 8
Finkenkrug 8
Hoh.-Neuend., Hochwald 10
Biesdorf, Bahnhöf 25
Günstigste Zahlungsbedingungen.
Nieschalke & Nitsche,
Berlin, Landbergerstraße 66.

Siefahren gut



mit **Dr. Crato's**
Backpulver
Puddingpulver
etc
Stradmann & Meyer
Haupt-Vertrieb
Bielefeld

Generalvertreter für Berlin:
Alfred Hirsch, Augsburgerstr. 1.
Telephon Amt VI. No. 5737.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 19. Telephon: Amt IV, Nr. 10 623.

Achtung! Bantischler! Achtung!

Donnerstag, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlung
bei Voelker, Webersstraße Nr. 17.

Tages-Ordnung:
1. Unsere gegenwärtige Lage und der Spruch des Einigungsamtes. 2. Diskussion. 3. Bericht der Branchenkommission.
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.
Z. H. Karl Reiche.

Modell- u. Fabriktschler sowie Modelldrechsler.

Donnerstag, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
bei Schmidt, Gartenstraße 6.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Rehbein. 2. Das Ende der Aus-sperrung. 3. Branchenangelegenheiten und Verschleübenes.

Maschinenarbeiter.

Donnerstag, den 23. Mai, abends 8 Uhr:
Branchen-Versammlung
in den Andreas-Sälen, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung:
1. Unsere Aufgaben nach der Aus-sperrung. 2. Die Beteiligung der Branche an derselben.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.
36/16 Die Branchenkommission.

Verband deutscher Gastwirtsgehülfen.

Ortsverwaltung Berlin. N. 24. Große Hamburger-Straße 18/19.
Arbeitsnachweis: Amt III 1813. Bureau: Amt III 1474.

General-Versammlung

Tages-Ordnung:
Die können wir uns von der Gewerkschaftskommission angenommenen Resolution Geltung verschaffen?
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, zu erscheinen und für einen guten Besuch der Versammlung Sorge zu tragen.
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.
Gruppe: Röhrenputzer und Träger.
Mittwoch, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Festsetzung des Lokalzuschlages zu unserer neuen Beitragsklasse. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
NB. Laut Beschluss der letzten Gruppenversammlung vom 3. Mai d. J. soll in dieser Versammlung nochmals Stellung zur Beitragsfrage genommen werden. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, zu erscheinen und für einen guten Besuch der Versammlung zu agieren.
130/15* Der Gruppenvorstand.

Achtung! Rohrer! Achtung!

Mittwoch, den 22. Mai 1907, abends 8 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
der Rohrer Berlins und Umgegend
bei Fritz Wilke, Brunnstraße 188.

Tages-Ordnung:
Die Aus-sperrung im Baugewerbe und unsere Stellung dazu.
Es ist Pflicht eines jeden Rohrer, in dieser für uns so wichtigen Versammlung zu erscheinen.
[290/12*] Der Vorstand.

Prachthau „Arminhallen“

Kommandantenstraße 58/59, neben Gebr. Herrnfeld-Theater.
Eröffnung Anfang Oktober d. J.
Wir empfehlen Festäle (mit und ohne Bühne) 1150, 700, 400, 250 und 100 Personen fassend.
5 Vereinszimmer, 8 moderne Regelbahnen.
Bestellungen erbitten
Gebr. Mielitz
Kommandantenstraße 21, II.
Reimpfächer: Amt I, Nr. 5965.

Kranken-Unterstützungs-Bund der Schneider.

Am Donnerstag, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr,
Engel-Ufer 15, Saal III:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Abrechnung vom I. Quartal. Vortrag des Arbeitersekretärs Herrn Link über: Rechte und Pflichten der Arbeiter in der Arbeiter-Versicherungsbürgschaft und Versicherung. Kasien-angelegenheiten.
7686 Die Ortsverwaltung.

MUSIK-WERKE

aller Art.
J. Tomporowski, Lindenstr. 110, 2. Etage.
Büch. Belcanianerplatz, Raffe 10*, billiger.

monatlich 10 M. liefert Herren-Gar-schere nach Maß (billigste Preise).
J. Tomporowski, Lindenstr. 110, 2. Etage.
Büch. Belcanianerplatz, Raffe 10*, billiger.

Zweiter politischer Redakteur,

der auch die Rubriken Partei, Gewerkschaft und Soziales zu übernehmen hat, zum 1. Oktober für die „Magdeburger Volksstimme“ gesucht. Nur eingearbeitete Kraft. Bedingungen des Vereins Arbeiterpreise noch anerkannt. Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche bis zum 1. Juni d. J. an Alwin Brandes, Magdeburg, Knochenhauerufer 27/28. 290/10*

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Blitz

oder
Das Wunder Berlins.

Serien-Verkauf bis Ende Mai.

Bei Bestellungen bitten um Angabe der Brustweite und Hosenslänge.

Serie 10.	Herren-Anzug, hell gemustert	7 ³⁵ M.
Serie 12.	Herren-Anzug, hellgrau, wunderschön, St. Kammgarn	9 ⁴⁵ M.
Serie 14.	Herren-Anzug, kariert	12 ²⁵ M.
Serie 16.	Herren-Anzug, Ia Verarbeitung	15 ⁵⁰ M.
Serie 18.	Herren-Anzug, das Wunder Berlins	19 ⁵⁰ M.
Serie 20.	Herren-Anzug, reine Wolle alle Muster	22 ⁵⁰ M.
Serie 100.	Herren-Paletot, hell kariert	7 ²⁰ M.
Serie 105.	Herren-Paletot, mit Sattel elegant	10 ⁵⁰ M.
Serie 110.	Herren-Paletot, Cheviot auf Seide	13 ⁵⁰ M.
Serie 120.	Herren-Paletot, Kammg. in allen Mustern	17 ⁵⁰ M.
Serie 125.	Herren-Paletot, das Wunder Berlins	21 ⁵⁰ M.
Serie 140.	Herren-Paletot, Cov. Coat, das Allerfeinste	24 ⁵⁰ M.

Herren-Hosen 1⁹⁰ 2⁵⁰ 3⁷⁵ bis 12⁰⁰ M.
Kinder-Anzüge u. Arbeiter-Bekleidung halb umsonst.

Nur kein Neid, wer kann, kann.

Früher 80 jetzt **85** Chausseestraße jetzt **85**

29-30 Kottbuser Damm 29-30

137 Gr. Frankfurter Straße 137

9 Rosenthaler Straße 9, Ecke Auguststraße.

Nur **Schöneberg** Nur **10 Hauptstr. 10**

Ecke Vorbergstraße.

Zahnärztliche Klinik

106 Belle-Alliancestraße 106, gegenüber Warenhaus Jandorf.
Zahnziehen unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Stomben u. d. Aus-lagen berechnet. — Öffnet von 9-6 Uhr. Sonntags 9-12 Uhr. 46942*

H. & P. Uder,

Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 3464L*

Restaurant „Hungrierer Wolf“

Strasberg II.
Gerrlich an Wald und Wasser gelegen. — Tanzsaal, Argelbahn, Kaffeestücke.
Es ladet die geehrten Auswärtler, Vereine und Radfahrer ergebenst ein
Paul Carow. 6636*

Verfammlungen.

Verband der Sattler. Am Donnerstag tagte eine allgemeine Mitgliederversammlung der Ortsverwaltung Berlin. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Erhöhung der Lokalfestbeiträge. Den Hauptanlaß zu dieser Erhöhung gaben die großen Ausgaben, welche die Lokalkasse im verfloßenen Jahre als Zuschuß für Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung leisten mußte.

auch volles Verständnis und stimmen dem Vorschlag des Vorstandes mit großer Majorität zu, so daß die Erhöhung am 1. Juli in Kraft tritt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelsstraße-Vollbahn, Durchgang nach Lindenstr. 101), wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestern 7 Uhr Sonntagabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Sachverhalt und eine Anzahl als Belegstücke beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bitte Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

diese Bestimmungen zur Kenntnis des Gewerbeinspektors und der Staatsanwaltschaft. — Konsumverein 67. Die Kasse zum Einkommensteuerzweck vom 19. Juni 1906 restlos abgerechnet. Die Kasse zum Einkommensteuerzweck vom 19. Juni 1906 restlos abgerechnet. Die Kasse zum Einkommensteuerzweck vom 19. Juni 1906 restlos abgerechnet.

Größtes Modewarenhaus des Nordens

Jacques Cohn

Wedding Müllerstr. 182-183 Ecke Selter-Strasse

Wedding Müllerstr. 182-183 Ecke Selter-Strasse

Wegen vorgerückter Saison auf sämtliche Einkäufe von heute, den 22. d. Mts. bis Sonnabend, den 1. Juni

10% Rabatt oder doppelte Norden-Marken 10%

Größte Auswahl, bekannt enorm billige Preise

- Kleiderstoffe, Damen- und Herren-Konfektion, Leinen- und Baumwollwaren, Putz Weißwaren, Trikotagen Wäsche, Möbelstoffe Gardinen, Herren-Artikel Strümpfe

Sämtliche Garne sind vom Doppel-Rabatt ausgeschlossen

12. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 21. Mai 1907, vormittags.

Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes for the 12th drawing of the 5th class of the Prussian lottery on May 21, 1907.

12. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 21. Mai 1907, nachmittags.

Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes for the 12th drawing of the 5th class of the Prussian lottery on May 21, 1907 (afternoon).

12. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 21. Mai 1907, nachmittags.

Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes for the 12th drawing of the 5th class of the Prussian lottery on May 21, 1907 (afternoon).

12. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 21. Mai 1907, nachmittags.

Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes for the 12th drawing of the 5th class of the Prussian lottery on May 21, 1907 (afternoon).

